

— Sechszundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 33.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

Amtlich zusammengestellt im kgl. Polizei-Präsidium in Posen

Posen, den 22. August 1917.

Inhaltsangabe: Inland: Zum Ministerwechsel. S. 1373—1376. — Preßäußerungen als Antwort auf Auslassungen deutscher Blätter über die Polenpolitik. S. 1376. — Aktivismus und Neutralismus. S. 1377—1378. — Drei Kriegsjahre. S. 1379. — Die Liquidation des Krieges. S. 1380. — Zur Affäre Piłsudski. S. 1381. — Polemik gegen die Nationaldemokratie. S. 1382—1387. — Finanz- und gewerbliche Zukunftsfragen. S. 1387—1389. — Gütsverkäufe. S. 1390—1391. — Die Arbeiter aus dem Königreich Polen. S. 1391—1393. — Die Ernährungsfrage. S. 1394. — Angebliche Belästigung von Polen in Badeorten. S. 1394. — Vitar Strozyna in Lissa. S. 1394. — Das Tucheler Seminar. S. 1395. — Befestigtes Gebiet: Neutralität. S. 1395. — Staatsratsangelegenheiten. S. 1396—1397. — Wie wird es in Polen kommen? S. 1398. — Der Frieden und Polen. S. 1398 und 1400. — Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. S. 1399. — Die Lausanner Agentur. S. 1400. — Die Konferenz des Kanzlers mit dem Grafen Czernin. 1400. — Die Überführung der Verwaltung in polnische Hände. S. 1400—1401. — Ernährungsfragen. S. 1401. — Die Parteien und die Entwicklung in Polen. S. 1402—1403. — Der Rücktritt des Kronmarschalls. S. 1403. — Die Legionen. S. 1404 und 1406. — Zur Affäre Piłsudski. S. 1404—1406. — Demonstrationen. S. 1407. — Der Oberst Minkiewicz. S. 1407—1408. — Zum Jahrestage der Einnahme Warschaus. S. 1408—1409. — Grodnoer Verhältnisse. S. 1410. — Ausland: Zur Tagung des Wiener Polenklubs. S. 1410—1411 und 1414. — Gegen die galizische Zwischenpartei. S. 1412. — Geheime Instruktionen. S. 1413. — Destruktive Grundsätze. S. 1414. — Zum Jahrestag des Kriegsbeginns. S. 1415. — Polnische Versammlung in Kiew. S. 1415. — Russisches. S. 1416. — Das Rapperswylers polnische Museum. S. 1417. — England und Polen. S. 1417. — Die polnische Armee in Amerika. S. 1418.

Die polnische Frage in Deutschland.

Aus Nr. 254 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 10. August 1917.

Die Hakatisten.

Der einzige Trost der Hakatisten besteht heute darin, daß die Veränderungen in der Regierung in Preußen und im Deutschen Reich zu einer Parlamentarisierung der Regierung nicht geführt haben. Grundsätzlich werden diese Veränderungen von den Hakatisten pessimistisch beurteilt. So bedauert es die hakatistische Presse sehr, daß so hochverdiente Männer, wie Loebell, Trott zu Solz, Schorlemer, Lenz und Bessler, die ihre Kräfte dem Dienst der bisherigen preußischen Politik noch lange Zeit hätten weihen können, vor neuen Männern zurücktreten mußten, von denen man noch nicht wisse, welche Stellung sie in der Frage der Reform des Wahlrechts in Preußen einnehmen werden. Die zurücktretenden Minister waren entschiedene Gegner des gleichen Wahlrechts, und sie haben ihre Entlassung deswegen beantragt, weil sie sich mit der bekannten kaiserlichen Botschaft in der Wahlrechtsfrage nicht einverstanden erklären konnten.

Die Hakatisten, die dem früheren Reichskanzler von Bethmann Hollweg feindlich gesinnt waren, suchen die Sache so darzustellen, als wenn gerade der frühere Reichskanzler dazu beigetragen hätte, daß solche Änderungen vorbereitet wurden. Tatsächlich tat jedoch der frühere Reichskanzler alles, um die bisherige Lage aufrechtzuerhalten; er versprach zwar, von den neuen Verhältnissen gedrängt, besondere Änderungen und eine Reorientierung in der inneren Politik, aber er widersetzte sich noch bis in die letzte Zeit der Realisierung der Versprechen, die er ab und zu gab. Die Verhältnisse zeigten sich jedoch stärker als er, und so mußte er, da er unversöhnliche Feinde ebenso auf der rechten, wie auf der linken Seite hatte, schließlich zurücktreten. Von der Rechten war er angegriffen worden, weil er sich angeblich in seiner Politik zu

sehr nachgiebig zeigte, und von der Linken, weil ihm von dieser Seite Mangel an Entschlossenheit vorgeworfen wurde.

Die Erbschaft des Herrn von Bethmann Hollweg hat nun der neue Reichskanzler Herr Dr. Michaelis übernommen, und er hat Änderungen durchgeführt, von denen die Hakatisten noch nicht wissen, was sie von ihnen halten sollen. Sie möchten diese Änderungen jedoch wenigstens vorläufig nicht als einen Verlust für sich buchen. Aber schon der einfache Menschenverstand muß es doch sagen, daß, wenn der neue Reichskanzler in seiner Antrittsrede am 19. Juli seine Solidarität mit der kaiserlichen Botschaft in der Frage der Wahlrechtsreform in Preußen ausdrücklich betont, die preußischen Minister, die doch auf seine Empfehlung hin ernannt wurden, mit seinem politischen Programm einverstanden sein müssen.

Die Hakatisten wollen aber als schlaue Politiker den neuen Reichskanzler jetzt noch nicht angreifen. Sie richten ihre Angriffe immer noch ausschließlich gegen das politische Programm des früheren Reichskanzlers, sie erklären aber zugleich, daß dieser Personenwechsel in den Ministerien, wie er in einem solchen Umfange bis dahin im Deutschen Reich und in Preußen zugleich niemals vorgekommen sei, keineswegs zu besonderen Hoffnungen berechtige. Am meisten werden die Hakatisten dadurch beunruhigt, daß der Staatssekretär Helfferich auf seinem Posten als Stellvertreter des Reichskanzlers verblieb, und daß der Botschafter von Kühlmann zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt wurde. Ersterem können sie es nämlich nicht vergessen, daß er vor zwei Jahren ein „Büchlein“ veröffentlicht hat, in dem er auf Rußland als den Hauptschuldigen an dem gegenwärtigen Weltkrieg hinwies. Den Hakatisten kam es aber sehr darauf an, die Freundschaft mit dem Zarenreich wieder zu gewinnen, und Polen mit ihm zusammen weiter zu unterdrücken. Herrn Helfferich haben die Hakatisten im Verdacht, daß er als früherer Bankier und Kaufmann von Beltruf England freundlich gesinnt sei. Nun trifft es sich aber, daß ihm zur Seite als Staatssekretär des Auswärtigen der frühere

Botschafter Herr von Kühlmann gestellt wurde, der ebenfalls im Rufe eines Freundes Albions steht. Bis dahin ist ja allerdings in der äußeren Politik noch nichts nach der Richtung einer Versöhnung mit England hin geschehen, aber die hafatistische Kriegspartei, die immer noch von einem „deutschen Frieden“ träumt und, ohne mit der Macht Amerikas zu rechnen, sich an der Hoffnung eines vollständigen Sieges über Großbritannien berauscht, zittert schon bei dem Gedanken, daß der Krieg „zu früh“ zu Ende gehen könnte.

Wenn aber die hafatistische Phalanx es jetzt noch nicht für angebracht hält, gegen die neue Regierung, und vor allem gegen den neuen Reichskanzler einen ähnlichen Kampf zu eröffnen, wie sie ihn mit der größten Erbitterung gegen Herrn von Bethmann Hollweg geführt hat, so sucht sie dafür jetzt das deutsche Volk möglichst ungünstig gegen uns Polen zu stimmen. Obgleich also der hafatistische Teil der preussischen Agrarier den früheren Landwirtschaftsminister Herrn von Schorlemer für einen Beschützer ihrer Berufsinteressen hielt, so wird jetzt der neue Landwirtschaftsminister Herr von Eisenhart-Rothe, schon davor gewarnt, in der antipolnischen Politik in den Fehler seines Vorgängers zu verfallen, der in dieser Hinsicht angeblich ein „Trabant“ des Herrn von Bethmann Hollweg war. Die hafatistische Presse kann es nämlich Herrn von Schorlemer nicht vergessen, daß er das Enteignungsgesetz gegen die Polen nicht hinreichend ausgenutzt und daß er schließlich auch in die Streichung dieses berüchtigten Paragraphen in der antipolnischen Gesetzgebung eingewilligt hat. Dem neuen Minister stehe jedoch noch die Ansiedlungskommission zur Verfügung, die er in vollem Maße auszunutzen müsse.

Die Hafatisten haben auch nicht versäumt, den Minister des Innern, Herrn Drenow, zu mahnen, daß er die vorgesehene Wahlrechtsreform in Preußen in der Weise konstruieren möchte, daß sie den polnischen Wählern keine Vorteile bringe. Wir wollen uns hier über die Haltung des neuen Ministers den Polen gegenüber noch kein Urteil anmaßen, denn wir kennen ihn ja zu wenig. Wir wissen aber schon soviel, daß er, als er noch Unterstaatssekretär in demselben Ministerium war, sich stets wohlwollend den Polen gegenüber gezeigt hat, so oft man seine Hilfe nachsuchte. So erklärte er einem polnischen Bürger, als dieser sich an ihn in Sachen des berüchtigten Verbots des Landrats wandte, das sich auf die polnische Kleinkinderschule in Szymborka in Kujawien bezog, es gereiche ihm zur Freude, wenn er den Polen helfen könne. Diese Hilfe hat er in dem betreffenden Falle auch sofort — mit gutem Erfolg — gebracht. Ebenso hat er, als er sich in wohlwollender Weise über die Verhältnisse in Polen erkundigte, Äußerungen getan, die ein Hafatist nicht einmal herauszustottern imstande wäre. Welchen Standpunkt Herr Drenow jedoch in dieser Hinsicht als Minister einnehmen wird, das läßt sich natürlich, wie wir schon hervorgehoben haben, im voraus nicht sagen. Vorläufig haben wir keinen Grund, in ihm einen Gegner des polnischen Volkes zu sehen. Nach dem zu urteilen, was Leute, die ihn persönlich kennen, von ihm erzählen, wäre im Gegenteil die sichere Hoffnung vorhanden, daß er der Stimme der Hafatisten nicht folgen, sondern nach seinem eigenen Ermessen handeln wird.

Es liegt aber im Interesse des preussischen Staates als solchen, die Zahl der Feinde nicht noch zu vergrößern, denn Preußen hat doch wohl schon Feinde genug. Es wäre also zu erwarten, daß die neue Regierung jetzt trotz der hafatistischen Stimmen einen Weg wählen wird, der auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu einer Verständigung mit denjenigen Elementen führen wird, welche sich nach Versöhnung sehnen. Um jedoch eine solche Verständigung herbei-

führen zu können, wird die neue Regierung mit einem eisernen Besen den hafatistischen Mist aus allen Ecken herauskehren müssen, der den Nährboden für jene Fäulnis bildet, durch welche das öffentliche Leben verpestet wird. Die neue Regierung wird sich aber dann schon selbst überzeugen können, wie leicht die Sirenenstimmen dieser Ausgeburt des deutschen Volkes sich in das Wellen einer wütenden Meute verwandeln kann, wenn es dieser berüchtigten Gesellschaft der Drei-Buchstaben-Männer nicht gelingt, sie (die Regierung) auf die Irrwege des Rassenhasses zu bringen. Denn das, was schon heute das hafatistische Organ in Posen gegen die Polen trotz des „Burgfriedens“ zu schreiben wagt, beweist zur Genüge, wie dreist diese verbiessenen Elemente sein können. Die gehässigen Anzapfungen, die sich vor einigen Tagen ein gewisser „Gelehrter“ im Berliner „Tag“ geleistet hat, als er von dem „polnischen Geschwätz“ schrieb, legen aber zugleich ein Zeugnis von der grenzenlosen Beschränktheit und von der bodenlosen Unkenntnis dieser Elemente ab. Das sind aber alles nur noch Todeszuckungen dieser Toren, die in der Pose von Rittern auftraten, und die dadurch, daß sie unsere nationale Existenz zu vernichten suchten, lediglich dazu beitrugen, den Namen des deutschen Volkes verächtlich zu machen.

Aus Nr. 93 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. August 1917.

Zum Ministerwechsel bemerkt die „Gazeta Grudziadzka“ folgendes:

Wie die neue Regierung sich den Polen gegenüber gestalten wird, das wird wohl die nächste Zukunft zeigen.

Als ausgesprochener Feind der Polen ist nur Herr Walbow bekannt, der seinerzeit als Oberpräsident der Provinz Posen bei den Polen das schlechteste Andenken hinterlassen hat, weil er vollständig den Hafatisten ergeben war. Das war aber zur Zeit der größten Macht der Hafatisten und Alideutschen, — und seit jener Zeit hat sich schon sehr vieles geändert. Vielleicht wird sich auch schon Herr Walbow geändert haben.

Übrigens begrüßen die Polen die neue Regierung ohne Vorurteile, aber auch ohne übertriebene Hoffnungen.

Wir sind sehr neugierig, wer der Nachfolger des Herrn Eisenhart-Rothe als Oberpräsident der Provinz Posen werden wird.

Aus Nr. 104 der Prawda (Posen)
vom 11. August 1917.

Neue Männer, — neue Zeiten?

Der neue Reichskanzler und preussische Ministerpräsident Herr Dr. Michaelis hat sich jetzt schon mit neuen Männern umgeben. Dieser Wechsel in den höchsten Beamtenstellen im Deutschen Reich und in Preußen erweckt heute großes Interesse in der ganzen Welt. Kein Wunder also, daß auch wir, Polen uns heute die Frage vorlegen, ob mit der Berufung neuer Männer ans Ruder neue Zeiten kommen werden?

Der frühere Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg hat sich ja in der Geschichte des polnischen Volkes gut angeschrieben, und zwar aus dem Grunde, weil er Klarheit in die polnische Frage gebracht hat.

Er hat nämlich die polnische Frage zu einer internationalen Frage gemacht. Sein Verdienst ist es also zweifellos, daß heute in der ganzen Welt von einem unabhängigen polnischen Staate wie von einer Sache gesprochen wird, die sich von selbst versteht,

Alles, was England, Frankreich, Amerika oder schließlich auch Rußland nachher in dieser Hinsicht versprochen, hatte seinen Grund lediglich darin, daß sie den früheren Reichskanzler überbieten wollten. Wir haben aber schon an einer anderen Stelle erklärt, daß es nicht schwer ist, etwas zu versprechen, was man selbst nicht besitzt.

Für die Entschlüsse des Herrn von Bethmann-Hollweg ist es nebensächlich, ob Herr von Bethmann-Hollweg sich auf den bekannten Standpunkt in der polnischen Frage aus besonderem Wohlwollen für das polnische Volk oder nur unter dem Zwange der Notwendigkeit gestellt hat. Wir sind sogar fest davon überzeugt, daß der frühere Reichskanzler nur aus Notwendigkeit, d. h. nur mit Rücksicht auf das Interesse Preußen-Deutschlands gezwungen war, der Welt die Unabhängigkeit des polnischen Staates zu verkünden. Es kommt aber in diesem Falle auf die Motive weniger an. Es ist für uns und für die Sache selbst sogar besser, daß als Ursache für die Lösung der polnischen Frage das Interesse, — und zwar ausschließlich das Interesse — angenommen wird.

Dem früheren Reichskanzler wurde jedoch der Vorwurf gemacht, daß er es nicht verstanden habe, weiter energische Schritte nach dieser Richtung hin zu tun. Auch wir verlangten unerseits gar oft mehr Taten und mehr Energie von seinen der Regierung. Diese Taten verlangten wir, und wir verlangen sie auch heute noch aus dem Grunde, weil sie durch das wohlverstandene gemeiname Interesse geboten sind.

Der frühere Reichskanzler ist nun zurückgetreten — und seine Stelle hat ein anderer übernommen. Mit ihm sind zugleich auch neue Männer ans Ruder gekommen. Da fragen wir nun, ob infolgedessen auch neue Zeiten kommen werden?

Solche Zeiten sind jetzt aber schon wirklich sehr notwendig und erwünscht. Sie sind notwendig geworden nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern ebenso im Interesse des Staates. Der neue Reichskanzler gilt ja als ein energischer Mann. Deswegen wollen wir hoffen, daß er jetzt energisch an die Arbeit herantreten wird, um tatsächlich neue Zeiten und — zugleich eine neue Ordnung herbeizuführen.

Denn nicht nur wir Polen allein beklagen uns über die Hafatisten und die Alldeutschen. Sie schädigen nämlich in gleichem Maße auch die Interessen des überwältigenden Teiles des deutschen Volkes. Das beweisen die Stimmen der meisten deutschen Blätter.

Wir erwarten deshalb von dem neuen Reichskanzler und seinen neuen Männern, daß er zunächst reinen Tisch mit den Hafatisten und mit den Alldeutschen machen wird. Wir erwarten von ihm, daß er mit diesen Schädigern zunächst im Königreich Polen und in Litauen aufräumen und daß er sie dann aus allen Beamtenstellen in den polnischen Landesteilen Preußens entfernen wird.

Mit etwaigen Schwierigkeiten in dieser Hinsicht können sich die leitenden Staatsmänner nicht entschuldigen, denn es fehlt doch nicht an Beamten. — sowohl deutscher, als auch polnischer Nationalität, — durch welche diese Schädiger der einen und der anderen Seite ersetzt werden könnten. Es sollen z. B. in nächster Zeit, — wenn wir den Versicherungen der Regierung trauen dürfen, — aus dem Inneren Deutschlands diejenigen polnischen Beamten in die polnischen Landesteile zurückversetzt werden, welche früher „im Interesse des Dienstes“ nach dem Westen versetzt worden sind. Es würde ebenfalls auch nicht viel Mühe kosten, nach Litauen und nach dem Königreich Polen solche — deutsche Beamte hinzubringen, die der Seite der Hafatisten und Alldeutschen nicht angehören.

Aus Nr. 186 des Glos Narodu (Kraſau)
vom 8. August 1917.

Ein Wechsel von Personen, nicht des Systems.

Der „Glos Narodu“ bespricht in einem Leitartikel den in Berlin eingetretenen Ministerwechsel und bemerkt dazu folgendes:

Das Endergebnis der ganzen Krisis ist ein derartiges, daß sich der lateinische Satz „Parturiunt montes...“, oder unser gutes Sprichwort: „Aus einer großen Wolke ein kleiner Regen“ in die Feder drängt. Die Liste der neuen Leute, die in Berlin schon vorgestern veröffentlicht, den Kraſauer Blättern aber trotz der Telegraphen und Fernsprecher erst mit großer Verspätung mitgeteilt wurde, zeigt, daß nicht einmal von einem ernstlichen Anfange der Parlamentarisierung der Reichsregierung oder der preußischen Regierung die Rede sein kann, wiewohl je eine hervorragender Parlamentarier in die Reichsregierung und in das preußische Kabinett berufen worden ist, allerdings mehr als Fachleute, denn als Politiker. Außer zwei Parlamentariern sind noch zwei autonome Beamte ebenfalls vor allem zur Erledigung technischer Facharbeiten berufen worden. Beide sind nicht Abgeordnete, ebenso wenig auch der erste Sozialist, dessen Berufung in eine planmäßige Stellung, in das Amt eines Unterstaatssekretärs, amtlich bekannt gemacht wird. Der Rest der neuen Leute gehört verschiedenen Beamtenklassen an, hat in der Politik keinen tätigen Anteil genommen und ist größtenteils unbekannt. Der neue Kanzler versucht es noch nach der alten Methode mit einem etwas breiter angelegten bürokratischen System, mit einer leichten Verschiebung nach links. Gleichzeitig hat er aber auch für konservative Bremsen gesorgt, um die Gelüste, den Staatswagen zu stark nach links zu lenken, von vornherein zu zügeln...

Uns Polen interessiert hier besonders noch die Tatsache, daß als Mitglied des preußischen Ministeriums und als Leiter des Kriegsernährungsamts der Oberpräsident der Provinz Pommern; von Waldow, berufen worden ist. Er ist der selbe, der 10 Jahre lang, bis zum Jahre 1913, Oberpräsident der Provinz Posen war und dort als Werkzeug der hafatistischen Nebenregierung so streng regierte, daß Bethmann-Hollweg gezwungen war, ihn, um wenigstens die äußeren Formen der bisherigen antipolnischen Politik zu mildern, aus Posen zu entfernen und ihn auf den ruhigeren Posten in Stettin zu versetzen. Ein Mann von gleichem Schlage war auch der Minister des Inneren, von Loebell, der im Kronrate in Sachen des gleichen Wahlrechts gegen von Bethmann stimmte, dann aber, nachdem die Intriguen seiner Freunde diesen Kanzler verdrängt hatten, wieder aufrechter Lust hatte, dessen Nachfolger zu dienen, um von dem bisherigen reaktionären Wahlrecht für die Junker wenigstens etwas zu retten. Besonders uns hat er noch in diesem Jahre befohlen, für das Glück unserer Zugehörigkeit zu Preußen „auf den Knien“ zu danken, und überhaupt alles getan, um der polnischen Bevölkerung alle Hoffnungen auf neue Orientierungen auszureden, von denen von Bethmann-Hollweg wiederholt sprach. Der neue Reichskanzler hat aber auf seine Dienste verzichtet, weil er sich vor einer Belastung seiner Verwaltung mit einem so gefährlichen Inventar fürchtete. Ebenso verschwand von dem Berliner Schauplatz der ihm geistig nahe stehende Landwirtschaftsminister, der Vollstrecker des Enteignungsgesetzes und Gegner des gleichen Wahlrechts, von dessen zweideutiger Rolle in der polnischen Frage schon in den vom „Glos Narodu“ gebrachten Enthüllungen ausführlicher die Rede war. Nachfolger dieser beiden Minister wurden Beamte, die in politischer Beziehung bis dahin ein unbeschriebenes Blatt sind, wie die übrigen Männer, die der neue Reichskanzler als seine Berater berufen hat. Eine neue

Politik kündigt die Wahl der neuen Männer des Dr. Michaelis nicht an. Eine Verstärkung des Einflusses des Parlaments steht nicht bevor. Diese Frage erscheint jetzt als ein noch weniger gelöstes Problem als zur Zeit des bekannten Angriffs des Abg. Erzberger in dem Haushaltsausschusse des Reichstages und der Berufung des Thronfolgers, Hindenburgs und Ludendorffs nach Berlin zu den alle so aufregenden Beratungen.

Aus einer großen Wolke — ein kleiner Regen
Fr. Sal. Krysiak.

Aus Nr. 257 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 14. August 1917.

Gleichberechtigung?

Oppeln.

Dieser Tage wurde der Präsident der Oppelner Regierung zum preußischen Finanzminister ernannt; seine Stelle ist somit wieder frei. Hundert Jahre ist es her, seit in Oppeln der Sitz einer Regierung geschaffen worden ist. Und während dieser ganzen langen Zeit war ein einziger Regierungspräsident Katholik, ungeachtet dessen, daß der Regierungsbezirk Oppeln fast vollständig katholisch und polnisch ist. Es hat bis jetzt hier 14 Regierungspräsidenten gegeben. Der katholische Präsident von Pohl stand im Jahre 1900 kaum ein einziges Jahr lang an der Spitze des Bezirke. Gegenwärtig ist von allerhöchster Stelle her eine Neuorientierung verheißten worden; man will somit mit den berechtigten Forderungen der Polen rechnen. Und so bietet sich eine vorzügliche Gelegenheit, guten Willen zu zeigen. Wird man in Berlin mit den Wünschen der polnisch-katholischen Bevölkerung rechnen? Das wird die Zeit zeigen.

Aus Nr. 182 des Ogródownik (Posen)
vom 12. August 1917.

Das Blatt bringt die Entschliessung der Danziger deutschen Vereine in Sachen der Bildung eines selbständigen polnischen Staates und knüpft daran folgende Bemerkung:

„Das muß man sagen — dieses Programm ist den Danziger Chauvinisten und Hafatisten gelungen. Ihr Appetit greift sowohl im Westen als auch im Osten nach umfangreichen Ländergebieten mit einer Bevölkerung, welche absolut nicht mit Deutschland vereint zu werden wünscht. Und was Polen betrifft? Die Danziger Herren wollen nicht gestatten, daß ein unabhängiger polnischer Staat gebildet werde. Sie wollen daher aus dem Königreich eine Art halb selbständige Provinz machen, die in jeder Hinsicht von Deutschland abhängig wäre. Der alten Unbill gegenüber den Polen soll eine neue hinzugefügt werden — die Unterjochung Polens, dekoriert mit einer gewissen scheinbaren Selbstständigkeit, die man bei der ersten besten Gelegenheit wird abwerfen können. Es ist gut, daß man von diesen in den hafatistischen Hirnen geborenen Ideen weiß. Diese Leute sehen in ihrer Verblendung nicht, daß der Krieg die ganze Welt von Grund auf geändert hat und daß die Tage der hafatistischen Herrlichkeit längst vorbei sind. Es sind das die letzten Zuckungen toller Gemüter, für die es keine Arznei gibt. Heute fallen auch in Deutschland den Leuten immer mehr die Schuppen von den Augen hinsichtlich der Rolle, welche die alldeutschen Chauvinisten und die mit ihnen verwandten Hafatisten spielen. Man spricht offen davon, daß diese lärmenden „Überpatrioten“ die größten Schädlinge ihres eigenen Landes seien. Ihre Eroberungsinstitute, ihre dünkelfhaften Drohungen, die der ganzen Welt ins Gesicht geschleudert werden, ihr Größenwahn, der an Irrewahn grenzt — sie haben bewirkt,

daß die deutsche Sache in den neutralen Ländern unpopulär ist und daß die größten Anstrengungen tatsächlicher deutscher Patrioten, dem Deutschen Reiche Sympathien nicht gewinnen können. Die Erkenntnis von der Schädlichkeit der alldeutschen-hafatistischen Praktiken macht in Deutschland immer größere Fortschritte. Es ist nur nötig, daß sich die Regierung von diesen ungeliebten Ratgebern radikal abwende, dann wird die aufgeblasene Größe der alldeutschen Potentaten großen und kleinen Kalibers bald zerfliegen wie eine Seifenblase.

Aus Nr. 105 der Prawda (Posen)
vom 12. August 1917.

Die Angst der Hafatisten.

Wenn jemand eines Beweises dafür bedürfte, daß der Akt vom 5. November 1916 d. h. die Proklamierung des unabhängigen Königreichs Polen, tatsächlich ein für uns Polen günstiger Akt sei, den überzeugen die Äußerungen der Hafatisten vollends davon. Jeder von uns hat wohl vorzüglich an sich erfahren, daß die Hafatisten die ärgsten Feinde des Polenvolkes sind. Für sie ist es zuviel, daß wir überhaupt existieren; sie haben die berühmte Parole „Ausrotten“ ausgegeben, das bedeutet, daß die Polen und alles, was unser, was polnisch ist, auszurotten sei.

Der Krieg hat u. a. veranlaßt, daß ein riesiger Teil des deutschen Volkes zu der Einsicht gekommen ist, daß uns Unrecht geschieht. Die höchsten Würdenträger, ja sogar der Kaiser selbst, haben wieder gut gemacht, was man uns gegenüber gesündigt hat, und eine Folge hiervon war eben der denkwürdige Akt vom 5. November. Wieder heben wir an dieser Stelle hervor, daß die Bildung des polnischen Staates auch im deutschen Interesse gelegen hat. Übrigens erkennt das jedermann an; einzig die Hafatisten, die vom Kriege nichts gelernt haben, tun, was sie können, daß die Losung „Ausrotten“ weiter erklinge. Himmel und Erde setzen sie in Bewegung, daß der Akt vom 5. November zurückgenommen werde.

Dabei helfen ihnen merkwürdigerweise die Nationaldemokraten, die Partei des „Ogródownik“ und des „Kurjer Poznański“. Diese Nationaldemokraten schleudern in Waffenbrüderschaft mit den Hafatisten den Leuten Steine und Felsstücke auf den Weg, die nach dem Ausbau des polnischen Staates hinschreiten. Neuerdings haben wir das wiederum erfahren anlässlich der Beratungen des Polenklubs in Krakau. Dort haben die Nationaldemokraten alles getan, um die Bedeutung des Staatsrats des Königreichs Polen, der heute einzigen rechtmäßigen polnischen Regierung, zunichte zu machen. Sie haben das auf die Weisung der berühmten Lausanner Agentur hin getan, die bekanntlich gegen die Unabhängigkeit des Königreichs Polen protestiert hat. Wir dürfen nicht vergessen, daß einer der Leiter der Lausanner Agentur Dr. Marian Seyda, der frühere Chefredakteur des „Kurjer Poznański“ und des „Ogródownik“ ist. Als der Krieg ausbrach, da zog es dieser Herr vor, lieber ins Ausland, in die Schweiz zu verduften, als auf dem Posten auszuharren. Aber dadurch zeichnen sich fast alle Nationaldemokraten aus. Sie sind mutig, solange ihnen keine Gefahr droht, und das nennen sie dann „Verteidigung des Volkes seit einem halben Jahrhundert“. Eine nette Verteidigung, daß muß man sagen! Wenn das polnische Volk ihrer Verteidigung, ihrer Unwesenheit bedarf, dann verduften sie über die Grenze, damit sie um Gottes Willen nicht Gefahr laufen.

So bekämpfen also die Nationaldemokraten in Gemeinschaft mit den Hafatisten die Unabhängigkeit Polens. Haben sie doch i. Z. geschrieben, der Gedanke an die Unabhängigkeit Polens sei Fetischismus, sei

Gözendienst. Die Nationaldemokraten liefern auch den Hufatisten alles Material, dessen diese bedürfen, um die polnische Bevölkerung zu bekämpfen.

Davon zeugt von neuem ein Aufsatz eines Hufatisten, des Justizrats Wagner, in der „Tägl. Rundschau“. Dieser Artikel macht uns die fürchterliche Angst der Hufatisten davor ersichtlich, daß es sich so anläßt, als werde uns Polen gegenüber notwendigerweise Gerechtigkeit geübt werden. (Es folgt der Wortlaut des Wagnerschen Artikels; dann schreibt die „Prawda“ weiter:)

Die Angst hat große Augen, so können wir nach dem Durchlesen des Artikels des Herrn Wagner nur sagen: Die Hufatisten sehen, daß ihnen der Boden unter den Füßen entweicht. Sie lärmen nicht aus nationalen sondern einzig aus rein parteilichen Beweggründen. Wenn nämlich der polnischen Bevölkerung gegenüber Gerechtigkeit geübt werden wird, wozu es sich, Gott sei Dank, anläßt, dann wird die Partei der Hufatisten die Existenzberechtigung einbüßen. Denn dann werden alle Ostmarkenzulagen und andere Nebeneinkünfte fortfallen, dann werden die Hufatisten der Regierung nicht mehr nötig sein, und sie werden bei der Regierung die Bedeutung einbüßen. An alledem war aber hauptsächlich den Hufatisten gelegen. Daher ihr Lärm, daher ihre fürchterliche Angst.

Wenngleich die Partei des „Drendownit“ und des „Kurjer Poznański“ den Hufatisten bei deren Arbeit wacker beisteht, wenngleich wir noch werden viel aushalten und durchmachen müssen, so zweifeln wir nicht daran, daß bessere Zeiten eintreten werden, die Zeiten, vor denen Herrn Wagner eine solche Angst überläuft. Wir zweifeln auch nicht daran, daß dann sowohl die Hufatisten, als auch die Partei des „Drendownit“, die Nationaldemokraten, ein für allemal werden ausgespielt haben.

Wir werden noch viel durchzumachen und zu erdulden haben. So manche Enttäuschung wird uns noch treffen. Vielleicht nicht in allem werden sich unsere Wünsche und Träume verwirklichen. Das kann und darf uns jedoch nicht von dem einzigen Wege abbringen, den wir heute gehen. Mögen die Hufatisten lärmen, mögen ihnen die Nationaldemokraten, die Partei des „Drendownit“ helfen, wir werden unsere Augen auf das erhabene Ziel heften, welches das unabhängige und selbständige Königreich Polen ist, und werden unausgesetzt vorwärtsschreiten.

Aus Nr. 182 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. August 1917.

Bankrott werdende Strömungen.

Wenn wir uns die Entwicklung der polnischen Politik von Kriegsbeginn an betrachten, dann können wir eine erfreuliche Erscheinung feststellen:

Inmitten der sich von überall her häufenden Schwierigkeiten, inmitten der widersprechenden und mächtigen äußeren Einflüsse, welche die Einheitlichkeit des Kollektivdenkens stören, inmitten der Wühlereien nicht verantwortlicher und trüber Elemente im Innern, durch vorübergehende Momente der Schwäche und der Verwirrung hindurch bahnt sich der Geist der nationalen Kraft und des Nationalbewußtseins siegreich den Weg zu den vorgesteckten Zielen. Wieviel Versuche sind nicht in der Verblendung von Parteidoctrinen und von Interessen, die dem polnischen Interesse fremd gegenüber standen, unternommen worden, um die Bedeutung unserer Sache zu verringern und einzuschränken, um in dem Feilschen eines extremen Opportunismus die Idee der Nation zu verkaufen, um in diesem riesigen Kriege weltbeherrschender Mächte das erschütterte, der unabhängigen Kraft entbehrende Land in ein schreckliches Chaos zu stoßen und seine Zukunft einem ungewissen Schicksal zur Beute werden zu lassen?!

Dieser Hazardpolitik, welche die Sorge um die Zukunft aus Gier nach sofortigem Gewinn zurückstieß, dieser Hazardpolitik, welche bereit war, das reiche Erbe zu vergeuden, um sich momentan an den Illusionen von Kraft und Einfluß zu berauschen, hat der gesunde Selbsterhaltungseinstinkt der Nation die minder glänzende, aber rechtschaffene und auf die Wirklichkeit gestützte Politik der allmählichen Vergrößerung der Bedeutung der polnischen Sache in der internationalen Welt einerseits und des gleichzeitigen Aufbaus der Grundlagen für die Zukunft im Inneren des Landes andererseits entgegenstellt. Der gesunde polnische Sinn, der sich Rechenschaft darüber ablegt, daß wir in einer Periode der Wandlungen leben, deren Ende man noch nicht voraussehen kann, daß wir als staatlich nicht organisierte und aller Mittel einer selbständigen Politik bare Macht doppelt vorsichtig und behutsam verfahren müssen, dieser polnische Sinn beginnt daher jedes Handeln mit der Frage: „Wie werde ich es vermögen, die Nation vor der Zertrümmerung und vor der Schwächung durch den Krieg zu behüten, wie werde ich ihre Kraft und ihre Lebensfülle bis zum Ende des Krieges zu retten imstande sein, und welches sind die Mittel zur Vorbereitung einer Lösung der polnischen Sache, wie sie den allgemein polnischen Interessen und Idealen am meisten entspricht?“

Wir behaupten nicht, daß auf diese Fragen, die unsere Zukunft in sich schließen, die Antworten schon fertig wären. Eine Politik, die von dem Gefühl der Verantwortung für die Gesamtheit der Nation getragen wird, hascht nicht nach leichten Formeln, strebt nicht nach schnellen und billigen Effekten und verkapselt sich nicht in den engen Kreis der oder jener „Orientierung“. Die Leute, welche diese Politik betreiben, sind sich der Schwierigkeiten bewußt, und sie suchen manchmal Wege, ohne sich dessen zu schämen, daß sie nicht unfehlbar sind. Aber um so tiefer ist ihre Überzeugung davon, daß die auf den Namen „Aktivismus“ getaufte Politik, die im Namen dieses Aktivismus leichte Formeln der „Tat“ schmiedet, durch die Jagd nach dem Gewinn des Augenblicks verblendet ist und alle Gewissenszweifel von sich stößt, eine irrige und für die Zukunft der Nation mörderische Politik ist.

Wo ist denn übrigens dieser Aktivismus geblieben, der noch unlängst in der polnischen Politik zu dominieren sich bestrebte? Die Sozialisten haben sich definitiv von ihren aktivistischen Genossen sowohl im Königreich, als auch in Galizien getrennt. Der „ideelle“ Führer des Aktivismus, Studnicki, wurde aus dem provisorischen Staatsrat ausgeschlossen. Das Hauptzentrum des Aktivismus im Königreich, die Liga des polnischen Staatswesens, hat sich durch die neueste Sezession der Ultraaktivisten mit den Herren Lempicki, Grzegewski und Kulczycki an der Spitze zerschlagen. Und die Leute, welche zurückgeblieben sind, die Herren Simon, Dziwulski, Chmielewski usw.? Diesen Politikern mit ihrer gallertartigen Konsistenz erklären jetzt ihre früheren Genossen, sie befänden sich auf „passivistisch-neutralistischen Boden“, d. h. sie seien den heiligen Idealen des Aktivismus schändlich untreu geworden.

In Galizien haben die letzten Beratungen des Polenklubs mehr als je die Niederlage des aktivistischen Lagers zutage treten lassen, dessen Garde dort die Krafauer Konservativen bilden. Diese befanden sich dort in der völligen Isolierung, und sie fanden in manchen Fällen nur Beistand in einem Teil der eigenschaftslosen Demokraten. Der kürzliche Bundesgenosse der Konservativen, Daszynski, vergleicht sie mit einer unfruchtbaren Frau, von der ihr Mann Nachkommenschaft nicht erwarten darf. In Erkenntnis dieser politischen Unfruchtbarkeit traten zwei Abgeordnete aus dem konservativen Klub aus. Die Fraktion bestätigte durch erneuten Beschluß die bekannte Resolution vom 28. Mai und setzte damit den geheimen

Machenschaften der Herren Jaworski et tutti quanti ein Ziel.

Diese Niederlage hat den „Czas“ aus dem Gleichgewicht gebracht, der in zwei überaus irritierten Artikeln seinen Grimm an der Nationaldemokratie ausließ. Die trübselramartige, mit ohnmächtiger Bosheit übersättigte Polemik befreit jeden von der Notwendigkeit, darauf zu antworten. Das einst so gewählte Organ der Konservativen zieht die Beschlüsse vom 28. Mai in den Schmutz, läßt seinen Zorn an den Sozialisten, Volksparteilern und Nationaldemokraten aus und wärmt, indem es letztere offenbar als seine gefährlichsten Gegner ansieht, sogar die alte Insinuation von der „breitbahnigen Orientierung“ auf.

Wir wissen, daß der „Czas“ heute auf keinen Fall mehr als das Organ der ernstesten öffentlichen Meinung in Galizien gelten kann. Ist es, doch wie der „Naprzód“ schreibt, dahin gekommen, daß Herr R. Jaworski, der Redakteur des „Czas“, in der Fraktion Verwahrung dagegen eingelegt hat, daß man ihn für die politischen Artikel des „Czas“ in der nationalen Sache verantwortlich mache. Für Leute, welche die Situation zu würdigen wissen, ist es klar, daß das plötzliche Sinken des „Czas“ auf das Niveau von Straßenpflasterwischen ein Symptom mehr ist, welches den Bankerott gewisser Strömungen — nicht nur der galizischen — bestätigt.

Aus Nr. 95 des Katolik (Bentzen)
vom 9. August 1917.

Der Krieg und die polnische Frage.

Adam Mickiewicz betete um einen Weltkrieg, weil er in ihm die Wiederauferstehung Polens voraussah. Vor unseren Augen vollzieht sich das, was Mickiewicz mit prophetischem Geiste fühlte: Polen erhebt sich. Schon seit zwei Jahren wird das Fundament unter das Gebäude des Königreichs Polen gelegt. Nach einigen Tagen wird die polnische Regierung als Vertreter des freien polnischen Staates vor die Welt treten.

Das hat der Krieg bewirkt. Zurzeit des Kriegsausbruches hat keiner der kämpfenden Staaten sich mit dem Gedanken an Polen befaßt. Keiner derselben hat damals daran gedacht, daß der Krieg diese Frage an die Spitze der laufenden Angelegenheiten Europas stellen und die Notwendigkeit ihrer Erledigung der Welt aufzwingen wird. Manch einer von uns hat angenommen, daß der Krieg für unser Volk eine noch größere Bedrückung und ein noch größeres Mißgeschick mit sich bringen wird.

Und jetzt kommt die Freiheit!

Die siegreichen Waffen der Mittelmächte haben diese Umgestaltung unseres Schicksals vollzogen. Und nur diese. Diese Wahrheit muß besonders kräftig unterstrichen werden.

Wenn die russischen, englischen und französischen Heere so tief in den Ländern der Mittelmächte ständen, wie die deutschen und österreichisch-ungarischen im Feindesland stehen, dann würde von einem selbständigen polnischen Staate sicherlich keine Rede sein. Rußland hat Polen niemals, nicht einmal zurzeit seines Unglücks, etwas mehr versprochen, als eine dem Umfange nach unbestimmte Autonomie unter seiner Herrschaft. Seinen Verbündeten gegenüber hat es sich vorbehalten, daß die polnische Frage eine innere Angelegenheit Rußlands und nur von diesem allein abhängig sei. England und Frankreich haben an eine Wiedererrichtung Polens niemals gedacht. Im Falle eines Sieges der Entente und einer damit verbundenen Stärkung Rußlands würde man für Polen erst recht nichts getan haben.

Selbst wenn Rußland seine Versprechungen würde gehalten haben, woran wir aber zweifeln, würde Polen nicht ein polnischer Staat, sondern nur ein Teil des russischen Reiches, der von der zarischen oder einer anderen, jedenfalls von einer fremden Regierung abhängig wäre. Polen würde für immer ein russischer Sklave sein, denn nach einer Zerkümmernung des Deutschen Reiches würde auf der Welt keine Macht bestehen, die dem siegreichen Rußland widerstehen oder gegen dieses auftreten könnte. Diese Sklaverei, die zu einem Verlust der selbständigen Individualität des polnischen Volkes führen müßte, würde nicht dadurch leichter oder erträglicher sein, daß sie slawisch wäre...

Die hundertjährige Sklaverei hat bewirkt, daß nach der Einnahme des überwiegenden Teils des ehemaligen polnischen Freistaates seitens der Mittelmächte manche von uns, die an die Zukunft dachten, nicht den Mut hatten, sich Polen als selbständig vorzustellen, sondern an die Sklaverei gewöhnt, für Polen die Anlehnung an eine mächtigere staatliche Organisation für notwendig hielten. Daraus folgte, daß man die Deutschen verdächtigte, daß sie Polen unmittelbar oder mittelbar an sich reißen wollen, und daß man aus Furcht vor dieser Möglichkeit die Augen auf Rußland oder die Entente richtete, um Polen zu befreien.

Der von den beiden Monarchen der Mittelmächte am 5. November 1916 erlassene Akt gab der polnischen Frage ihre eigentliche Stellung. Nach diesem Akte soll Polen für sich selbst dastehen. Er soll weder ein Teil Deutschlands, noch Österreichs, noch viel weniger Rußlands bilden, sondern mit Deutschland, Österreich, Rußland, England, Frankreich und anderen Staaten Europas ein gleichartiger Staat sein. Seit dem 5. November 1916 besteht in der Welt wieder eine polnische staatliche Politik.

Was kann also für ein Volk, das vor länger als 100 Jahren sein staatliches Dasein eingebüßt hat, natürlicher sein, als daß es nach der ihm wiedererlangten Freiheit mit ganzer Kraft opferwillig zugreift, um sich eine glückliche Zukunft zu sichern! Was kann natürlicher sein, als das, daß es nach Empfang der für ein Volk wertvollsten Errungenschaft eines Krieges — ohne eigenes Zutun — jetzt selbst anfängt, diese Errungenschaft zu erweitern, um seine Zukunft nicht bloß einem fremden Verdienst, sondern auch seinen eigenen Bemühungen und Sorgen zu verdanken!

Diesen logischen Schluß ziehen aus den geschichtlichen Ereignissen alle Polen, die fest an der Seite der Mittelmächte stehen und im Bunde mit diesen die Zukunft Polens stützen.

Da die Welt aber in zwei Lager gespalten ist, beide aber stark sind und noch keine Sicherheit dafür besteht, welchem von beiden schließlich der Sieg zufallen wird, fehlt es nicht an Polen, die ein selbständiges Polen wünschen und ein solches von den Mittelmächten annehmen wollen, dann aber auch die Neutralität des polnischen Staates verkünden, also weder auf die Seite der Mittelmächte, noch auf die der Entente treten möchten. Sie sind der Meinung, daß solch eine Politik sehr unsichtig ist und jedes Risiko ausschließt.

Besteht heute im vierten Kriegsjahre eine wirkliche Neutralität der Staaten? Zu Beginn des Krieges kämpften nur sechs Staaten; die anderen waren neutral. Heute befinden sich aber 27 Staaten mit einander im Kriegszustande. Der Kriegsstrudel hat auch die ehemaligen neutralen Staaten in die schwindeligen Kreise hereingezogen. Daß Spanien, die Schweiz, Holland und Skandinavien neutral bleiben wollen, ist verständlich. Sie verlangen keine Eroberungen und wollen nichts anderes sein, als das, was sie vor dem Kriege waren.

Polen soll aber gerade durch den Krieg ein Staat werden. Seine Zukunft ist aus dem Krieg hervorgegangen. Es hat noch keine Grenzen, und diese Grenzen sind von dem Verlauf des Krieges abhängig. Polen verteidigt nicht das, was es vor dem Kriege besaß, denn staatlich hatte es gar nichts. Das, was es heute hat, hat es nicht durch eigene Anstrengungen errungen, sondern es rührt von den Siegen der Mittelmächte her. Eine unter solchen Umständen verkündete Neutralität Polens schließt ein Risiko wohl nicht aus, dafür schließt sie aber mögliche und wahrscheinliche Aussichten aus.

Was soll aus einem neutralen, zwischen zwei kämpfenden Feinden in der Luft schwebenden Polen werden? Weder für die eine, noch für die andere Seite wird es einen Wert darstellen, weil es keinem von beiden irgendwelchen Nutzen bringt. Während der Dauer des Krieges wird es in Ermangelung eines Heeres in keiner Beziehung ein Faktor werden. Beim Friedensschlusse kann es aber wegen Mangels an kräftiger Unterstützung seitens einer Machtgruppe zu einer Wechselmünze werden, die im Falle der Not große Interessen der Staaten wird regulieren können. Würde ein neutrales Polen auf Grund eines Verdienstes oder seiner Nützlichkeit seine staatliche Selbständigkeit und sein Interesse bei den Friedensverhandlungen geltend machen dürfen? Oder wird es das namens des Selbstbestimmungsrechts der Völker tun? Dieser Grundsatz kann einen schmälern und auch einen breitem Rahmen haben, und kann in der Praxis angenommen oder abgelehnt werden. Ein neutrales Polen könnte leicht in die Lage eines Menschen geraten, der weder kalt noch warm, sondern lauwarm ist, von dessen Schicksal die heilige Schrift spricht....

Jeder Krieg ist mit einem Wagnis, aber auch mit guten Aussichten verbunden. Die Konföderation von Bar, Kosciuszko und die Aufstände von 1831 und 1863 waren alle ein Wagnis, das zwecks Erlangung einer günstigeren Aussicht für das Vaterland unternommen worden war. Polen hat noch niemals eine so mächtige Hilfe auf seiner Seite gehabt, wie in diesem Kriege. Deshalb hat es auch nur den einzigen, seiner Zukunft entgegenführenden Weg: fest an die Seite der Mittelmächte zu treten, diese mit dem Heer zu unterstützen und mit ihnen dem Siege entgegenzugehen. Dieses Wagnis ist heut kleiner als je, denn es müßte doch jedermann klar sein, daß die Mittelmächte nicht besiegt werden können. So muß ein Volk handeln, das frei sein will.

Aus Nr. 95 des Glos Lubawski (Löbau i. Wpr.)
vom 9. August 1917.

Die drei Kriegsjahre.

Am Schlusse unseres vorigen Artikels haben wir die Behauptung aufgestellt, daß zu den wichtigsten Ereignissen während dieses Krieges die Proklamierung des Königreichs Polen gehöre. Wir gehen hier auf die Erörterung dieser Proklamierung aus Gründen nicht ein, über die zu sprechen jetzt nicht die richtige Zeit ist. Aber die Ankündigung der Wiederherstellung Polens ist an und für sich schon deswegen von großer Bedeutung, weil sie von einem Staate ausgegangen ist, der an der Teilung Polens am meisten unmittelbar interessiert war. Die Regierungen dieses Staates haben doch auch schon im vorigen Jahrhundert Jahrzehnte hindurch den Grundsatz verkündet, daß eine polnische Regierung und eine polnische Frage für sie überhaupt nicht existierten und daß diese Frage für alle Zeiten erledigt sei. Diesen Grundsatz befolgte denn auch die innere Politik dieser Regierung; sie ging darauf aus, alle Spuren des Polentums aus diesem Staate zu entfernen. Wenn also schon im ersten Kriegs-

jahre aus dem Munde des höchsten Beamten des deutschen Reichs Worte gefallen sind, daß das Recht der Polen auf ihre nationale Entwicklung anzuerkennen sei, so ist offenbar in der Anschauung der Regierung dieses Reiches über die polnische Frage, die für diese Regierung bis dahin nicht mehr existierte, ein gewaltiger Umschwung eingetreten. Und ein solcher Umschwung und eine solche Änderung in den bisherigen Anschauungen kann doch nur aus ganz außergewöhnlichen Gründen, deren Quelle in dem gegenwärtigen Kriege zu suchen sind, erfolgt sein.

Es wäre also ein unverzeihlicher Fehler von unserer Seite, wenn wir in der gegenwärtigen Umschwungszeit noch so naiv sein wollten, anzunehmen, daß diese Änderung in den Anschauungen der Regierungskreise aus Sympathie zu uns oder aus dem Grunde erfolgt sei, weil im deutschen Volke das Gerechtigkeitsgefühl erwacht sei. Diese Änderung ergab sich nämlich lediglich aus dem realen Interesse Deutschlands, und sie hatte eine so subjektive Grundlage, daß höchstens ein Kind sie nicht begreifen vermag. Beweise dafür liefert uns übrigens tagtäglich die deutsche Presse, und zwar nicht nur die reaktionäre und die alldeutsche, sondern auch die liberal-demokratische. Es genügt hier auf die letzten Ergüsse der „Kreuzzeitung“ oder auf den Artikel der „polenfreundlichen“ „Kölnischen Zeitung“ hinzuweisen, der den Titel: „Schläfst du, Polen?“ trägt.

Zum Glück hat aber der gesunde Sinn des polnischen Volkes, das von Anbeginn des Weltkrieges sich auf Abwegen befand, den richtigen Faden der Ariadne, die Erlösung aus der Not gefunden. Der gesunde Sinn des polnischen Volkes vermochte sich aus dem Labyrinth der falschen Wege und Bestrebungen herauszuwinden, in dem es bis dahin in der Überzeugung wandelte, daß es sich um die polnische Staatlichkeit verdient machte, während es offenkundig zum Nachteil der Vereinigung des ganzen polnischen Volkes handelte. Deswegen fiel eine große Last vom Herzen eines jeden Polen, der von echt patriotischem Gefühl beseelt ist, als auch die polnische Fraktion in Galizien sich endlich durch ihren Beschluß vom 28. Mai auf den einzig richtigen Standpunkt in der polnischen Frage stellte und die Lösung für ein unabhängiges und vereinigtes Polen ausgab. Da kamen endlich alle falschen Theorien, jede falsche Taktik und alle nichtpolnischen Bestrebungen zu Fall. Zu einem gemeinsamen Endziel und zu einem gemeinsamen Ideal vereinigten sich jetzt die Herzen aller Polen. Das war das bedeutendste positive Moment in der Kristallisierung des polnischen Gedankens, das uns der Kriegsbrand gebracht hat. Es muß deshalb auch unter den Aktiven des Krieges gebucht werden.

Durfte man sich denn nämlich mit jener engherzigen politischen Richtung einverstanden erklären, die schon seit dem Anfang des Krieges, z. B. in Galizien, befolgt wurde? War das überhaupt eine nationale Politik und nicht eine ganz fremde mit einer lokalen Färbung? Wurde diese Politik auch etwa von echt nationalen polnischen Faktoren geleitet? Rekrutierten sich diese leitenden Sphären nicht überwiegend aus Juden und aus den Kreisen der polnischen Sozialdemokratie, die bis in die letzte Zeit jedes nationalen Charakters bar war? Es bedurfte ja erst vieler Erfahrungen, bis auch diese Kreise endlich den Weg der nationalen Politik beschritten, den der überwiegende Teil der Sozialdemokratie in dem übrigen Europa schon seit Beginn des Krieges befolgte. Schließlich haben aber auch die polnischen Sozialdemokraten den Geist der Zeit begriffen.

War denn aber der Novemberakt, durch den die Wiederherstellung des Königreichs Polen proklamiert wurde, ein Akt der Dankbarkeit von Seiten der Mittelmächte für die Verdienste der Kadres der polnischen Legionen? In einem solchen Falle müßte man ja

in der Politik der Mittelmächte Sentimentalitäten annehmen. Daran können jedoch höchstens überspannte und krankhafte Gemüter glauben, und nicht der gesunde politische Verstand. In der Politik kennt man nämlich keine Sentimentalität und am allerwenigsten das Gefühl der Dankbarkeit. Von solchen Gefühlsregungen ließ sich höchstens noch die zugrunde gegangene ehemalige polnische Republik leiten, aber die gegenwärtige Welt kennt solche Regungen nicht, und am allerwenigsten kennt sie der nüchterne politische Sinn des deutschen Politikers. Deswegen war auch die Proklamierung des Königreichs Polen, wie wir oben gesagt haben, nichts anderes, als das Produkt kühler Berechnung von seiten der leitenden Staatsmänner und, wie wir glauben, zugleich eine notwendige Folge des gegenwärtigen Weltkrieges. Diese gewaltige geschichtliche Katastrophe mußte nämlich auch ohne die Bildung der Legionen und ohne solche Opfer, die durch die staatlichen Verpflichtungen nicht geboten waren, nicht nur zur Proklamierung des Königreichs Polen führen, sondern sie wird auch auf Grund der geschichtlichen Notwendigkeiten das Königreich Polen tatsächlich wiederherstellen, und zwar nicht etwa in unserem Interesse, obwohl auch dieses Interesse dabei vertreten sein wird, sondern in dem wohlverstandenen politischen Interesse aller zivilisierten Völker.

Deswegen sind wir auch der Ansicht, daß unser eigenes Interesse, richtig aufgefaßt, es verlangt, daß das künftige Polen nicht ein Akt der Gnade von seiten irgendwelcher kämpfenden Partei, sondern eine Gesamtschöpfung aller Weltmächte sei, die jetzt bestrebt sind, mit dem Ende dieses Krieges unerschütterliche Grundlagen für einen dauernden Weltfrieden zu schaffen. Und dann können uns ebenso die Ratschläge wie die Klagen der Alldeutschen gleichgültig sein. Die drei Kriegsjahre haben nämlich geschichtliche Notwendigkeiten geschaffen, auf Grund deren ein unabhängiges Polen wiederhergestellt werden muß. So wird ein freies polnisches Volk ein besonderer Juwel in der Friedenskrone des gegenwärtigen Ringens der Völker darstellen.

Alpha.

Aus Nr. 181 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 10. August 1917.

Die Liquidation des Krieges.

Der gegenwärtige Stand des Weltkrieges bietet ein fesselndes Bild.

Zwar ringen noch immer an allen Fronten Millionenheere mit einander, zwar fallen noch immer täglich Tausende von Menschen, und doch nimmt das Interesse am Kriege von Tag zu Tag ab. Der Krieg hat also seinen Höhepunkt überschritten, die Welt zeigt ihm gegenüber eine immer größere Langeweile und erwartet als Ergebnis keine allzu großen Veränderungen in der staatlichen Gestaltung des alten Europa.

Um so mehr bereiten sich die Diplomaten und Regierungen aller Länder auf die beschwerliche Arbeit bei der Liquidation des Krieges vor, die Herkuleskräfte erfordert.

Die ganze Welt sehnt sich nach Frieden, und diese Tatsache ist der beste Beweis dafür, daß der Krieg in kurzer Zeit zu Ende gehen muß, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Regierungskreise es während des Krieges gelernt haben, mit der Stimmung der Bevölkerung zu rechnen, und zu der Überzeugung gelangt sind, daß sie gegen den Willen des Volkes nicht regieren können.

Daher arbeiten in allen Staaten alle berufenen Faktoren schon heute daran, wie die Verhältnisse nach dem Kriege zu gestalten seien, um die durch den Krieg geschlagenen Wunden möglichst schnell zu heilen,

besonders aber, wie die Übergangszeit für das eigene Volk zu regeln sei, damit das Volk diese Zeit möglichst ohne grundsätzliche wirtschaftliche und kulturelle Änderungen überdauern kann.

Ist man auch innerhalb unserer Volksgeamtheit bereits an irgendwelche positive Arbeit herangetreten?

Von einer solchen Arbeit hat man bis jetzt noch nichts gehört. Wenn wir uns aber in unserer schwierigen wirtschaftlichen und kulturellen Lage genau umsehen, müssen wir zu der Überzeugung gelangen, daß gerade unser nach dem Kriege eine ungeheure Arbeit wartet.

Der Zustand unserer nationalen Kultur vor dem Kriege, der von Tausenden von ungünstigen Bedingungen abhängig war, war im allgemeinen beklagenswert.

Da wir aber davon überzeugt sind, daß nach dem Kriege — nicht infolge irgendwelcher Sympathien, sondern infolge der geschichtlichen Notwendigkeit — die Verhältnisse sich zu unseren Gunsten ändern müssen, glauben wir, daß die maßgebenden Kreise unseres Volkes schon jetzt die Pflicht haben, sich mit dem Ausbau und der zielbewußten Organisation der neuen Kulturarbeit zu befassen. Bis vor kurzem nannte man unseren Landesteil — zwar wenig geschmackvoll, aber in vielfacher Beziehung mit Recht — das polnische Böhmen. Diese Tatsache erklärten wir uns zu unseren Gunsten in der Weise, daß unser Parnassus vollständig leer geworden sei, weil wir uns allzu sehr mit rein wirtschaftlichen Angelegenheiten befassen mußten, die unsere ganze Kraft aufbrachten. Aber diejenigen, die uns so nannten, gingen von ganz anderen Voraussetzungen aus. Da sie nämlich die Geschichte unserer Literatur besser kannten als wir, wußten sie auch besser, wie viele Persönlichkeiten aus dem preußischen Landesteil mit unverblühenem Glanze an unserem literarischen Himmel erstrahlten, und daß wir unter Berücksichtigung unserer schwierigen wirtschaftlichen Lage in genügendem Maße zur Vermehrung der Schätze unseres nationalen Denkens beigetragen haben.

Indem man uns Böhmen nannte, stellte man also lediglich die traurige Tatsache fest, daß das national-kulturelle Niveau der breiten Massen unseres Volkes immer mehr zurückging, was der beste Beweis dafür ist, daß alle unseren bisherigen Anstrengungen nicht genügend waren und eine bedeutende Vermehrung der Kraftanstrengung erfordern.

Schon vor dem Kriege fing man an, die Wichtigkeit der Sache in ihrem ganzen Umfange langsam zu erkennen. Die besondere, aus dem Schoße des Nationalrats hervorgegangene Grenzmarkenkommission nahm die Frage der energischen Hebung unseres national-kulturellen Niveaus in Angriff, konnte aber leider infolge Ausbruchs des Krieges nicht über den Rahmen der organisatorischen Arbeit hinauskommen. Während des Krieges aber hat diese Arbeit, bei der der Hauptschriftleiter des „Kurjer Poznański“ Herr Marian Seyda eine hervorragende Stelle einnahm, wenn nicht alle Zeichen trügen, fast ganz aufgehört.

Wenn man sich die ungeheure Bedeutung der Grenzmarken vergegenwärtigt, wenn man namentlich die Tatsache in Betracht zieht, daß der etwaige Verlust der Grenzmarken folgerichtig neue Grenzmarken und damit eine neue Grenzmarkenfrage schaffen muß, so kommen wir zu der Überzeugung, daß es schon jetzt durchaus nötig ist, über die wirksamsten Mittel zur Aufrechterhaltung und Befestigung des nationalen Charakters der Grenzmarken nachzudenken und sich den Satz zu vergegenwärtigen, daß „Polen nur soweit reicht, als es Polen gibt“. Jeden materiellen Schaden kann man durch anstrengende Arbeit der späteren Generationen wieder gut machen; es genügt hierzu ein genügendes Bewußtsein und der nötige Eifer für die Sache. Moralische Schäden — und ein solcher

wäre unstreitig der Verlust des nationalen Charakters der Grenzmarken — lassen sich nie wieder gut machen.

Lassen wir uns nicht durch den törichten Satz täuschen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse eine genügend energische Entwicklung der Tätigkeit nach dieser Richtung hin unmöglich machen.

Ein Volk, das Selbstachtung besitzt und davon überzeugt ist, daß es ein göttliches Recht auf sein Dasein und seine Entwicklung hat, muß eine genügende Dosis Mut haben, um sogar unter den schwierigsten Verhältnissen seine wichtigsten Lebensfragen, von denen das Hamlet'sche „Sein oder Nichtsein“ abhängt, mit entsprechender Tatkraft zu behandeln. Wenn es sich zu diesem Mut nicht aufraffen kann, würde es dadurch das Recht auf sein Bestehen und auf die weitere Entwicklung selbst verneinen.

Mit der Grenzmarkenfrage ist die Angelegenheit der kulturellen Arbeit im Innern des Landes eng verknüpft. Auch hierbei müssen wir ohne Vorbehalt zugeben, daß der Stand der nationalen Kultur unseres Volkes bedeutend zurückgegangen ist.

Die bis jetzt von uns auf diesem Gebiete unternommenen Rettungsarbeiten haben keinen genügenden Erfolg erzielt, da sie nicht von richtigen Voraussetzungen ausgingen. Völker, die glücklicher sind als wir, die ihre eigene nationale Schule besitzen, konnten sich mit solchen Hilfsmitteln begnügen. Bei uns stellt sich die Sache anders dar. Unsere privaten Bildungsorganisationen müssen so kräftig und tatkräftig wirken, daß sie uns das erziehen können, was uns die Geschichte versagt hat. Auch hierbei wird vielleicht mancher einwenden, daß „ultra posse nemo tenetur“, aber darauf muß ich antworten: Wenn Du willst, daß Dein Volk als besondere kulturelle Einheit bestehe, dann mußt Du vor allem dafür sorgen, daß es die Möglichkeit hätte, sich zu immer größeren Höhen emporzuheben; sonst wird es einem Menschen ähnlich sein, der sich in der Agonie befindet und den unvermeidlich der Tod erwartet.

Eine weitere, sehr ernste Frage in der Zeit nach dem Kriege wird die entsprechende Behandlung einer rationellen Bevölkerungspolitik von unserer Seite sein.

Wenn man die ungeheure Bedeutung des durch den Krieg hervorgerufenen Rückgangs an Arbeitskräften in Betracht zieht, wird man durchaus dafür sorgen müssen, daß die entstandenen Lücken ausgefüllt werden, vor allem aber, daß durch diese Lücken kein nie wieder auszumachender Schaden entstehe. Da aber unsere Volksgesamtheit zum größten Teil landwirtschaftlichen Charakter hat, wächst sich diese Frage bei uns zur Bedeutung einer Agrarfrage aus, die nach dem Kriege gerade infolge der Erfahrungen des Krieges in Mitteleuropa eine ungeheure Bedeutung erlangen wird. Wir besitzen eine genügende Anzahl von Institutionen, die unsrer Ansicht nach mit genügenden Mitteln versehen sind, um diese Frage zur Erörterung zu stellen und eine wirksame Aktion zu unternehmen. Auf den Leitern dieser Institutionen ruht eine ungeheure Verantwortung, — und erst die Zukunft wird zeigen, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Schließlich wartet unser nach dem Kriege die Aufgabe, unserem kaufmännischen und gewerblichen Leben eine entsprechende Richtung zu geben.

In dieser Beziehung hat man während des Krieges vielleicht die meisten Schritte unternommen, besonders in den leitenden Genossenschaftskreisen, und zwar unter Führung von Dr. Hacia. Indem wir überzeugt sind, daß diese Arbeit die eingeschlagene Richtung beibehalten wird haben wir zu unsern Genossenschaftsinstitutionen das Vertrauen, daß sie die rein finanzielle Seite der Angelegenheit entsprechend vorbereiten werden.

Anders stellt sich die persönliche Frage dar.

Der Krieg hat in die sowieso schon spärlichen Reihen unserer Kaufleute und Gewerbetreibende gewiß schon

große Lücken gerissen, und diese werden noch größer werden. Diese Lücken wird man durchaus wieder ausfüllen müssen, und zwar möglichst durch fähige und tatkräftige Personen. Die Schulung dieser Personen ist vollständig von unseren Handels- und Industrieorganisationen abhängig.

Haben sich diese Organisationen schon über diese sehr wichtige Frage orientiert? Haben sie schon eine entscheidende Stellung eingenommen, oder sind sie vielleicht schon an die Umsetzung dieses Gedankens in die Tat herantreten? Da wir die Langsamkeit der Arbeit unserer Organisationen und den häufig in die Erscheinung tretenden Mangel an Initiative kennen, halten wir es für notwendig, an diese sehr wichtige Pflicht zu erinnern.

Indem wir obige Aufgaben, die von unserer Volksgesamtheit gelöst werden sollen, skizzieren, tun wir es in dem Gedanken, daß wir dem eigenen Volke dienen wollen, ohne dadurch die Rechte und berechtigten Forderungen der uns benachbarten oder mit uns zusammenlebenden Nationalitäten anzutasten, wobei wir jedoch davon überzeugt sind, daß die rein politischen Verhältnisse uns gegenüber nach dem Kriege derartig werden geregelt werden, wie dies der Geist der Freiheit der nationalen Entwicklung erfordert, der mit der Kraft eines Sturmes die Grundlagen von ganz Europa erschüttert und seinen Völkern eine bessere, sich auf friedliches Zusammenleben stützende Zukunft angekündigt hat. Unsere nationalen Aspirationen aber, die auf die Erhaltung unseres gegenwärtigen Besitzstandes gerichtet sind, werden gewiß niemandem ein Dorn im Auge sein.

Wir wenden uns daher an diejenigen Personen unseres Volkes, denen durch Wahl und Stellung die Pflicht der Wachsamkeit über die Angelegenheiten des allgemeinen Wohls obliegt, daß sie diese Pflicht sorgfältig erfüllen.

Also: Videant consules!

J. D.

Aus Nr. 183 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 5. August 1917.

Zwei Blätter — das eine ein polnisches, das andere ein deutsch-polnisches — haben uns wegen unserer Äußerungen über die Pilsudski, Daszynski, Rulerski, Napieralski, Dombek und ähnliche Politiker angegriffen, die sich entweder unter der schwarzen, oder unter der roten Standarte mit Fremden gegen die eigenen Landsleute verbunden haben und dann die Führer der Nation sein möchten. Abgesehen von anderen Namen treten sie für Pilsudski ein, der nach dem Jahre 1905 zur Bildung des Banditentums im Königreich beigetragen und im Jahre 1914 ganz eigenmächtig im Königreich einen bewaffneten Aufstand hervorzurufen gesucht hat — entgegen dem Willen der polnischen Volksgemeinschaft, im Einvernehmen mit fremden Faktoren, die ihm doch irgendwelche Zusicherungen in Sachen der Zukunft Polens weder gaben noch zu geben vermochten, auch nicht in Sachen des Umgehens mit der Bevölkerung des Landes, das Pilsudski erobern half. Pilsudski hat somit mit dem polnischen Blute überaus unbedacht geschaltet, und man darf ihn weder mit Kosciuszko, noch mit Langiewicz, sondern höchstens mit den Lisewcyzks (polnische Freischärler) oder mit den mittelalterlichen Rittern vergleichen, welche der Abenteuer und des Ruhmes, nicht aber des Wohles der Nation wegen kämpften. Dabei hat Pilsudski gegen den von der ganzen Volksgemeinschaft angenommenen Grundsatz verstoßen, welcher lautet: „Die Polen werden nicht einen Finger rühren, um den Herrn zu wechseln“.

Die Verteidiger Pilsudskis sagen, er habe durch die Volksoffer die Zukunft Polens erkaufen wollen. Blutsopfer im Kampfe gegen das Zarat haben die

Polen auf Seiten der Mittelmächte gebracht, indem sie in deren Reihen dienten und erfüllten, was sie pflichtgemäß zu tun hatten, und niemand hat deswegen dem polnischen Volke gegenüber den Verletzten spielen dürfen. Die Operationen Pilsudskis hingegen hätten verhängnisvolle Folgen haben können, wenn die Russen vor dem Zurückgehen aus dem Königreich hätten nach der Methode der berüchtigten „Galgenbauräte“ verfahren wollen, statt sich um die Freundschaft der Polen zu bewerben, und wenn sie minder auf die Tätigkeit des polnischen roten Kreuzes in Warschau, als auf die Leistungen der Pilsudski und Genossen in der Kieler Gegend geachtet hätten. Wir zaudern also nicht, Pilsudski zu den nationalen Schädlingen zu rechnen, um so mehr, als er als Anhänger Daszynskis die Verantwortung für dessen politische Auslassungen trägt. Das Fortbringen Pilsudskis aus Warschau kann uns nicht veranlassen, uns der Kritik zu enthalten; denn sein Geschick ist unvergleichlich besser, als die Lage von hunderttausenden polnischer Arbeiter, für die Pilsudski, obgleich der extremer Sozialist ist, bisher nicht eingetreten ist. Auch Daszynski, der anlässlich des Abtransports Pilsudskis jowiel Lärm gemacht hat, hat keine Energie gezeigt in Verteidigung der polnischen Arbeiter. Diese Verteidigung überlassen die Sozialisten anderen.

Wir wiederholen, daß der Abtransport Pilsudskis ein verhängnisvoller Fehler gewesen ist, sowohl gegenüber der polnischen Gesamtheit, die sich Unruhen nicht wünscht, als auch mit Rücksicht auf das Interesse des deutschen Heeres, das in seinem Rücken Ruhe haben will. Darum hat der Wiener Polenklub auch die Bestrebungen Daszynskis wegen Freilassung Pilsudskis einmütig unterstützt und grundsätzlich jeden politischen Druck verurteilt, der von nichtpolnischen Faktoren auf Polen ausgeübt wird.

Außerdem hat sich der Wiener Polenklub entgegen Studnicki, Daszynski und ähnlichen Leuten, die bereit sind, eine neue Teilung Polens anzuerkennen, auf den Boden der nationalen Solidarität einerseits und der Verteidigung der nächsten Bedürfnissen und Interessen der vom Kriege betroffenen Bevölkerung andererseits gestellt. Der Wiener Polenklub verlangt also, indem er den übrigen Teilgebieten Polens das Selbstbestimmungsrecht beläßt, entschieden, daß den Polen in Galizien die vollen nationalen und politischen Rechte sowie eine gebührende Entschädigung für die Kriegsverluste für alle Bewohner Galiziens gewährt werden, ebenso, wie das deutsche Reich und der preussische Staat den Bewohnern Ostpreußens diese Entschädigung gewährt haben. Von dieser realen sachlichen Forderung wollen die Polen für kein nationales politisches Versprechen für die Zukunft absehen. Offenbar sind die Schäden, denen der Krieg die Polen in Galizien ausgesetzt hat, so ungeheure, daß letztere unter deren Einfluß gründlich klug geworden sind. Da das Königreich nicht minder gelitten hat, sind Aussichten vorhanden, daß auch dort der Verstand in der Politik jowohl der breiten Kreise der Bevölkerung, als auch der verschiedenen Organisationen das Regiment behalten wird, mit Einschluß der Personen, die von den Besetzungsbehörden in den provisorischen Staatrat berufen worden sind. Unverstand kann sich die erschöpfte polnische Gesamtheit nicht mehr gestatten, selbst wenn dieser Unverstand sich der schönsten nationalen und sozialen Lösungen bediente. Polen ist nicht irgendein künstliches politisches Gebilde. Polen ist nicht irgendein Surrogat einer Regierung, auch keine kleinere oder größere, so oder anders vereidigte Schar von uniformierten Leuten, sondern es besteht aus Zehner Millionen von Polen, die auf uraltem polnischen Boden leben und bereit sind, ihn zu verteidigen, ohne Rücksicht auf die Grenzpfähle und auf die Farbe der auf den Regierungsgebäuden aufgesteckten Fahnen.

Dieses Polen liebt in gleicher Weise alle Söhne, also auch die Pilsudski und Daszynski. es kann aber die Leute nicht loben, die seine Kinder dem Untergang aussetzen ohne Vorteil für die Allgemeinheit.

Aus Nr. 255 der Gazeta Narodowa (Posen)
vom 11. August 1917.

Das Blatt äußert seine Verwunderung darüber, daß die nationaldemokratischen Mitglieder des Wiener Polnischen Reichsratsklubs die Fraktionsolidarität zu beseitigen suchen. Im Anschluß hieran schreibt es:

.... „Das wundert uns einigermaßen an den Nationaldemokraten, da unsere Posener Nationaldemokraten gerade jetzt einiger Zeit sich so laut für die Solidarität der Berliner Fraktion aussprechen, was wir keineswegs mißbilligen. Wir müssen nur betonen, daß für die nationalen Elemente ohne sektiererisch-parteiliche Beimischung die Solidarität der Fraktion eine innere, tatsächliche Forderung ist; bei den Nationaldemokraten hingegen ist das nur eine momentane Taktik. Hat doch kein anderer als der Führer der Posener Nationaldemokraten, der frühere Abgeordnete Bernhard v. Chrzanowski, im Jahre 1902 die Forderung der Solidarität der Berliner polnischen Fraktion verlangt, als es sich um die Getreidezölle handelte, und die nationaldemokratischen Journalisten, welche ihren Einfluß auf manche unserer Blätter ausüben, haben ihn hierin eifrig unterstützt. Die damalige Lage war allerdings eine andere als die heutige. Zunächst waren die damaligen drei nationaldemokratischen Abgeordneten in der Fraktion in der Minderheit. Da sie im preussischen Teilgebiet noch keine Stütze an den breiten Schichten der Volksgemeinschaft gefunden hatten, verdankten sie ihre Wohl eir zig ihren persönlichen Eigenschaften, nicht jedoch der Zugehörigkeit zu der Partei. Er handelte sich ihnen darum, die Gunst der Arbeiterschichten, besonders die der gewerblichen, jowohl in den größeren Städten des Posenschen, als auch in Schlesien und im Westen Deutschlands zu gewinnen. Für diese Massen war die Lösung lochend: „Ohne Zölle wird auch das Brot billiger sein“. Den Herren Nationaldemokraten handelte es sich jedoch nicht um die Lösung von wirtschaftlichen Problemen, sondern nur um die Gewinnung von Volkstümlichkeit bei den Arbeiterschichten, die am leichtesten zu gewinnen sein sollen. Daher gaben sie eine Schrift heraus, welche den Titel trug: „Achtung, das Brot wird teurer!“ Diese Broschüre wurde in tausenden von Exemplaren bald vergriffen. Wer hätte denn damals daran gedacht, daß sich im Großherzogtum Posen aus einem Teile der Großgrundbesitzer das „bürgerliche Zentrum“ als Expositur der Nationaldemokratie bilden werde?! Heute, nachdem die Nationaldemokratie einen Teil der Großgrundbesitzer als Anhänger oder als mit ihr Sympathisierende gewonnen und die Mehrheit der polnischen Fraktion in Berlin erobert hat, denkt sie nicht mehr daran, volkstümliche Lösungen auszugeben; sie unterdrückt sogar, wo und wie sie irgend kann, die gesunde Volksbewegung oder sie sucht dieselbe zu beherrschen. Die „Solidarität“ der Fraktion ist jetzt in den speziellen Auffassungen dieser Partei etwas Unantastbares.

Anderz jedoch verhält sich die Sache in Galizien und im Wiener Polenklub. Dort hat die Nationaldemokratie während der Zeit des Krieges sich so ungehört bloßgestellt, daß ihr Führer, Erzellenz Glabinski, zwei Mal seine politischen Freunde öffentlich verleugnet hat, die nach dem Rückzuge der Russen aus Lemberg sich nach Rußland davongemacht hatten. Den in Galizien verbliebenen Nationaldemokraten war es inmitten der nationalgesinnten polnischen Allgemeinheit sehr unbequem. Sie saßen auch während der ganzen Zeit des Krieges, nachdem sie es fertig gebracht hatten,

die östliche Legion zu zerbrechen, still wie die Maus im Loch. Erst jetzt, nachdem in Österreich das verfassungsmäßige Regiment wieder hergestellt ist, als sie sich freier fühlten und der intriganten Weisung der Lausanner Agentur folgten, um den Warschauer provisorischen Staatsrat zu kompromittieren, gaben sie die lockende und populäre Losung aus: „Polen von Meer zu Meer!“ Sie spekulieren nämlich darauf, daß sie durch die Ausgabe einer solchen Parole ohne Rücksicht auf deren reale Grundlagen in den Herzen und Geistern unserer Volksgemeinschaft Wurzel fassen, populär werden und den verlorenen Einfluß wiedergewinnen werden. Um ihre Parteiinteressen um so leichter betreiben zu können, haben sie sich mit der Sozialdemokratie und den Volksparteilern konsolidiert und nach Lockerung der Fraktionsolidarität gedrängt. Doch ist ihnen der Kniff nicht gelungen. Die realdenkende Mehrheit der Abgeordneten in Krakau ging über die Absicht, die Fraktion in einen „Klubverband“ umzuwandeln, zur Tagesordnung über, und das, was die Hauptursache dazu gewesen war, die Krakauer Tagung einzuberufen, kam überhaupt nicht zur Beratung. Die Beratung des Statuts der Fraktion bzw. die Lockerung ihrer Solidarität sind auf unbegrenzte Zeit vertagt worden.

Aus Nr. 182 des Kraj (Lissa i. Pol.)
vom 12. August 1917.

Das Blatt weist an der Hand eines Aufsatzes des Krakauer „Gaz“ darauf hin, daß die galizische Nationaldemokratie ihre politischen Weisungen von Parteigrößen erhalte, welche im Auslande weilten, besonders von der Lausanner Agentur, an deren Spitze Pilz und Seyda stehen. Im Anschluß hieran sagt das Blatt von der Posener Nationaldemokratie:

.....„Die Posener Nationaldemokratie weiß sachlich nicht zu argumentieren, denn es fehlt ihr an solchen Beweisgründen. Sie hat die Sache verlorengehen gemacht, sie hat sich nicht orientiert und will ihre Fehler nicht eingestehen, sondern sie watet, in ihre geheimen Instruktionen vergafft, immer tiefer....

.....überall geheimnisvolle Instruktionen für Galizien, für das Königreich und für unsere Landesteile. Es wird noch die Zeit kommen, in der man wird über diese Heimlichkeiten offen sprechen können. Dann werden sich unsere heutigen politischen Gegner mit Entsetzen davon überzeugen, daß sie die polnische Sache unbedacht einem Abgrunde entgegengeführt haben, auf deren Boden sie für immer zerstückelt liegen bleiben könnte.“

Aus Nr. 176, 177 und 178 des Kraj (Lissa)
vom 5., 7. und 8. August 1917.

Aus dem nationaldemokratischen Lager.

I.

Eines der vorzüglichsten Merkmale der Nationaldemokratie aus der Zeit, als sie sich noch im ersten Stadium ihrer Entwicklung befand, war ihre außerordentliche Elastizität. Auf Grund derselben war sie imstande, ihr Parteiprogramm der jedesmaligen politischen Lage, der Stimmung des Augenblicks und sogar den veränderlichen populären Losungen anzupassen. Es genügt hier an die Rolle zu erinnern, welche die nationaldemokratische Partei in der Revolutionsära im Jahre 1905 gespielt hat, an den Frontwechsel der polnischen Fraktion in Petersburg unter der Führung Dmowski usw.

Die gegenwärtige Organisation der nationaldemokratischen Partei in der Provinz Posen besitzt diese Eigenschaft nicht. Im Gegenteil, sie kränkt trotz ihrer vom Parteigesichtspunkte aus sehr geschickten

Taktik an einem Grundübel, nämlich daran, daß sie zu einem Starrsinn in Fragen neigt, die längst entschieden sind, und daß sie nicht die Fähigkeit besitzt, den einmal gewählten Weg zu verlassen, selbst wenn es sich herausgestellt hat, daß dieser Weg falsch ist.

Woher kommt nun dieser Unterschied zwischen der ursprünglichen Nationaldemokratie in Polen und der gegenwärtigen in der Provinz Posen? Die Antwort darauf ist nicht schwer. Die frühere Nationaldemokratie in Warschau verfolgte nämlich den Zweck, die stärkste Partei im polnischen Volke zu sein; sie beanspruchte aber nicht das Recht für sich, als die einzige Vertreterin dieses Volkes zu gelten. Sie suchte zwar auch — oft sogar in rücksichtsloser Weise — ihre Einflüsse zu erweitern, aber sie war vor allem auf ihre innere Einheitlichkeit und Geschlossenheit bedacht. Deswegen sorgte sie auch dafür, daß alle Organe dieser Partei in der weitgehendsten Abhängigkeit von einer fast mit diktatorischer Macht ausgestatteten Zentrale verblieben. Es kam ihr mehr auf die Konzentrierung, als auf die Anzahl ihrer Kräfte an, und so bildet sie eine Art reguläre Armee und kein Freischärlerkorps.

Die Posener Nationaldemokratie hat sich bei ihrer ursprünglichen Organisation allerdings auch die Grundsätze ihrer älteren Schwester in Warschau zu eigen gemacht. Auch sie schuf vor allem einen geheimen Kreispag der Partei, in dessen Hand sie die ganze Macht und die Leitung konzentrierte. Dieser Kreispag stand in ständiger Fühlung mit den Schwesterorganisationen in den anderen polnischen Landesteilen. Ebenso unterhielt sie im Lande selbst eine ganze Reihe von Vertrauensmännern, Zeitungsredakteuren und Agitatoren, die blindlings den Befehlen folgten, die ihnen von oben her erteilt wurden. Aber das genügte dem Ehrgeiz der Führer dieser Partei in unserer Provinz nicht. Deswegen beschloßen sie, die diktatorische Gewalt, die sie in ihrer eigenen Partei ausübten, auch auf die ganze polnische Bevölkerung auszudehnen.

Die Folge davon war eine doppelte. Die Nationaldemokratie hat nämlich dadurch auf der einen Seite wirkliche Erfolge erzielt, denn infolge der Apathie und der Abneigung eines bedeutenden Teils unserer Bevölkerung gegenüber dem Politisieren gelang es ihr, entscheidenden Einfluß auf eine ganze Reihe kleinerer und größerer Blätter zu gewinnen, die bis dahin zum Teil parteilos waren. Ebenso brachte sie es zustande, alle Wahlbezirke zu beherrschen und die Mandate an ihre eigenen offenen oder geheimen Anhänger zu verteilen. Andererseits mußte sie aber zugleich die Wahrnehmung machen, daß die Machterweiterung des Kreispags nach außen hin keineswegs zu seiner Stärkung im Innern beitrug.

Denn was geschah nun? Die Nationaldemokratie handelte, wo sie ihre Einflüsse nach außen hin zu erweitern suchte, nach dem Grundsatz, daß derjenige Sieger bleibt, der am meisten schreit. Sie rechnete dabei darauf, daß die einen, durch das Geschrei betäubt, ihre Stimme mit dem schreienden Chor vereinigen würden, und daß die anderen, von Natur aus ruhiger und in ihrem Geschmack wählerischer, sich durch diesen Lärm würden einschüchtern lassen. Deswegen suchten auch die nationaldemokratischen Agitatoren ihre Propaganda — im Sinne dieses Grundsatzes — auf die Losungen des wirtschaftlichen und politischen Radikalismus zu stützen.

Infolge einer solchen Agitation, deren Aufgabe es war, die Leidenschaften zu entfachen, und nicht etwa mit Vernunftgründen zu überzeugen, scharten sich um das Banner der Nationaldemokratie allmählich alle extremen Elemente. In unsere politischen Verhältnisse wurde so der Keim zu jener parteiischen Verbissenheit und Leidenschaftlichkeit hineingetragen, die unserem Landesteil bis dahin fremd war, obwohl die

politischen Anschauungen auch hier gar oft weit auseinandergingen.

Die Führer der Nationaldemokratie ließen sich von dieser allgemeinen Leidenschaftlichkeit selbst weniger hinreißen, weil sie ja politisch mehr ausgebildet waren. Aber sie sahen anfangs einer solchen Entwicklung ihres Werkes trotzdem mit einer naiven Genugtuung zu. Als jedoch die Ausschreitungen ihrer neuen Anhänger schon ein solches Maß erreichten, daß sie nicht mehr als politische Handlungen, sondern vielmehr als eine Karikatur der Politik bezeichnet werden mußten, da stiegen allmählich auch in ihnen gewisse Zweifel auf. Und die Besonnenen unter ihnen fingen sogar an, solchen Übertreibungen im Stillen entgegenzuwirken. Aber das war jetzt verlorene Mühe. Denn der Apparat der Partei, der ehemals vorzüglich funktionierte, versagte auf einmal in dieser Richtung. Es stellte sich nämlich heraus, daß er nur noch imstande war, das politische Tempo zu erhöhen und die allgemeine Spannung höchstens noch mehr zu potenzieren. Seine Bremse, die solange in Untätigkeit geblieben war, funktioniert nicht mehr.

Die Ernüchterung der nationaldemokratischen Leaders kam also, wenn sie überhaupt kam, schon zu spät. Der radikale Teil der Partei fühlte sich nämlich jetzt schon so stark, daß sein Redefluß sich durch nichts mehr aufhalten ließ. Dieser Teil fing jetzt auch auf eigene Faust zu hausen an, ohne andere um Rat zu fragen und ohne um besondere Weisungen zu bitten.

Ja, noch mehr, der nationaldemokratische Areopag mußte jetzt an seiner eigenen Haut erfahren, wie wahr der evangelische Spruch ist: „Mit was für einer Waffe du kämpfst, von dieser wirst du sterben.“ Der Areopag wollte früher das ganze Land terrorisieren, und jetzt mußte er selbst dem Terror unterliegen, der von der radikalen Gruppe seiner eigenen Agitatoren ausgeübt wurde.

Denn wie oft erwies sich jetzt für die Entscheidungen der nationaldemokratischen Politiker gerade die Rücksicht auf diese agitatorische Gruppe als maßgebend! Wie oft haben politisch sonst geschulte Männer Beschlüsse, die dem gesunden Menschenverstand direkt zuwiderliefen, nur aus dem Grunde zugestimmt, weil sie fürchteten, einer allzugroßen Verjöhnlichkeit oder gar Nachgiebigkeit verdächtigt zu werden! Diesen Eindruck hat jeder, der mit den Mitgliedern der nationaldemokratischen Partei im öffentlichen Leben zusammen gearbeitet hat, oft gewinnen müssen.

Der stellvertr. Vorsitzende der polnischen Reichstagsfraktion Wladislaus Seyda hat neulich allerdings an dem Empfange und an den Beratungen der Reichstagsabgeordneten beim Feldmarschall von Hindenburg und beim Kaiser teil genommen. Er mußte, als er dahin ging, darauf gefaßt sein, daß er dafür von seinen eigenen Anhängern werde direkt beschimpft werden. Soweit man nämlich nach den früheren Vorgängen in Polen urteilen durfte, war eine solche Manifestation gegen ihn — und zwar im buchstäblichen Sinne des Wortes — gar nicht unwahrscheinlich. Der Abgeordnete Seyda nahm aber trotzdem an diesen Beratungen teil. Er bewies damit viel Verstand und viel Mut. Wer kann aber dafür bürgen, daß alle Mitglieder seiner Partei zu jeder Zeit ebenso viel Mut zeigen werden? Und müssen denn Rücksichten, von denen wir eben sprechen, nicht hemmend auf jede freie Entscheidung einwirken?

Die Posener Nationaldemokratie, die früher von ihren Hauptführern in Warschau, in Lemberg oder im Auslande abhängig war, geriet also jetzt außerdem noch in eine neue Abhängigkeit, nämlich in die Abhängigkeit von ihren eigenen Agitatoren. So fing denn auch auf ihren Beschlüssen jetzt das Merkmal eines sehr beredten Arguments zu lasten an, nämlich der Appell nicht etwa an das Volk, denn dieses ist ihr fremd geblieben, sondern an den entsprechend vorberei-

teten Straßenpöbel. Die von ihr ausgegebenen Direktiven wurden allerdings auch noch weiter befolgt, aber immer nur in einer gewissen, genau bezeichneten Richtung. So hat die von ihr selbst propagierte Losung, mit dem Kopf gegen die Mauer zu rennen, einen nur zu gewaltigen Sieg errungen. Diese Losung hat nämlich in ihr selbst die politische Elastizität und die Fähigkeit, gewandte taktische Wendungen zu vollführen, erstickt.

Diese Sachlage wurde in einer interessanten Weise gerade durch die Ereignisse der letzten Tage beleuchtet.

II.

Die Nachricht von der Krisis in den Legionen und von der Verhaftung des Brigadiers Pilsudski wurde von der nationaldemokratischen Presse in unserem Landesteil mit sehr verschiedenen Gefühlen aufgenommen.

Dem Hauptorgan der Nationaldemokratie, der „Kurjer Poznański“, der sich mit der Affäre zuerst beschäftigte, bot diese Nachricht Anlaß zu besonderen, Betrachtungen über die Richtlinien der polnischen Politik und über ihr Verhältnis zu den letzten Ereignissen im Königreich Polen. Der einschlägige Artikel des „Kurjer Poznański“ enthält eine besondere Kritik der politischen Verhältnisse in Warschau. Diese Kritik müssen wir, da sie einseitig ist und der Wirklichkeit nicht entspricht, entschieden zurückweisen. Vor allem gehen die Angriffe, die in dieser Kritik gegen den vorläufigen Staatsrat gerichtet sind, von einer falschen Voraussetzung aus. Wenn nämlich der vorläufige Staatsrat den Zweck, den er von Anfang an zielbewußt verfolgt, bis dahin nicht erreicht hat — übrigens ist die Zeit, wo er ihn erreichen wird, nicht mehr weit entfernt —, so tragen die Schuld daran außer den äußeren Faktoren in erster Linie diejenigen politischen Kreise und Parteien, welche sich der Verwirklichung des Aktes vom 5. November bewußt und auf jedem Schritt und Tritt widersetzen. Gerade diese Kreise suchten auch, was wir schon oft an dieser Stelle hervorgehoben haben, den Brigadier Pilsudski, dessen frühere Verdienste niemand leugnen will, zum Werkzeug ihrer destruktiven Politik zu machen. Pilsudski hat denn auch unter ihrem Einfluß und zum mindesten mit ihrer Hilfe seine Agitation in den Soldatenkreisen betrieben, die in ihrem Endresultat zur Sprengung der Legionen hätte führen müssen. Deswegen ist auch die Behauptung des „Kurjer Poznański“, daß die Spaltung im polnischen Heere ein Folge des politischen Standpunkts gewesen sei, welchen der provisorische Staatsrat eingenommen hatte, an und für sich schon so paradox, daß sie gar nicht widerlegt zu werden verdient. Sie stützt sich nämlich auf eine ähnliche Argumentierung, wie z. B. der Satz, daß der moralische Urheber eines Diebstahls nicht der Dieb, sondern derjenige, sei welcher das Eigentumsrecht eingeführt hat.

Auch die sonstigen Voraussetzungen auf die sich der Artikel des „Kurjer Poznański“ stützt, sind zweifellos falsch. Aber manchem seiner Schlüsse kann man die Berechtigung doch nicht absprechen. So kann man mit dem „Kurjer“ vollständig einverstanden sein, wenn er schreibt, daß „eine weitere Verschärfung der Krisis und ebenso alle Handlungen zu vermeiden seien, welche die öffentliche Ruhe irgendwie bedrohen könnten.“ Ebenso richtig ist die Schlussbemerkung des „Kurjer“, wo er feststellt, daß es notwendig sei, eine wenn auch nur vorläufige Grundlage für eine ruhige Entwicklung des Landes zu schaffen. Eine solche Grundlage wäre aber gegeben, wenn man den Weg finden würde, „auf dem eine Verständigung über die aktuelle politische Lage zwischen den Okkupationsbehörden und der polnischen Bevölkerung herbeigeführt werden könnte.“ Nach unserer Ansicht ist aber dieser Weg schon gefunden.

Wertvoll ist ebenfalls das Geständnis des „Kurjer“, daß er eine Sprengung der Legionen für „fatal“ halten

würde. Wir erinnern uns nämlich noch an jene — keineswegs weit zurückliegende — Zeit, wo derselbe „Kurjer“ sich über die Legionen in einer weniger sympathischen Weise äußerte.

Der Artikel des „Kurjer“ ist auf jeden Fall als eines der Symptome jener Schwenkung aufzufassen, die sich seit einiger Zeit in dem Verhältnis der leitenden Kreise der Nationaldemokratie zu der Unabhängigkeitsbewegung im Königreich Polen bemerkbar macht.

Die Nationaldemokratie suchte nämlich lange Zeit die Entwicklung dieser Bewegung und ebenso ihre positiven Ergebnisse ganz einfach zu leugnen. Sie erblickte in dieser Bewegung auch eine leichtfertige und zugleich strafwürdige Schwärmerei eines Häufleins betörter Politiker, die naturgemäß früher oder später vergehen müsse. Diejenigen aber, welche diese Bewegung in den anderen polnischen Landesteilen durch ihre Mitwirkung unterstützen, brandmarkte die Nationaldemokratie direkt als Renegaten und Verräter.

Aber es vergingen Monate und Jahre, und die Unabhängigkeitsbewegung nahm in den polnischen Landesteilen nicht ab, sondern sie steigerte sich im Gegenteil immer mehr. Die Idee des polnischen Staatswesens fing auch an reale Gestalten anzunehmen. Da bemerkten die Führer der Nationaldemokratie, daß das polnische Volk ihre Mitwirkung ganz gut entbehren könne und daß die Politik des passiven Widerstandes, die von ihnen propagiert wurde, vor allem ihrer eigenen Partei zum Schaden gereiche. Und da erschraken sie sehr und beschloßen, ihre politische Aktion, die sich zwei Jahre hindurch auf die usurpatorische Diplomatie des Emigrantentums gestützt hatte, wiederum auf den mehr realen Boden der innerpolitischen Verhältnisse zu verlegen.

Nach zwei Jahren eines ständigen Protestes gegen alles und gegen alle war aber eine solche Umkehr nicht leicht. Die Nationaldemokratie hat sie jedoch, besonders in Galizien, auf eine geschickte Weise vollführt. Die Sache wurde ihr auch dadurch erleichtert, daß alle Begriffe und Forderungen, die sie bis dahin bekämpft hatte, — wie z. B. die Forderung eines polnischen Staatswesens und einer polnischen Armee — schon so tief in die Seele des polnischen Volkes eingedrungen waren, daß sich niemand mehr darüber zu sehr wunderte, als man eines schönen Tages die Befürwortung dieser Forderungen ebenfalls in den Spalten der nationaldemokratischen Presse fand. Der Sprung war von der nationaldemokratischen Seite so kühn und so plötzlich ausgeführt, daß er schon deswegen unbemerkt blieb.

Die Nationaldemokratie ging dann ebenso in Galizien, wie im Königreich Polen von der Politik der absoluten Abstinenz und Gleichgültigkeit gegenüber der Unabhängigkeit des polnischen Staates auf einmal zu einem maximalistischen Programm über. Während sie früher überhaupt von nichts hatte hören wollen, verlangte sie jetzt plötzlich alles. Von einer wirklichen Mitwirkung der Nationaldemokratie an den Vorbereitungsarbeiten für den Ausbau des polnischen Staatswesens kann unter solchen Bedingungen selbstverständlich auch für die Zukunft keine Rede sein. Denn durch die laute und maßlose Agitation der Nationaldemokratie können diese Arbeiten jetzt sogar noch mehr, als früher erschwert werden. So bildet z. B. auch die neulich gegen das Präsidium der polnischen Fraktion in Wien gerichtete Agitation der Herren Glabinski und Dlugosz, und ebenso des Aufhebens der Linken gegen den Staatsrat durch die Nationaldemokratie in Warschau höchstens eine weniger positive Erscheinung der gegenwärtigen Mauferung der Nationaldemokratie. Aber die Tatsache selbst, daß die Nationaldemokratie ihre bisherige Taktik der Passivität und einer rücksichtslosen Opposition aufgegeben hat, dürfen wir auf jeden Fall als einen

Schritt nach vorwärts auf dem Wege der Gesundung unserer politischen Atmosphäre begrüßen. Das berechtigt uns nämlich auch zu der Hoffnung, daß eine weitere Evolution der nationaldemokratischen Partei erfolgen wird und daß wir auf diese Weise uns jener Richtlinie nähern, auf der sich alle unsere Parteien und politischen Lager zusammenfinden müßten. Es machen sich auch tatsächlich jetzt schon inmitten der nationaldemokratischen Partei selbst unwillkürlich Tendenzen eines politischen Realismus bemerkbar, zu denen wir ebenfalls die oben angeführten Äußerungen des „Kurjer Poznański“ zählen möchten.

Bei uns aber in Großpolen treten diese Tendenzen leider seltener hervor, als anderswo. Die Schwenkung also, die von der Nationaldemokratie in den anderen polnischen Landesteilen sich vollzogen hat, ist bei uns nur partiell geblieben. Diese Schwenkung hat bei uns vielleicht einen teilweisen Einfluß auf einige besonnene Politiker aus dem nationaldemokratischen Lager ausgeübt, aber sie hat gar nicht oder in einer direkt verkehrten Weise jene Kreise dieser Partei beeinflusst, welche durch ihre frühere Agitation blindgemacht, nicht mehr imstande sind, ihren politischen Standpunkt zu ändern.

Das beweisen auch die anderen Stimmen unserer nationaldemokratischen Presse, die sich über die vom „Kurjer“ berührte Frage vernehmen ließen.

III.

Die relative Mäßigung, mit der die letzten Ereignisse im Königreich Polen vom „Kurjer Poznański“ erörtert werden, hat sich jedoch denjenigen Blättern nicht mitgeteilt, die dem „Kurjer“ politisch verwandt sind.

Wir brauchen mit den Ausführungen des „Kurjer“ z. B. nur die Stimmen zweier Blätter zu vergleichen, die der nationaldemokratischen Richtung zweifellos sehr nahe stehen. Wir meinen den „Wiarus Polski“ in Bochum und den „Dziennik Rujawski“ in Hohensta. Wir führen hier absichtlich gerade diese Blätter an, weil sie nur durch ihre Abhängigkeit von der Nationaldemokratie miteinander verwandt sind, sonst aber in ihren politischen Anschauungen auseinandergehen.

Der „Wiarus Polski“ äußert sich über die Tätigkeit Pilsudskis, sowie über die in den Legionen herrschenden Zustände in folgender Weise:

„... Pilsudski und die Anhänger der Legionenbildung in Galizien sind für das polnische Volk nur Kinder der verkehrten polnischen Richtung Stürgkhs und seiner Helfershelfer, die für den Aufbau von Galgen eingetreten sind. . . . Deshalb haben weder Pilsudski noch andere Leute, die bald unter dem schwarzen, bald unter dem roten Banner im fremden Dienste tätig waren, das Recht, die Führung im polnischen Volke zu übernehmen. Solche Renegaten, könnte man, wenn sie, nachdem sie Buße getan, in das polnische Lager zurückkehren möchten, nur als Gemeine, aber niemals als Offiziere wieder aufnehmen, denn bekehrte Sünder verfallen nur zu leicht in ihre alten Sünden.“

In einem weiteren Artikel schreibt der „Wiarus“: „Wenn die Konservativen in Krakau und manche andere Leute so kurzfristig waren, daß sie Pilsudski die leicht entzündbare polnische Jugend und ergraute Erben der aufständischen Losungen zutrieben, so ist das noch kein hinreichender Grund, daß auch die nationalen, demokratischen Elemente blindlings dem Kommando unseres eigenmächtigen Militarismus folgen sollten.“

So weit die Ausführungen des „Wiarus“. Wir müssen gestehen, daß wir trotz der unliebsamen Erfahrungen, die wir bis dahin in dieser Hinsicht gemacht haben, doch nicht angenommen hätten, daß sich ein polnisches Blatt finden könnte, daß den Mut

hätte, sich über den im Entstehen begriffenen polnischen Staat und über sein Heer in dieser Weise zu äußern. Angesichts der Ergüsse des „Wiarus“ verblaffen nämlich selbst die leidenschaftlichsten Angriffe unserer Gegner.

Dem „Wiarus“ muß man jedoch bei diesem seinem Auftreten wenigstens einen mildernden Umstand zubilligen. Seine Ausführungen zeugen nämlich von einer rührenden Naivität und von einer großen Unkenntnis der Menschen und der Verhältnisse im Königreich Polen. Der „Wiarus“ verwechselt offenbar und bringt wie Kraut und Rüben in einen Topf die Legionen mit der polnischen militärischen Organisation und schließlich auch mit dem Staatsrat. Man kann sich wirklich trotz der aggressiven Ausschreitungen des Blattes des Gefühls der Nachsicht nicht erwehren.

Eine ganz andere Haltung, als der „Wiarus Polski“ hat in derselben Frage der „Dziennik Kujawski“ eingenommen. Dieses Organ des agrarischen Zentrums gehörte noch bis in die letzte Zeit zu denjenigen Blättern, welche mit der größten Energie Pilsudskis Tätigkeit bekämpften. Jetzt aber sucht dieses Blatt den früheren Brigadier mit einem Enthusiasmus in Schutz zu nehmen, den es ganz unerwartet in seinem Herzen entdeckt hat. Es belehrt denn auch den „Wiarus Polski“, daß „Pilsudski als Soldat der Legionen nicht etwa die Politik der Legionenbildung, sondern die Bereitwilligkeit, polnisches Blut für die Sache Polens zu opfern, repräsentiere.“

Obwohl wir diese Ausdrucksweise des „Dziennik Kujawski“ nicht für ganz klar und auch nicht für zutreffend halten, so würde die Verteidigung des ehemaligen Brigadiers gerade zurzeit seiner Verhaftung an und für sich von einer edlen Regung des „Dziennik Kujawski“ zeugen. Aber es nistet sich, wie der Dichter sagt, selbst in der schönsten Blume ein Wurm ein. So verliert auch der Artikel des „Dziennik Kujawski“ auf einmal seinen apologetischen Charakter, und er verwandelt sich bald darauf in einen um so leidenschaftlicheren Angriff gegen die Krafauer und Warschauer Aktivisten. Indem nämlich der „Dziennik Kujawski“ feststellt, daß Pilsudski nicht der Politik, sondern einer Idee zu dienen suchte, tritt er zugleich mit der größten Leidenschaftlichkeit gegen alle diejenigen auf, welche nach seiner Ansicht die blutigen Opfer der polnischen Legionen zu einer Scheidemünze der polnischen Politik in Galizien umgestempelt haben.

Die Artikel des „Wiarus Polski“ und des „Dziennik Kujawski“ gelangen also scheinbar zu ganz entgegengesetzten Schlüssen. Und doch entstammen sie beide einer und derselben Quelle. Denn es kommt in ihnen beiden in gleicher Weise die alte Abneigung gegen die Unabhängigkeitsbewegung in den polnischen Gebieten zum Ausdruck. Aus dieses Abneigung konstruieren jetzt diese beiden Blätter ihre Angriffswaffen. Allerdings jedes von ihnen nach seiner Art. So bespricht der „Wiarus Polski“, seinem alten Grundsatz getreu, schon alles mit Rot, was den Stempel des Aktivismus an sich trägt, und der „Dziennik Kujawski“ sucht Pilsudski als Trumpf gegen das nach seiner Ansicht gefährliche Kommando der Legionen und gegen den Staatsrat auszuspielen.

Die Führer der Nationaldemokratie, die sich um den „Kurjer Poznański“ gruppieren, übernahmen allerdings nicht gern die Verantwortung für ihre ungeschickte redigierten Provinzblätter. So wird auch in dem vorliegenden Falle ebenso wenig der ungeschickte Eifer, mit dem der „Dziennik Kujawski“ sich in einer nur zu durchsichtigen Weise aus einem Gegner Pilsudskis in seinen Anwalt verwandelt hat, wie der sinnlose Angriff des „Wiarus Polski“ ihren Beifall finden. Und trotzdem wird man sie von dieser Verantwortlichkeit nicht befreien können. Denn sie waren

es ja, die durch eine monate-, ja fast jahrelange Agitation in den Redaktionsräumen und in den Kaffeehäusern Leuten, die politisch nicht widerstandsfähig waren, eine solche Verachtung gegen alles einzupflanzen suchten, was in Königreich Polen von dem frischen Hauch staatschöpferischer Ideen befeelt war. Ihre Saat war es ja auch, aus der nachher jener Haß emporwuchs, dem gegenüber sie jetzt selbst machtlos gegenüberstehen.

Ja sogar die strafwürdige Unkenntnis der politischen Verhältnisse im Königreich Polen, wie sie sich neuerlich in den Artikeln des „Wiarus“ in einer so auffallenden Weise offenbarte, wurde zum großen Teil durch die Politik dieser nationaldemokratischen Führer verschuldet. Denn sie haben allen jenen politischen Mittelpunkten, welche der nationaldemokratischen Partei näher stehen, die Überzeugung beigebracht, daß es sich überhaupt nicht verlohne, sich mit der Entwicklung der Unabhängigkeitsbewegung im Königreich Polen zu beschäftigen. Wozu sollte man nämlich die besonderen Strömungen und Parteien kennen lernen, wenn man so wie so alles in Pausch und Bogen verurteilte. In den Augen der nationaldemokratischen Redakteure war doch das Lausanner Manifest oder die erste beste Reise Dmowskis ein bedeutenderes Ereignis auf dem Gebiete der polnischen Politik, als die Bildung eines polnischen Staatsrates. Und hätten die Blätter aus dem aktivistischen Lager unsere Bevölkerung nicht ständig unterrichtet, so kann man nicht wissen, ein wie großer Teil unserer Volksgemeinschaft heute noch hinsichtlich der Kenntnis der politischen Verhältnisse im Königreich Polen auf derselben Stufe stehen würde, wie der „Wiarus Polski“ oder gar der „Dziennik Berliński“, der in einem Artikel, der sich speziell mit der Gruppierung der Parteien in Königreich Polen beschäftigte, Herrn Studnicki zum Vorsitzenden der „Liga für das polnische Staatswesen“ und den „Goniec“ zu einem offiziellen Organ dieser Liga gemacht hat.

Wir kennen ja alle die Ballade Goethes von jenem Zauberlehrling, der es verstanden hatte, die Naturkräfte durch eine magische Formel zu entfesseln, aber nicht mehr imstande war, die entfesselten Elemente zu bändigen. In derselben Lage befinden sich jetzt die Führer unserer Nationaldemokratie. Sie können nämlich den Schaden, den sie der Sache Polens bereits zugefügt haben, selbst wenn sie es wollten, nicht mehr wieder gut machen.

Aus Nr. 101 der Prawda (Posen)

vom 8. August 1917.

Wenn nur das Geschäft blüht.

Mehrfach hat man sich bereits aus Kreisen unserer Leser mit der Frage an uns gewandt, weshalb ein gewisser Teil unserer Presse mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, fast beständig nur Mitteilungen aus deutschen Blättern, wie aus dem „Berl. Tgl.“, dem „Vorwärts“ usw. bringe, hingegen sehr wenig oder überhaupt nichts aus polnischen Zeitungen, sei es aus Warschau oder aus Krafau.

Man hat uns sogar auch oft den Vorwurf gemacht, daß wir nicht hiergegen aufträten. Angesichts dessen stellen wir fest, daß wir den Grund nicht kennen, welcher bestimmte polnische Blätter veranlaßt, ihre Weisheit und ihre Mitteilungen aus Blättern von der erwähnten Art zu schöpfen. Uns ist auch der Zweck des oftten Sichberufens auf deutsche Blätter nicht bekannt.

Wir in unserer „Prawda“ gehen unsern eigenen Weg, und unsere Quelle ist vor allem die polnische Presse. Das muß unsern Blättern hinreichen. Der aber, den diese Antwort nicht befriedigen sollte, der

wende sich direkt an die Redaktionen der einschlägigen Blätter.

Man hat uns ferner oft gefragt, ob die polnischen Zeitungen verpflichtet seien, deutsche Bekanntmachungen aufzunehmen. Hier müssen wir bemerken, daß unsere Zeitungen nur in sehr seltenen Fällen verpflichtet sind, direkt in deutscher Sprache Bekanntmachungen aufzunehmen. Der überwiegende, riesige Teil der heute in der polnischen Presse so häufigen deutschen Bekanntmachungen erfolgt zum mindesten unter schweigender Zustimmung der einschlägigen Redaktionen.

Es ist das ein bedauernswerter Zustand, welcher vermuten läßt, daß die Redaktionen der in Betracht kommenden Blätter sich selbst sehr wenig um die Losungen kümmern, die nur allzuoft auf der ersten Seite ihres Blattes verkündet werden, während sie auf der vierten, der Inseratenseite, Bekanntmachungen dulden, welche unsere auf die Pflege der Muttersprache abzielenden Bestrebungen zunichte machen.

Wir begreifen es geradezu nicht, zu welchem Zwecke solche Blätter mahnen: „Lehret Eure Kinder polnisch lesen und schreiben!“ Wir haben bisher hierüber geschwiegen in der Hoffnung, daß schließlich ein Erwachen eintreten werde und daß die Redaktionen der betreffenden Blätter selbst wahrnehmen würden, wohin ihr Weg führe, indem sie in ihrem Blatte deutsche Inserate bringen. Das, was jedoch dieser Tage geschehen ist, zwingt uns geradezu, diese Sache zur Sprache zu bringen.

Am Sonnabend brachte die letzte Sonntagsnummer des „Drendownik“ die nachstehende Bekanntmachung:

„Zur Aufklärung. Unter den polnischen Bürgern Gnesens wird die irrige Nachricht verbreitet, die das 27. Jahr erscheinende Tageszeitung „Gnesener Generalanzeiger“ enthalte keine amtlichen Bekanntmachungen, da sie sich nie auf der ersten Seite befänden. Der „Gnesener Generalanzeiger“ bringt hingegen alle amtlichen Bekanntmachungen nicht auf der ersten Seite, sondern wie alle größeren und modernen Tageszeitungen auf der vierten Seite im Inseratenteil, worauf zur Aufklärung aufmerksam gemacht wird. Der Bestellpreis dieser Tageszeitung beträgt vierteljährlich auf der Post 1,50 Mk., in Gnesen mit Hausbestellung 1,75 Mk.“

Es verlohnt sich nicht, Worte zu verlieren, zur Beurteilung eines solchen Verfahrens eines Blattes, das, wie der „Drendownik“, als „einzig polnisches Blatt“ gelten will und das verkündet, nur es allein besitze ein Patent auf das Polentum. Unsere gestrigen Bemerkungen hierüber vervollständigen wir nur mit der kurzen Bemerkung: „Wenn nur das Geschäft blüht!“

Briefkastennotiz aus Nr. 102 der Prawda (Posen)
vom 9. August.

Ist die „Prawda“ ein Abklatsch des „Wijsaer Kraj“?

Mit dieser Frage müßten Sie sich eigentlich an den „Drendownik“ wenden, der seine wichtigste politische „Handlung“ darin erblickt, diese Dummheit seinen Lesern oft zu wiederholen. Offenbar ärgert sich der „Drendownik“ sehr darüber, daß wir unser Blatt nicht bei ihm, sondern in der Druckerei des „Kraj“ drucken lassen. Ist es doch bekannt, daß der ehrenwerte „Drendownik“ dem Grundsatz huldigt: „Wenn nur das Geschäft blüht“ — und so sucht er den Verlust, der ihm daraus erwächst, daß ihn die „Prawda“ links liegen läßt, offenbar dadurch auszugleichen, daß er deutsche Blätter im Inseratenteile empfiehlt.

Ferner glaubt der „Drendownik“ offenbar an die ungeheure Naivität seiner Leser, wenn er ihnen solchen Unsinn vorträgt, was sich jedoch nach einer gewissen Zeit als das herausstellt, was es ist, nämlich als die direkteste Lüge; denn es reicht hin, die „Prawda“ und den „Kraj“ zu lesen, um sich schon aus einigen Nummern zu überzeugen, daß beide Blätter nur darin identisch sind, daß sie aus derselben Druckmaschine stammen.

Es wäre für den „Drendownik“ in diesem Falle besser, wenn er still säße; denn er wird sich als wirklicher Abklatsch des „Kurjer Poznański“ (herrscht doch zwischen ihnen geistige Gemeinschaft) mit der Zeit überzeugen, daß ungeachtet seines Lärmens, seines Geschwätzes und seiner ohnmächtigen Wut die Wahrheit wie Öl stets oben schwimmt.

Aus Nr. 181 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 11. August 1917.

Um die Zukunft der Verbandsbank.

Die zweimalige Erhöhung des Anlagekapitals der Verbandsbank und der für unsere Verhältnisse unerhörte Erfolg der beiden Emissionen, von denen die zweite schon ihrem Abschluß naht, erweckt in unserer Bevölkerung selbstverständlich besonderes Interesse. Deswegen kann es auch nicht wundernehmen, daß gar mancher glaubt, die Bank breche jetzt, da sie das Anlagekapital innerhalb einiger Monate von 6 auf 24 Millionen Mark, also um das Vierfache erhöht hat, mit ihrer Vergangenheit und sie wolle von jetzt ab etwas anderes werden, als sie es bis dahin war.

Diese etwas pessimistische Anschauung, nach welcher „die Bank ihre Tätigkeit lieber auf die Geschäftssphäre der Genossenschaften beschränken sollte, als daß sie über diese Grenzen hinaus ginge“, fand in den Spalten des „Kurjer Poznański“ von seiten des Herrn Dr. Sigismund Karpinski die richtige Erwiderung. Herr Dr. Karpinski hat hierbei nachgewiesen, daß wir gerade jetzt und ebenso in der nächsten Zeit Banken brauchen, die sich auf eine möglichst starke Grundlage stützen. Seine Ausführungen sind so klar, daß sie weder einer Berichtigung, noch einer Ergänzung bedürfen. Es wäre deshalb nur zu bedauern, wenn die Bankleitung so kurzfristig sein sollte, die Expansion des bedeutenden Kapitals, das sich in der Einrichtung des Verbands der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angesammelt hat, tatsächlich nur auf den Kreis der Interessensphäre der Genossenschaften zu beschränken. Unsere Organisation, die allerdings auf der Grundlage einer kooperativen Tätigkeit begründet ist, befolgte schon von Anfang an viel allgemeinere Losungen, und sie beschränkte sich nicht ausschließlich auf die Interessensphäre der einzelnen Mitglieder. Wenn die Verbandsbank jetzt also aus der Rolle einer bescheidenen Zentrale der Genossenschaften heraustritt und sich zu einem bedeutenden Bankinstitut entwickelt, das sich an der Gestaltung unserer allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse in einer hervorragenden Weise beteiligen wird, so vollführt sie eine nationale Tat, die mit den Überlieferungen der großen Organisation der Genossenschaften in Großpolen vollständig im Einklange steht.

Angeichts der gewaltigen Bedeutung der gegenwärtigen Aufgaben ist somit auch die Frage, ob das Vorgehen der Bank vom Gesichtspunkte der kooperativen Arbeit der Genossenschaften begründet sei, nur von untergeordneter Bedeutung, und sie brauchte nach dem Urteil des Herrn Dr. Karpinski überhaupt nicht beantwortet zu werden. Trotzdem lohnt es sich aber, dieser Frage näher zu treten, denn wir werden uns dann schon überzeugen, daß die allgemeinen Interessen unserer Volksgemeinschaft und das spezielle Interesse

der Genossenschaften keineswegs auseinandergehen, sondern im Gegenteil vollständig miteinander im Einklang stehen.

Wir behaupten also vor allem, daß auch das eigene Interesse der Genossenschaften den weiteren Ausbau der Verbandsbank notwendig machte. Da könnte man aber einwenden: Die Bank ist bis dahin ihren Verpflichtungen den Genossenschaften gegenüber so wie so schon stets in richtiger Weise nachgekommen; warum soll sich also auf einmal ein rapider Aufbau der Bank als notwendig erwiesen haben? — Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns in jene Zeit zurückversetzen, wo die Bank in vollstem Maße ihren Verpflichtungen den Genossenschaften gegenüber nachgekommen ist. Wir meinen hier den Anfang des Krieges, als die Bank, die damals nur eine Bank von 50 Millionen Umsatz repräsentierte, innerhalb acht Tagen 13 Millionen und siebenhunderttausend Mark auszahlte, wobei drei Viertel dieser Summe auf die Genossenschaften entfielen. Die Zahlungsfähigkeit der Bank war aber damit garnicht erschöpft; sie hielt außerdem noch einige weitere Millionen für etwaige spätere Auszahlungen in Bereitschaft. Über drei Viertel des Umsatzkapitals und beinahe das Dreifache des eigenen Anlagekapitals im Augenblick eines allgemeinen „Ansturms“ mobil zu machen — das ist wirklich schon eine Tat, die in den Annalen des Bankwesens einzig dasteht und die erst der Historiker unserer stürmischen Zeiten entsprechend zu würdigen verstehen wird.

Die leitenden Organe unserer Zentralbank und des Verbandes der Genossenschaften ruhten aber auf ihren Lorbeeren nicht aus, sondern sie fingen jetzt mit Recht an, auch an die spätere Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit unserer finanziellen Organisation zu denken. Von einer solchen Zahlungsfähigkeit sprach man und sie erwog man fast dreißig Jahre hindurch, aber niemand glaubte damals im Ernst daran, daß die Zeit wirklich einmal kommen werde, wo man von der Verbandsbank innerhalb einiger Tage die Auszahlung von mehr als zehn Millionen Mark verlangen werde. Die Bank rechnete allerdings immer mit einer solchen Möglichkeit, und sie brachte sogar bedeutende Opfer im Interesse einer möglichst großen Zahlungsfähigkeit, aber sie tat es eigentlich nur aus Pflichtgefühl den Genossenschaften und der polnischen Volksgemeinschaft gegenüber, nicht etwa deswegen, weil sie überzeugt gewesen wäre, daß die Sache einst, und zwar in einem so hohen Maße, aktuell werden könnte.

Der Gang der gegenwärtigen Ereignisse hat aber deutlich bewiesen, daß solche Sachen tatsächlich vorkommen können. Deswegen mußte man jetzt auch an die fernere Zukunft denken. Denn das, was im Jahre 1914 für die Bank noch genügte, könnte sich nach einigen oder mehreren Jahren als nicht mehr ausreichend erweisen. Vor allem mußte man also an eine Erweiterung der finanziellen Grundlagen der Bank, nämlich an die Erhöhung des Anlagekapitals denken. Denn das Anlagekapital der Bank war schon vor dem Kriege nicht mehr ausreichend, und deswegen dachte man auch schon damals an seine Erhöhung. Da aber infolge des Krieges einerseits eine solche Erhöhung des Aktienkapitals sich verspätet hat und andererseits das Zufließen fremder Kapitalien in die Bank außerordentlich gestiegen war, mußte man schon im voraus eine neue, sehr bedeutende Emission in Erwägung ziehen. Bei der Erhöhung des Aktienkapitals der Verbandsbank im Jahre 1909 auf 6 Millionen Mark hatte die Bank ungefähr 30 Millionen Mark fremdes Kapital. Das Verhältnis zwischen dem Anlage- und dem fremden Kapital war also wie 1 zu 5. Heute besitzt aber die Bank ungefähr 125 Millionen Mark fremdes Kapital. Das Aktienkapital der Bank mußte also jetzt nach demselben Verhältnis ungefähr 25 Millionen Mark be-

tragen. Die gegenwärtige Entwicklung der Bank erfordert somit ein Anlagekapital gerade von der Höhe, zu der es jetzt erhoben wird. Diese Erhöhung des Anlagekapitals erfolgte also in erster Linie im Interesse der Genossenschaften, deren Wunsch es doch zweifellos war, daß ihre Verbandsbank auch für die Zukunft eine nicht minder sichere Grundlage habe.

Diese Erhöhung des Grundkapitals hätte allerdings auch von den Genossenschaften selbst vorgenommen werden können. Indessen waren es gerade die Genossenschaften, die es für geboten hielten, zur Teilnahme an den Emissionen möglichst weite Kreise der Bevölkerung zuzulassen. Dadurch sollte nämlich der auch schon bis dahin umfangreiche Geschäftsverkehr der Bank mit der Privatkundschaft erweitert werden. Die Bank wird auf diese Weise an geschäftlicher Ausdehnung zunehmen. Je kapitalkräftiger aber die Bank sein wird, desto leichter wird sie ihre Aufgaben den Genossenschaften gegenüber erfüllen können.

Die Entwicklung der Zentralbanken der Genossenschaften hat übrigens — hauptsächlich in Deutschland — bewiesen, daß eine Zentralbank, die ausschließlich mit den Genossenschaften arbeitet, nicht bestehen oder ihre Aufgabe nur zur Hälfte erfüllen kann. Deswegen sind fast alle Zentralkassen auf Unterstützung von Seiten der Regierung angewiesen. Diejenigen Organisationen der Genossenschaften aber, welche so wie die unsre lediglich auf Selbsthilfe angewiesen sind, haben eine Bankzentrale, nämlich eine Bank, die ohne jede Einschränkung auch mit der Privatkundschaft arbeitet. Und diese Genossenschaften fahren dabei ganz gut, wenigstens sie auf die Leitung der Bank keinen entscheidenden Einfluß ausüben.

Bei unseren Genossenschaften kann aber — in ihrem Verhältnis zu der Verbandsbank — nicht davon die Rede sein, daß sie ihren Einfluß auf die Zentralbank aufgeben sollten. Es wurden zwar mit Rücksicht auf die Aktionäre Aktien auf den Vorzeiger ausgestellt. Außerdem hat man in manchen Fällen auch die Zeichnungen der Genossenschaften zugunsten der Privatkundschaft eingeschränkt. Das alles ist aber noch kein Beweis dafür, daß die Genossenschaften auf ihren Einfluß auf die Verbandsbank verzichtet hätten. Denn die Genossenschaften werden diesen Einfluß auf die Verbandsbank, abgesehen von ihrem eigenen Interesse, schon deswegen nicht aufgeben, weil diese Bank den wichtigsten Posten auf dem wirtschaftlichen Gebiete in unserem Landesteil bildet, mit dessen Hilfe sowohl die ganze Organisation der Genossenschaften, als auch jedes einzelne Mitglied Einfluß auf die Gestaltung unserer allgemeinen Verhältnisse gewinnen kann.

Deswegen darf die außerordentliche Beteiligung des Privatpublikums an den letzten Emissionen nicht zu falschen Schlüssen Anlaß geben. Denn diese Beteiligung zeugt gerade von Vertrauen und zugleich von dem großen Interesse, mit dem weite Kreise die Tätigkeit der Verbandsbank verfolgen. Andererseits ist dieses Interesse zumteil auch durch die Vermittelung der Genossenschaften selbst entstanden. Denn gerade einzelne Genossenschaften waren es, die der Bank zahlreiche neue Aktionäre zugeführt haben. Damit erklärt sich ja auch der außerordentlich rasche Verlauf der Emissionen.

Die Genossenschaften werden aber trotzdem die Mehrzahl der Aktien in ihrer Hand behalten. Nach dem Schluß der vorletzten Emission entfielen nämlich von den 15 Millionen Mark des Anlagekapitals 10½ Millionen Mark auf die Genossenschaften. Die Genossenschaften würden somit auch jetzt noch die absolute Mehrheit behalten, wenn sie bei der neuen Emission, die sich auf 9 Millionen Mark beläuft, nur für 1½ Millionen Aktien übernehmen würden. In Wirklichkeit werden sie jedoch bedeutend mehr Aktienkapital in ihrer Hand haben. Sie würden jedoch

selbst dann noch Herren der Verbandsbank bleiben, wenn sie nicht die absolute Mehrheit bilden würden, womit sie sich selbstverständlich einverstanden erklären werden. Das Kapital nämlich, das sie in ihrer Hand haben, ist gut organisiert. Wenn es also notwendig wäre, so würde dieses Kapital in einer Hauptversammlung schon ganz, d. h. bis auf die letzte Aktie der Genossenschaften vertreten sein. Und es kann wirklich niemand ein solches Wunder vollführen, daß ein Kapital von mehr als zehn Millionen, das sich in Privathänden befindet, sich in derselben Weise konsolidiere. Und die letzten Emissionen der Verbandsbank zeichnen sich eben dadurch aus, daß neben Zeichnern auf 100 000 oder mehrere Zehntausende von Mark sich eine große Anzahl kleinerer Aktionäre befindet.

Aus der Umwandlung der Aktien, die auf den Namen des Zeichners ausgestellt waren, in solche, die auf den Vorzeiger lauten, ergibt sich aber erst recht keine Gefahr für die Genossenschaften. Eine absolute Sicherheit bieten nämlich für die Genossenschaften auch solche Aktien nicht, die auf den Namen des Zeichners ausgestellt werden. Denn das Recht, das sich aus dem Besitz von Aktien für eine Genossenschaft ergibt, wird nicht von der Genossenschaft selbst, sondern von ihrem Vertreter, nämlich von einem Mitglied des Vorstandes oder des Aufsichtsrates ausgeübt. Und dieser Vertreter kann doch für Beschlüsse, die für die Genossenschaften nicht vorteilhaft wären, ohne Rücksicht darauf stimmen, ob er Aktien auf den Namen des Zeichners oder Aktien auf den Vorzeiger vertritt.

Man könnte aber schließlich noch die Einwendung machen, daß die Beseitigung der Aktien, die auf den Namen des Zeichners ausgestellt sind, die Gefahr in sich birgt, daß ein Teil der Aktien der Genossenschaften unvermerkt in unberufene Hände gelangen könnte. Darauf muß man Folgendes erwidern: Die Ausstellung der Aktien auf den Namen des Zeichners ist allerdings ein Mittel, durch welches das Übergehen der Aktien, der Genossenschaften in andere Hände erschwert oder auch ganz unmöglich gemacht wird, aber das ist nicht das einzige Mittel dazu. Wenn man also die Sicherheit, die in dieser Hinsicht die Aktien auf den Namen des Zeichners boten, jetzt aus triftigen Gründen beseitigt hat, so wird man diese Sicherheit zweifellos durch ein anderes Mittel ersetzen, das sich als nicht weniger wirksam erweisen wird. Das hat auch schon der Kurator der Verbandsbank, der zugleich Kurator der Genossenschaften ist, angekündigt, und, der nächste Verbandstag der Genossenschaften wird in dieser Hinsicht die erforderlichen Anstalten treffen.

Paul Spandowski.

Aus Nr. 180 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. August 1917.

Noch Einiges anlässlich des Preisausschreibens für Arbeiten aus dem Gebiete der Zukunft unserer Industrie.

In Nr. 177 des „Dziennik Poznański“ wurde ein Artikel des Herrn St. A. K. aus der „Gazeta Nowa“ veröffentlicht, der den Titel: „Ein Preisausschreiben für Arbeiten aus dem Gebiete der Zukunft unserer Industrie“ trug. Der Verfasser dieses Artikels bespricht das bekannte Preisausschreiben, das von der polnischen Verbandsbank in Posen ausgegangen ist. Er kommt zu dem Schluß, daß dieses Unternehmen verfehlt sei. Denn die Urheber desselben hätten nach seiner Ansicht, da sie die bedeutende Summe von 30 000 Mark zur Verfügung hatten, ihren Zweck, das Land durch eine aufklärende Arbeit aus seinem gegenwärtigen Verfall zu heben, viel eher erreicht, wenn sie für diese Summe ein Institut (Laboratorium) ins Leben gerufen hätten,

das sich mit Forschungen auf dem erwähnten Gebiete befassen würde. Man könnte nämlich dann, wenn die Leitung des Instituts in guten Händen läge, nach einem im voraus gefaßten Plane schon eine ganze Bibliothek von Werken herausgeben, welche die Frage unserer künftigen Industrie behandeln würden.

Wenn man die Ausführungen des Herrn St. A. K. aufmerksam liest, so kann man sich der Überzeugung nicht verschließen, daß der Verfasser des Artikels darüber, was in Warschau bereits eingeführt ist und gegenwärtig auch jetzt noch unternommen wird, nicht besonders gut unterrichtet ist, daß dagegen die Leiter der Verbandsbank mit den dortigen Strömungen und Arbeiten trotz der örtlichen Entfernung eine viel regere Fühlung haben, als der Verfasser.

Der Verfasser empfiehlt, an Stelle eines Preisausschreibens, das nur zeitweilige Forschungen zur Folge haben würde, ein, wie er es nennt, „Laboratorium“ zu errichten, in dem solche Forschungen unter Heranziehung der tüchtigsten Kräfte systematisch betrieben werden könnten. Diese Art von Arbeit ist aber schon ziemlich bekannt und ausgeprobt. Solche Institute für wissenschaftliche Forschungen sind vor allem in einer ziemlich großen Anzahl in Deutschland vorhanden, wo sie entweder als selbständige Einrichtungen oder im Anschluß an die deutschen höheren Lehranstalten funktionieren. Diese Institute haben sich auch unschätzbare Verdienste um die deutsche Industrie und um den deutschen Handel erworben. An ähnliche Einrichtungen scheint Herr St. A. K. gedacht zu haben, als er die Errichtung eines Laboratoriums für die erwähnten Forschungen empfahl.

Ist es denn dem Herrn St. A. K. außerdem nicht bekannt, daß ähnliche „Laboratorien“ auch im Königreich Polen funktionieren. Dazu gehört vor allem das „Büro für wirtschaftliche Arbeiten“ (Biuro pracy społecznej), das von dem „Verein zur Unterstützung der wirtschaftlichen Arbeit“ (Towarzystwo popierania pracy społecznej) errichtet wurde. Wenn man übrigens den Aufruf der Verbandsbank zur Teilnahme an dem Preisausschreiben mit Aufmerksamkeit liest, so kann man auch ohne jede Schwierigkeit feststellen, daß das erwähnte „Büro für wirtschaftliche Arbeiten“ sogar unter den Preisrichtern vertreten ist! — Diese Ausschreibung wurde also nicht nur von der Verbandsbank, sondern auch gerade von einem solchen Institut als geboten und nützlich anerkannt, das Herr St. A. K. erst ins Leben rufen will.

Es konnte nämlich auch nicht anders sein. Denn beide Arten von Vorbereitungsarbeiten für die künftige Entwicklung unserer Industrie sind gut und notwendig. Es ist nicht unsere Absicht, hier über die Tätigkeit des „Büros für wirtschaftliche Arbeiten“ ausführlich zu berichten oder ein Urteil über die Resultate dieser Tätigkeit zu fällen. Wir stellen deshalb nur fest, daß in diesem Büro auch besondere Abteilungen und Kommissionen errichtet wurden, so u. a. eine Sektion für Finanzfragen, für das Kreditwesen, für die Handelsindustrie, für das Verkehrswesen u. s. w. Das Büro befaßt sich ebenfalls mit der Herausgabe entsprechender Werke. Das Projekt des Herrn St. A. K. findet also in dem Büro seine vollständige Verwirklichung, soweit es natürlich die gegenwärtigen Bedingungen möglich machen.

Das Preisausschreiben der Verbandsbank verfolgt aber einen ganz anderen Zweck. Während nämlich das „Büro für wirtschaftliche Arbeiten“ zur Mitwirkung nur einen bestimmten Kreis von Arbeitern — allerdings einen Kreis, der aus den geeignetsten Kräften besteht — herangezogen hat, werden zur Teilnahme an diesem Wettbewerb viel weitere Kreise eingeladen. Das Ausschreiben bildet eine Art von Appell, auf den wahrscheinlich auch Männer reagieren werden, die bis dahin unbekannt waren, die aber entsprechende

Qualifikationen besitzen, um über die Zukunft unserer Industrie mit beraten zu dürfen. Auf diese Weise kann durch das Ausschreiben eine ganze Reihe von Schriftstellern und Arbeitern ausfindig gemacht werden, die das „Bureau für wirtschaftliche Arbeiten“ gar nicht entdeckt hätte.

Ob der Wettbewerb auch zu umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten Anlaß geben wird, kann man nicht voraussehen. Ausgeschlossen ist es nicht, aber es ist weniger wahrscheinlich. Übrigens kam es den Veranstaltern des Ausschreibens auf solche Arbeiten, wie es scheint, nicht so sehr an. Darauf würden auch die verhältnismäßig geringen Preise hinweisen, die sich höchstens auf 1500 Mark belaufen. Die Tatsache, daß für Arbeiten aus den speziellen Zweigen der industriellen produktiven Tätigkeit 24 Preise ausgesetzt sind, muß uns im Gegenteil in der Überzeugung bestärken, daß der Verbandsbank hauptsächlich an Arbeiten gelegen war, die einen praktischen Wert hätten. Zur Teilnahme an dem Wettbewerb werden eigentlich auch weniger Männer der Wissenschaft, als vielmehr Männer der praktischen Erfahrung aufgefördert. Und in dieser Hinsicht kann der Wettbewerb tatsächlich sehr reiche Früchte tragen.

Insofern hat auch die Verbandsbank durch ihr Ausschreiben zweifellos eine nationale Tat vollbracht. Daran rüttelt auch die Tatsache nicht, daß die Bank dabei in zweiter Reihe vielleicht auch ihr eigenes Interesse im Auge gehabt hat. Die Bank hat ja bekanntlich mit Rücksicht auf die Aufgaben, die ihrer in Zukunft harren und zu denen ebenfalls in einem hohen Maße die Unterstützung der Industrie gehört, sich entschlossen, ihr Anlagekapital bis auf 24 Millionen Mark zu erhöhen. Dieser Entschluß fand allgemeine Anerkennung auf Seiten der polnischen Bevölkerung. Das beweist am besten der außerordentliche Erfolg, der bei den beiden Emissionen der Bank erzielt wurde. Zur Finanzierung der Industrie sind nämlich eigene kräftige Fonds unumgänglich notwendig, damit den industriellen Unternehmungen nicht nur mit kurzfristigen, sondern auch mit einem bequemeren und sicheren langfristigen Kredit gedient werden könne. Dieser erste Schritt der Verbandsbank auf dem Wege der Vorbereitungarbeit ist nun vollständig gelungen. Denn die Bank hat innerhalb einiger Monate ungefähr für 16 Millionen Zeichnungen gewonnen. Zum Abschluß der zweiten Emission fehlen auch nur noch kaum zwei Millionen.

Jetzt handelt es sich also um den zweiten Schritt, nämlich um eine entsprechende Unterbringung der gewonnenen Kapitalien, damit diese Kapitalien ebenso unserer Volksgemeinschaft, wie der Bank den größten Nutzen bringen können. Deswegen hebt die Bank in ihrem Aufruf zur Teilnahme an dem Wettbewerb hervor, daß es sich hierbei u. a. darum handeln wird, nachzuweisen, in welchen Zweigen der Industrie und in welcher Form die Kapitalien für das Land am vorteilhaftesten und am sichersten für die Eigentümer untergebracht werden können. Ferner erklärt die Bank in ihrem Aufruf, daß es Aufgabe der Wettbewerbsarbeiten sein wird, darzutun, auf welche Weise eine industrielle Expansion flüssiger Kapitalien ermöglicht werden könne, wie die bestehenden Fabrikationen in ihrer Entwicklung weiter gefördert und neue, bis dahin noch nicht ausgenutzte Zweige der industriellen Produktion zur Entwicklung gebracht werden können.

Durch diesen Aufruf wurde gerade der praktische Zweck des Ausschreibens sehr deutlich hervorgehoben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Verbands-

bank mit dem Ergebnis des Ausschreibens sehr zufrieden sein wird. Es ist aber charakteristisch für alle Unternehmungen dieser Art, daß ein sehr großer Teil der eingesandten Arbeiten den Bedingungen nicht entspricht. Damit muß man vor allen auch bei dem von der Verbandsbank ausgeschriebenen Wettbewerb rechnen. Die Bank wird nämlich sicher gar manche Arbeit erhalten, die keinen wissenschaftlichen und keinen literarischen Wert haben, aber dafür irgend einen „goldenen Gedanken“ enthalten wird. Solchen Arbeiten wird natürlich kein Preis zuerkannt werden, aber sie können nichts destoweniger die Grundlage für ein Millionengeschäft bilden, mit dem ebenso die Verbandsbank, wie der Verfasser zufrieden sein wird. Daß die Direktion der Bank auch auf solche Arbeiten wirklich rechnet, beweist die Tatsache, daß die Direktion sich vorbehalten hat, Abschriften der nicht preisgekrönten Arbeiten behalten zu dürfen.

Aus allen diesen Gründen muß aber jedes Bemühen, Leute, die sich am Wettbewerb gern beteiligen möchten, von einer solchen Teilnahme abzubringen, als geradezu schädlich bezeichnet werden. Denn das praktische Ergebnis des Ausschreibens wird ohne Rücksicht darauf, ob, wie Herr St. A. A. prophezeit, „dieselben Projekte sich wiederholen, oder in der Summe der eingesandten Arbeiten mehr Lücken, als gelöste Aufgaben zu finden sein werden“, sicherlich ein sehr positives sein. Und dieses Ergebnis wird umsomehr zufriedenstellen können, je größer die Zahl solcher Kreise sein wird, die sich für den Wettbewerb interessieren werden und je mehr Personen hierbei alles zu bieten suchen werden, was sie über das betreffende Thema zu sagen haben. Wie viel nützliche Entwürfe aber eine solche Gesamtarbeit zeitigen kann, das sehen wir jetzt deutlich an dem deutschen Volke, das in seinem gegenwärtigen Ringen um seine Existenz verstanden hat, fast aller Schichten der Bevölkerung zu schöpferischer und organisatorischer Arbeit anzuregen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß früher auf dem Gebiete der Ausrüstung des Heeres in zehn Jahren nicht so viele Erfindungen und Verbesserungen gemacht wurden, als jetzt in einem einzigen Jahre. Ich kannte selbst einen Redakteur, der einen Apparat zur Vernichtung feindlicher Minen erfunden und darauf ein Patent erhalten hat, und ebenso einen Großkaufmann, der Tragbahnen für Verwundete Soldaten konstruiert hat, die ebenfalls patentiert wurden. — Ein großer Teil solcher teilweisen Errungenschaften trägt aber dazu bei, daß auf ihrer Basis große und stauenswerte Resultate erzielt werden.

Deshalb wollen wir uns auch der Hoffnung hingeben, daß die Verbandsbank aus industriellen Kreisen eine bedeutende Anzahl von Entwürfen und Weisungen darüber erhalten wird, wie man Kapitalien für unser Land am vorteilhaftesten und für die „Bank“ selbst am sichersten unterbringen kann. P. S.

Aus Nr. 93 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 9. August 1917.

Betrifft polnische Gutsverkäufe.

Unlängst teilten die Zeitungen mit, daß Herr Joseph Paszotta seinen Grundbesitz von 2000 Morgen in Janiszewo bei Polplin, Kreis Marienwerder, für 1 100 000 Mark verkauft habe. Der Käufer soll Leutnant Proemmel aus Sachsen sein. Paszotta kaufte das Gut vor 9 Jahren von dem verstorbenen L. Trzebinski für 650 000 Mark. Paszotta soll behaupten, daß er Janiszewo einstweilen nicht verkauft, sondern nur für die Dauer von 15 bis 18 Jahren an Proemmel verpachtet habe. Für das Inventar soll er angeblich 305 000 Mark und für den Morgen 15 Mark erhalten.

Wenn diese Mitteilung richtig ist und diese Vereinbarung besteht, dann ist diese nur zur Vertuschung des Verkaufs getroffen worden.

Diese wichtige Sache hatten wir nur kurz erwähnt, weil wir glaubten, daß doch eine Berichtigung seitens des Herrn Paszotta erfolgen werde. Da eine Berichtigung aber nicht erfolgt ist, war jene Mitteilung doch richtig. Schade um dieses große Stück Land, das den polnischen Händen entgangen ist. Das ist in kurzer Zeit das zweite polnische Gut in Westpreußen. Denn wie unlängst gesagt wurde, soll auch Herr Sterz sein Gut in nicht polnische Hände gegeben haben. Und in Westpreußen gibt es schon ohnehin wenig größere polnische Güter.

Soll der Ankauf polnischer Güter etwa nach einem von vornherein entworfenen Plane erfolgen?

Ein bekannter polnischer Grundbesitzer Westpreußens übersendet uns nämlich einen an ihn gerichteten Brief folgenden Inhalts:

Königsberg, den 30. Juli 1917.

Sehr geehrter Herr! Vom Schlachtfelde heimgekehrt beabsichtige ich in allernächster Zeit ein Gut zu erwerben, das ich nach dem Kriege meinem Sohne übergeben möchte, der sich ebenfalls im Felde befindet.

Sie wollen daher gütigst entschuldigen, daß ich mir die ergebenste Frage erlaube, ob Sie ihr Gut in nächster Zeit zu verkaufen beabsichtigen.

Bejahendenfalls bitte ich, mir gütigst alles mitzuteilen, was wissenswert ist, über Hypotheken, Beschaffenheit des Landes usw., und ich brauche Sie wohl nicht zu versichern, daß ich alle Mitteilungen dieser Art streng diskret behandeln werde.

Ich bitte nochmals um Entschuldigung, daß ich Sie mit diesem Schreiben belästige und erwarte eine bald gefällige Antwort.

Mit Hochachtung
(Unterschrift.)

Soweit der Brief dieses Reflektanten auf ein Gut aus polnischen Händen.

Es ist eine merkwürdige Sache, daß auch dieser Reflektant auf ein polnisches Gut eine Militärperson, ein Leutnant ist. Von Herrn Joseph Paszotta hat ebenfalls ein Leutnant dessen Gut gekauft.

Es würde sich der Mühe verlohnen festzustellen, ob auch noch andere polnische Grundbesitzer ähnliche Anfragen erhalten haben.

Jedenfalls rufen wir: Vorsicht! Denn höchstwahrscheinlich werden sich Verführer auch noch anderen nähern.

Solcher, die in der Zeit des Krieges durch die Kriegsindustrie oder auf eine andere Art reich geworden sind, gibt es nicht wenig. Diese werden ihre Kapitalien in Grund und Boden anlegen, weil dies gegenwärtig und auch noch lange Jahre nach dem Kriege die beste Anlage sein wird. Denn man darf erwarten, daß der Grund und Boden nach dem Kriege im Preise noch steigen wird, weil die Teuerung aller Bodenerzeugnisse und überhaupt aller Lebensmittel, die vom Boden herühren, nach dem Kriege kaum nachlassen, sondern für eine gewisse Zeit noch steigen wird.

Also jedes Grundstück, jedes Stückchen Land wird auch fernerhin große Einnahmen bringen.

Daher darf man wohl erwarten, daß Grundstücke ein sehr gesuchter Artikel sein werden. Mithin wäre jeder unklug, der jetzt Land verkaufen würde.

Möge also von der polnischen Volksgesamtheit jetzt niemand Land veräußern. Möge sich jeder ein Beispiel an jenem Ackerbürger im Königreich Polen nehmen, von dem ein gewisser ausländischer Fürst seine Grundstücke kaufen wollte. Der angebotene Kaufpreis war verlockend, denn er betrug einige Millionen Mark.

Der Bürger — ein Pole — erlag der Versuchung aber nicht und verkaufte dem Fremden sein Land nicht.

Aus Nr. 180 des Oredownik (Posen)
vom 10. August 1917.

In Sachen des Gutes Janiszewo.

Daß der bisherige Besitzer von Janiszewo, Herr Josef Paszotta, die Volksgesamtheit hat irreführen wollen, indem er behauptete, er habe Janiszewo verpachtet, das beweist die Tatsache, daß sich Leutnant Proemmel als Besitzer und nicht als Pächter von Janiszewo unterzeichnet und vorstellt. Und es hat auch der Schwager des Käufers, wie ich von glaubwürdiger Seite her erfahre, seine Verwunderung darüber geäußert, daß Herr Josef Paszotta seinen eigene Landsleute irreführen beabsichtige; denn Herr Proemmel sei tatsächlicher Besitzer von Janiszewo.

Aus Nr. 179 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. August 1917.

In Sachen der Polen aus dem Königreich.

Anfang Juni brachten unsere Blätter zwei Artikel einer vom Kriegsamt erlassenen angeblichen Verfügung betreffend den Aufenthalt unserer Brüder aus dem Königreich in Deutschland, solcher Leute, die freiwillig oder zwangsweise zu Arbeiten herangezogen worden sind, sowie auch solcher, die man bei Kriegsbeginn interniert hatte. In diesen Artikeln wurde von Erleichterungen hinsichtlich Urlaub, Arbeitswechsel usw. gesprochen. Begreiflicherweise hat das unter den Leuten aus dem Königreich großes Interesse hervorgerufen, daß man ihnen etwas persönliche Freiheit gewährte; letztere war geknebelt, da man diese Leute geradezu als Kriegsgefangene betrachtete. Die Folge dieser Artikel war, daß besonders das Büro der Berufsvereinigung, die Redaktionen und Privatpersonen mit hunderten von Fragen und Wünschen überschüttet wurden, daß man ihnen ihr bisheriges Ungemach erleichtern möge. Die einschlägigen Institute und Personen taten, was sie vermochten, um auf Grund jener Verfügungen des Kriegsamtes das Los unserer Brüder zu erleichtern; leider stieß man dabei in der Praxis auf unerhörte Schwierigkeiten von Seiten verschiedener Behörden, welche diese Verfügungen nicht kannten und sie mit einer gewissen Verwunderung in den polnischen Zeitungen gelesen hatten. Die größte Schwierigkeit bereitete der Umstand, daß man sich nicht auf konkrete Verfügungen berufen konnte. Denn es wurde angegeben, daß diese Verfügungen unseren Abgeordneten im Mai in der Budgetkommission zugestellt worden seien, was aber nicht hinreichen konnte, sich auf sie bei Anträgen oder Beschwerden nachdrücklich zu stützen. Da nun die Klagen über das manchmal unerhörte Umgehen mit den Leuten aus dem Königreich immer zahlreicher einliefen und immer mehr Bitten um Beistand eingingen, richteten die Abgeordneten Nowicki und Dombek an das Kriegsamt zu Händen des Generals Gröner die Bitte um nähere Aufklärung der erlassenen Verfügungen, da der Mangel an irgend einer gesetzlichen Grundlage sich fühlbar machte. Auf dieses Schreiben habe ich den nachstehenden Bescheid erhalten: (Rückübersetzung aus dem Polnischen).

„In Beantwortung der hierher gerichteten Anfrage in Sachen der rechtlichen Stellung der freien Arbeiter, die aus dem besetzten Gebiet Ost zur Arbeit im Deutschen Reiche herangezogen worden sind, wird zunächst auf den stenographischen Bericht aus der 154. Sitzung der Budgetkommission vom 17. Mai 1917 aufmerksam gemacht. In dieser Sitzung verlas Oberst Marquard eine allgemeine Verfügung vom 7. 12. 1916 betreffend die Polen und die Ausführungsbeschlüsse vom 5. Februar 1917 betreffend Urlaube, Milderung der Aufenthaltsbeschränkungen, Arbeitswechsel einschließlich der entsprechenden Schiedsstellen zur Ent-

scheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei beabsichtigtem Arbeitswechsel, ferner betreffend das Recht zur Wahl eines Vertrauensmannes in gewerblichen Unternehmungen, das Dulden des Beitritts zu beruflichen Organisationen aller Art im gesetzlich zulässigen Rahmen sowie betreffend die geistliche Seelsorge. Der Bericht über diese Sitzung steht Ihnen als Abgeordneter zur Verfügung. Auf die übrigen Fragen antworten wir was folgt: Das Recht des Beitritts polnischer, litauischer usw. Arbeiter zu den Berufsorganisationen kann darum nicht gewährt werden, weil dies im Widerspruch stünde zu den Vorschriften des § 1 des Reichsvereinsgesetzes. Nach dieser Vorschrift steht nur Reichsangehörigen das Recht zu, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Hiermit soll die Beteiligung an den Vereinen und an Versammlungen Ausländern nicht verboten sein. Es wird vielmehr der Anspruch abgelehnt, daß sie behördlicherseits als Mitglieder von Vereinen und von Versammlungen geduldet werden müssen.

Andererseits wird ihnen nicht verboten, untereinander Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Jedoch behalten die Polizeibehörden stets ihre allgemeinen Rechte gegenüber den Ausländern. Die Polizei ist Ausländern gegenüber, die an Versammlungen teilnehmen, befugt, nach eigenem Ermessen alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden. Die Beschränkung der Beteiligung von Ausländern an Vereinen und Versammlungen kann jedoch nur bei ausreichenden Gründen eintreten.

Wenn andererseits Ausländer an Vereinen und Versammlungen teilnehmen, und es tritt die Notwendigkeit ein, die Ausländer einzuschränken, so darf dies nicht geschehen unter Schädigung der Vereinsrechte für Inländer. Jedenfalls darf man den Polen nicht verbieten, Berufsorganisationen beizutreten, und in dieser Hinsicht sind alle Ämter einig.

Das Vertreten polnischer usw. Arbeiter durch Organisationen und durch ihre autorisierten Vertreter bei Lohnforderungen und bei anderen Bedürfnissen begegnet somit keinerlei Schwierigkeiten. Vor Gericht muß jeder — sei er In- oder Ausländer — seine Interessen selbst vertreten, es sei denn, daß es sich um ganze organisatorische Ortsgruppen betreffend alle Mitglieder handelt. z. B. bei bestehenden Lohn-tarifen. Das Bereden oder Auffordern zur Arbeitsniederlegung oder dazu, daß sich die Arbeiter der Arbeit bei einzelnen oder mehreren Unternehmern entziehen sollen, ist den Feldarbeitern unter Strafandrohung gesetzlich verboten.

Ihre Bemerkung im vorletzten Satz des Schreibens, daß „im Mai d. J. in der Budgetkommission manche Aufklärungen geboten worden seien, denen jedoch die rechtliche Form fehle,“ ist so zu verstehen, daß die vom Kriegsamt erlassenen Vorschriften keine rechtliche Bedeutung haben. Diese Ansicht ist richtig. Es handelt sich nämlich nur um die Aufstellung der grundsätzlichen Richtlinien, welche das Kriegsamt als rechtliche Grundlage für die polnischen und litauischen Arbeiter erlassen hat, die zur Arbeit im Deutschen Reich und im Interesse der Kriegswirtschaft geworben sind. Diese Richtlinien wurden für unbedingt nötig gehalten und den in Betracht kommenden Behörden zur Berücksichtigung mitgeteilt.

gez. Marquard.

Auf Grund dieses Briefes war das einschlägige Protokoll der vom Obersten Marquard in der Sitzung der Budgetkommission vom 7. Mai 1917 gehaltenen Rede festzustellen, um sich ein genaueres Urteil in der so wichtigen Angelegenheit zu bilden. Nach den stenographischen Aufzeichnungen hat Oberst Marquard was folgt gesagt: (Es folgen die einschlägigen Ausführungen; dann schreibt das Blatt weiter:)

Zur Vervollständigung dieser Rede biete ich noch einen Auszug aus einem Briefe, den der Abgeordnete v. Trapeznyski in einem gewissen Falle erhalten hat:

„Außerdem haben wir auf Grund hier bekannter einzelner Fälle schon seit längerer Zeit bei dem Generalkommando des 7. Armeekorps Schritte getan, daß die für die Kriegszeit geschlossenen Kontrakte im Einverständnis mit den Arbeitern für einen bestimmten bezeichneten Termin umgeschrieben werden. Das gleiche soll mit allen Kontrakten geschehen, deren Jahr abgelaufen ist, da man nicht annehmen kann, daß die Arbeiter sich haben für eine längere Zeit binden wollen. Bei den Facharbeitern liegt es sogar im öffentlichen Interesse, sie in dem Berufe zu beschäftigen, den sie gelernt haben. Auf diesem Wege haben wir uns in zahlreichen Fällen bemüht, für Arbeiter einen Stellenwechsel zu beschaffen, der ihren beruflichen Fähigkeiten entspricht und ihnen einen bedeutend höheren Erwerb sichert. Ferner wird hier der Standpunkt eingenommen, und wir heben dies energisch hervor, daß die für die Kriegszeit oder sei es nur für längere Zeit geschlossenen Kontrakte die Arbeitgeber nicht davon befreien, nach Maßgabe der steigenden Teuerung den Lohn entsprechend zu erhöhen oder während der Zeit des bindenden Kontrakts Teuerungszulagen zu gewähren.“

Oberst Marquard.

Was geht aus diesen Dokumenten hervor? Zunächst muß festgestellt werden, daß das Kriegsamt die Verfügung in Sachen des Umgehens mit den Arbeitern, die aus dem Königreich stammen, und in Sachen der Urlaube und des Arbeitswechsels, erst am 7. Dezember 1916 erlassen hat. Soweit unsere Informationen reichen, ist diese Verfügung an die stellvertretenden Generalkommandos in Form des Wunsches erlassen worden, daß man mit diesen Arbeitern im Interesse der Kriegswirtschaft Deutschlands rücksichtsvoll verfahren. Diese Verfügung besitzt somit keine praktische Bedeutung und ihre tolerante Durchführung wurde in das Belieben der Polizei gestellt, somit können die Verwaltungsbehörden sich nach den Wünschen des Kriegsamts richten, sie brauchen es jedoch nicht. Das bedeutet, daß die ganze Verfügung theoretisch ist, wenngleich man hoffen darf, daß die aufrichtigen Bemühungen des Kriegsamtes von den Behörden im wesentlichen werden beachtet werden.

Welche Arbeiter sollen von den Erleichterungen der Verfügung des Kriegsamts Gebrauch machen? Natürlich alle polnischen Arbeiter aus den besetzten Teilen Polens, somit die zwangsweise zur Arbeit in Deutschland Herangeholten, die freiwillig Kommenden sowie die, welche der Krieg hier angetroffen hat und die als Angehörige feindlicher Staaten kriegsgefangen zurückbehalten wurden. Hinsichtlich letzterer war die Frage bisher strittig, ob ihnen dieses Recht im Sinne der freien Arbeiter in gleichem Maße zustehe. Diese Frage erläutert eine Verfügung des Reichsversicherungsamts — die von den Landräten in den Kreisblättern veröffentlicht worden ist und die Arbeiter zur Invalidenversicherung zwingt. Der erste Absatz dieser Verfügung lautet: (Es folgt der Wortlaut; dann heißt es weiter:)

Diese Erklärung läßt keinen Zweifel hinsichtlich der beim Ausbruche des Krieges hier zurückbehaltenen Arbeiter zu; ungeachtet dessen geht man mit ihnen, wie zahlreiche an uns gelangte Beschwerden beweisen, beständig wie mit Kriegsgefangenen um.

Dürfen die Landarbeiter die vom Kriegsamt zum Ausdruck gebrachten Erleichterungen gleichfalls ausnützen? Aus den angeführten Dokumenten ist nirgends zu ersehen, daß die Landarbeiter von diesen Vorschriften ausgeschlossen seien. Sie dürfen somit von Urlaub Gebrauch machen und ihre Arbeitsstellen wechseln, natürlich nur in der Landwirtschaft, und sie dürfen nicht in die Industrie übergehen. Eine Aus-

nahme bilden nur die qualifizierten Arbeiter, soweit sie sich in der Industrie dienstbar erweisen können, wie dies aus dem vom Obersten Marquard an den Abgeordneten von Trapczynski gerichteten Briefe hervorgeht. Es waltet nun die Frage ob, wer sich der Landarbeiter annehmen soll, an wen sie sich um Beistand wenden sollen? Die Industriearbeiter können Berufsorganisationen beitreten und dort Obhut und Beistand finden, für die Landarbeiter hingegen gibt es solche Organisationen nicht, und die Landwirte sollten eine solche selbst schaffen. Wie nämlich aus der Rede des Obersten Marquard hervorgeht, können Organisationen Arbeiter aus dem Königreich in dem vom Gesetz gezogenen Rahmen als Mitglieder aufnehmen. Das Gesetz aber gestattet es nicht, daß sich die Landarbeiter zu Berufsorganisationen nach Art der polnischen Berufsvereinigung zusammenschließen, denn die Landarbeiter haben keine Koalitionsrechte. Die polnische Berufsvereinigung könnte sich somit dieser Arbeiter nicht annehmen, selbst wenn sie es wollte. Da nun den Landarbeitern am meisten Unrecht geschieht, sei es hinsichtlich des Umgehens mit ihnen oder hinsichtlich der Entlohnung, darum sollten die Landwirte sich dieser Sache durchaus annehmen.

Unsere Abgeordneten haben oftmals Klagen über das unmenschliche Umgehen mit den Arbeitern vorgebracht, soweit ihnen entsprechendes Material geliefert wurde. Leider hat sich nach dieser Richtung hin nichts geändert, und die Verfolgungen unserer Arbeiter aus dem Königreich gehen ihren Weg weiter. Das aber, was zur Kenntnis unserer Abgeordneten und Institute gelangt, ist nur ein Tropfen in dem Meere dessen, was eigentlich vorgeht. Es fehlt eine Instanz, wo Beschwerden angebracht werden könnten und wo diese angehört würden. Die eine Instanz schiebt die Arbeiter zu der anderen, und die Ausschreitungen mehren sich. Die Verwaltungsbehörden wissen selbst nicht, was in den verschiedenen Fällen zu tun ist.

Zwar weist Oberst Marquard darauf hin, daß die sogenannten Schlichtungsausschüsse, die auf Grund des neuen Gesetzes betreffend den Zwangsdienst geschaffen worden sind, die vermittelnden Instanzen sein sollen. Diese Schlichtungsausschüsse weisen jedoch Sachen, sei es betreffend Entlassungsscheine oder Stellenwechsel ab, indem sie sich für unzuständig halten, da dieses Gesetz nur von Inländern, nicht jedoch von Ausländern spricht. Die Leute aus dem Königreich sind somit dieses Rechts bar.

Die Regierung sollte klare Vorschriften erlassen, damit die Leute aus dem Königreich wüßten, woran sie sich zu halten haben. Arbeiten sie doch, wenn sie in Deutschland, sei es auf dem Lande oder in der Industrie beschäftigt werden, im Interesse des Staats, und leisten sie doch unter den schwierigen, durch den Krieg hervorgerufenen Bedingungen wesentliche Dienste! Darum muß man sich ihrer nicht nur im humanitären, sondern im allgemein staatlichen Interesse annehmen und entsprechende Vorschriften erlassen, welche die Behörden respektieren, nicht nur tolerieren würden.

Möge die Regierung die Rechte der Schlichtungsausschüsse erweitern, sodaß auch die Leute aus dem Königreich davon Gebrauch machen können! Möge sie ferner dafür sorgen, daß die langfristigen Kontrakte, welche dem jetzigen Jahrhundert nicht entsprechen, und am meisten zu den verschiedenen Übergriffen führen, für ungültig erklärt werden! Dann könnte sich vieles zum besseren wenden. Möge die Regierung alle Vorschriften bestätigen und einführen, die von dem Kriegsamt erlassen oder zugesichert worden sind, damit die Kommandeure der einzelnen Armeekorps nicht direkt gegensätzliche Verfügungen erlassen, wie dies gegenwärtig leider geschieht!

In dieser für uns so wichtigen Frage muß mehr Klarheit eintreten.

Posen, den 6. August 1917.

St. Nowicki,
Reichstagsabgeordneter.

Mögen somit die Leute aus dem Königreich der polnischen Berufsvereinigung beitreten, aber nur solche, welche in gewerblichen Unternehmungen, in Fabriken, Hütten und Bergwerken arbeiten. Mögen sie vor kommende trasse Übergriffe angeben, mögen sie sich jedoch davor in acht nehmen, bei der Schilderung unnötige Dinge zu schreiben, da die Briefe oft der Zensur und der Kontrolle unterliegen. Die Landarbeiter hingegen mögen sich bei den katholisch-polnischen Vereinen, wo solche bestehen, melden. In den Briefen ist stets die genaue und deutliche Adresse anzugeben. Man schreibe nichts Unnötiges, um die Briefe nicht zu belasten, und man schreibe recht leserlich.

Man melde sich bei den nächsten Büros der Berufsvereinigung, also im Großherzogtum Posen und in Pommern, in Westpreußen und Ostpreußen nach Posen: Polnische Berufsvereinigung, Posen, Bronkerstr. 12, in Westfalen und Rheinland nach Bochum, Klosterstr. 4, wohin sich insbesondere alle Bergleute wenden müssen. In Schlesien melde man sich bei der Polnischen Berufsvereinigung Kattowitz, Beatestr. 23 und in Königshütte, Güttlerstr. 2; für Berlin, die Provinz Sachsen usw. nach Berlin, Langestr. 19.

Der „Dziennik Kujawski“ schreibt in Nr. 180 vom 10. August in der gleichen Angelegenheit: „Vor einigen Wochen brachten wir auf Veranlassung des Nationalrats eine Mitteilung, worin eine Reihe von Bequemlichkeiten für die Arbeiter aus dem Königreich und aus Galizien angekündigt wurden. Besonders hieß es darin, daß alle Arbeiter, also auch die Landarbeiter, der polnischen Berufsvereinigung beitreten dürften. Wir versahen damals den einschlägigen Absatz mit einem Fragezeichen, der Nationalrat aber antwortete auf unseren Vorbehalt, er stütze sich auf Informationen, die er von dem Abg. v. Trapczynski erhalten habe.“

Trotzdem behaupteten wir, daß die Informationen nicht genau und auch zu allgemein gehalten seien, als daß man Rechtsansprüche auf sie stützen könne. Unsere einschlägigen Zweifel bestätigte uns der Abg. Nowicki, indem er bemerkte, jene Mitteilung habe lediglich Verwirrung herbeigeführt. Das war eine richtige Bemerkung, denn nicht nur das Büro der Berufsvereinigung wurde mit Bitten und Klagen überschüttet, sondern auch die Redaktionen unserer Zeitungen. Natürlich war es angesichts des Mangels an klaren gesetzlichen Vorschriften schwierig, besonders den Arbeitern mit aktivem Beistand zu dienen, die bei uns auf dem Lande arbeiten und in einer Reihe von Fällen entschieden ausgebeutet wurden.

Gegenwärtig bemerkten wir, der Warschauer Staatsrat habe die einschlägige Mitteilung übernommen und damit die bereits bestehende Verwirrung nur vermehrt. Angesichts dessen geben wir unserer großen Verwunderung darüber Ausdruck, daß auf Veranlassung unserer obersten Institute — sei es auch im besten Glauben — solche unklare und nicht auf gesetzliche Vorschriften gestützte Weisungen auftauchen. Die Schuld ruht hier u. E. nicht auf den einschlägigen Organisationen, als vielmehr auf ihren Informatoren, hier also auf dem Abg. v. Trapczynski, der aus gewissen, von Vertretern des Kriegsamts geäußerten allgemeinen Leitgedanken von vornherein rechtlich verbindliche Schlüsse zog. Wir meinen jedoch, daß man in einer so wichtigen und brennenden Sache, wie es die der Arbeiter aus dem besetzten Gebiet ist, nicht genau genug verfahren kann. Verfolgen doch diese Arbeiter

die sich zu Zehntertausenden im Reichsgebiet befinden, naturgemäß die Entwicklung der gesetzlichen Anwendung der Vorschriften auf sie. Wenn man somit gewisse Fingerzeige öffentlich bekannt gibt, dann muß dies in so positiver, zweifelloser und klarer Form geschehen, daß sowohl der betreffende Arbeiter, als auch die Leute, an die er sich um Rat und Beistand wendet, wissen, woran sie sich zu halten und welchen Weg sie sicher zu gehen haben. Andernfalls ruft man bei den Arbeitern weitgehende Hoffnungen wach, auf welche eine um so tiefere Enttäuschung folgt, je weniger stichhaltig sich die einschlägigen Aufklärungen erwiesen haben!

Aus Nr. 182 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 10. August 1917.

Die Ernährungsschwierigkeiten

sind in Deutschland zweifellos bedeutend, aber sie reizen die Bevölkerung weniger, als bestimmte unbegreifliche Erscheinungen. Wir wollen ganz davon schweigen, daß gewohnheitsmäßige Gasthausbesucher wissen, in welchen Städten und in welchen Lokalen man ohne Karten für gutes Geld eine gute Fleischmahlzeit bekommen kann; denn jeder begreift, daß hier Mißbräuche obwalten, deren völlige Ausrottung unmöglich erscheint. Dagegen rufen die Preise Enttäuschung hervor, die seitens der Gemeinden für gewisse Waren verlangt werden. Da kommen die Frauen in das Lager und erfahren, daß es z. B. Kates zu kaufen gibt; sie lösen die einschlägigen Bezugsscheine ein und gehen nach der Ware. Dort überzeugen sie sich, daß man von ihnen Apothekerpreise verlangt hat; denn sie erhalten für ihr Geld ein kleines Päckchen, das nicht imstande ist, zur Befriedigung des Hungers im Verhältnis zum häuslichen Budget und zu der gemachten Ausgabe beizutragen. Davon, daß die Ware zurückgenommen und das Geld zurückerstattet werden würde, ist doch nicht die Rede. Die Sache läuft auf laute Klagen und darauf hinaus, daß die Hausfrauen, die für den gefalzten Leckerbissen noch nicht gezahlt haben, nach Hause gehen. Der Rest der Ware bleibt im städtischen Lager, um nach einiger Zeit in den Kaffeehäusern aufzutauchen, wo er zwar nicht nach der Goldwaage, aber bedeutend höher als nach der Nickelwaage bezahlt wird. Nicht anders geht es mit verschiedenen anderen Waren her, die von den Gemeinden und manchmal auch von den Bergwerksverwaltungen und von den Fabriken zum Verkauf gestellt werden. Wegen der unerhört hohen Preise, welche die gesetzliche Höhe übersteigen, vermag die Bevölkerung die Waren nicht zu kaufen; es erwerben sie daher Leute, bei denen der Preis keine Rolle spielt. Niemand begreift, weshalb Gemeinden und Verwaltungen von industriellen Anlagen, welche Waren waggonweise beziehen, dafür willkürliche Preise nehmen können, während man doch täglich von Strafen liest, welche Kleinhändlern auferlegt werden, die vom Handel leben und die Ware in kleineren Mengen von den Großhändlern beziehen. Es heißt zwar, daß es sich um Ware aus dem Auslande oder aus dem Königreich Polen handle; aber hat denn jemand gehört, daß dort solche Preise gezahlt würden, wie sie von den Gemeinde-, Bergwerks- und Fabrikverwaltungen genommen werden? Wer kontrolliert denn übrigens die Gemeinden, die Bergwerke und die Fabriken, woher sie die Ware haben? Ihre Agenten kaufen unter der Hand alles auf, was sie direkt von den Erzeugern oder von ihren Genossen erhalten können und liefern es zu verabredeten Preisen. Wir glauben nicht, daß die Gemeinden und die gewerblichen Anlagen hierbei übermäßig verdienen wollen; es ist somit anzunehmen, daß sie von Agenten ausgebeutet werden, und dem organisierten Wucher als

Wandschirm dienen. Dieser Wirtschaft muß ein Ende gemacht werden, da sie die Bevölkerung unnötig reizt und entrüstet. Sowohl die privaten Geschäfte, als auch die Gemeinden und die gewerblichen Anlagen sollten jede Ware zu den amtlichen Preisen verkaufen, selbst wenn sie manchmal sollten zuzahlen müssen. Die ausländische Marke sollte wucherische Ausbeutung nicht erleichtern.

Das wird zur Beruhigung der Gemüter mehr beitragen, als die Nachricht vom Hunger in England oder in Frankreich, und es wird keine geringere Freude hervorrufen, als die Eroberung irgend einer Stadt in der Bukowina. Solchen Nachrichten gegenüber werden die Leute immer gleichgültiger, nachdem sie drei Jahre hindurch sich an sie gewöhnt haben; solche Nachrichten sind nur dann von Interesse, wenn sie die Mitteilung vom Erobern bedeutender Lebensmittelvorräte enthalten, was die Hoffnung weckt, daß man dieselben werde zu mäßigen Preisen erhalten können; denn solche Leute, die jeden Preis zahlen können, gibt es verhältnismäßig wenig — auch in den reichen Industriebezirken.

Aus Nr. 179 des Dziennik Kujawski (Hohenfalza)
vom 9. August 1917:

Zu dem Salzbrunner Vortrags (vergl. die vorige Nummer des Ges.-Ab. S. 1339) bemerkt das Blatt: „Von Anzapfungen, die an die Adresse des polnisch sprechenden Publikums gerichtet waren, hat man uns auch aus Danzig berichtet. Offenbar gehen derartige Vorkommnisse im allgemeinen von chauvinistischen Kreisen aus. Man darf sie jedoch nicht mit Stillschweigen übergehen, sondern muß sie mit Würde zurückweisen und sich gegebenenfalls nicht nur mit der Bitte um Schutz an die Behörden wenden, sondern auch mit der Forderung um Belehrung der Bevölkerung darüber, daß die polnischen Bürger das Recht haben, sich ihrer Muttersprache frei in einem Lande zu bedienen, für das sie ihr Blut in hunderten und tausenden von Fällen vergossen und vergießen. Man muß auch überall die Berücksichtigung der polnischen Sprache verlangen, um der Bevölkerung nahe zu führen, daß, wenn jemandem das an den Polen verdiente Geld lieb ist, man diesen auch den Aufenthalt nicht erschweren darf, sondern ihn auf Grund eines möglichen Sichverständigens in der Muttersprache erleichtern muß.“

Aus Nr. 102 der Prawda (Posen)
vom 9. August 1917.

Lissa.

Eine merkwürdige Persönlichkeit in mancher Hinsicht ist der hiesige Vikar Kazimir Strozyna. Schon mehrfach hat man uns auf das merkwürdige Verhalten des Vikars gegenüber der polnischen Bevölkerung aufmerksam gemacht; wir nahmen jedoch immer an, daß die uns zugehenden Nachrichten gefärbt seien. Schließlich stellen wir jedoch auf Grund von Berichten vollständig glaubwürdiger Personen fest, daß Vikar Strozyna (der Name soll nach dem eigenen Wunsche des Vikars „Strolcina“ ausgesprochen werden) zu den Persönlichkeiten gehört, die sich der polnischen Volksgemeinschaft und unseren auf die Verteidigung der Nationalität abzielenden Bestrebungen gegenüber feindselig verhalten. Wir bringen die Sache mit Rücksicht auf den Stand des Genannten mit schwerem Herzen zur Sprache, geben uns jedoch der Hoffnung hin, daß diese wenigen Worte hinreichen werden, um zu bewirken, daß sich der Geistliche Kazimir Strozyna in seinen antipolnischen Trieben ein wenig Zügel anlegt. Wenn aber die Berührung mit polnischen Parochianen ihm allzu schwerlich ist, dann steht es ihm doch frei, durch einen

entsprechenden Antrag an die vorgesetzte Behörde sich um Versetzung in Gegenden zu bemühen, wo er mit polnischer Bevölkerung nicht zusammen kommen wird. Die Welt ist ja weit.

Aus Nr. 182 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. August 1917.

Das Lehrerseminar in Tuchel.

Gemäß dem Willen des preussischen Kultusministeriums werden in den katholischen Schulen Westpreußens die Kinder polnischer Nationalität ebenso wie die deutschen behandelt, indem auf ihre Muttersprache nicht einmal im Religionsunterricht Rücksicht genommen wird. Deswegen findet man in den Lehrplänen der Bildungsanstalten für Lehrer die polnische Sprache nicht einmal als Unterrichtsgegenstand. In dem Lehrerseminar in Tuchel wird außerdem streng darauf geachtet, daß die polnischen Zöglinge sich auch im Verkehr untereinander der polnischen Sprache nicht bedienen. Da nun die Schüler die Gunst ihrer Lehrer nicht verlieren wollen, so fügen sie sich selbstverständlich dieser strengen Anordnung. Da außerdem auch in der Präparandenanstalt in Elbing, die dem Seminar in Tuchel Kandidaten für den Lehrerberuf liefert, dieselben Zustände herrschen, so wird durch diese sechs Jahre dauernden Germanisierungsbestrebungen der polnischen Jugend, die sich dem Lehrerberuf gewidmet hat, in nationaler und vor allem in sprachlicher Hinsicht ein starkes Merkmal eingepreßt. Infolgedessen lassen auch solche polnische Eltern, welche aufrichtig an ihrer Nationalität hängen, ihre Söhne lieber einen anderen Beruf wählen. Deshalb gibt es unter den Seminaristen in Tuchel schon seit einer Reihe von Jahren nur einen geringen Prozentsatz Polen. Und da während des gegenwärtigen Krieges schon achtzehnjährige Jünglinge ausgehoben werden, so wurde das Seminar in Tuchel jetzt sehr entleert. Von den 80 Schülern, die unter normalen Verhältnissen die Anstalt besuchten, sind jetzt in allen drei Klassen nur noch 20 übriggeblieben. Von den Polen wurden folgende Zöglinge eingezogen: Rutkowski, Poforski und Strózowski. In der Anstalt sind verblieben: Pokora, Gzela und Mizzgalsti. Einer von ihnen beherrscht die polnische Sprache gar nicht mehr.

Als Direktor der Anstalt, die ein Internat ist, fungiert der Geistliche Scherer. Als Lehrer sind folgende Herren angestellt: Porath, Schifora und Rehlinger.

Mit der Anstalt ist auch eine Übungs-(Normal-)schule verbunden, in der die Lehrer praktisch ausgebildet werden. Sie besteht aus 3 Klassen und zählt gegenwärtig ungefähr 150 Schüler, die überwiegend polnischer Nationalität sind. Leiter dieser Schule ist der Seminarlehrer Herr Rehlinger. Die Kinder hören hier während des Unterrichts das ganze Jahr hindurch kein einziges polnisches Wort. Das sind bedauernswerte Zustände für diejenigen Kinder, die den deutschen Unterricht nicht verstehen, ebenso schmerzlich sind sie aber auch für die Eltern. Deswegen müßte im kulturellen, sowie im erzieherischen Interesse in allen solchen Schulen, die von polnischen Schülern besucht werden, unter Berücksichtigung der Grundsätze der Pädagogik die polnische Sprache eingeführt werden.

Geistlicher R.

Aus dem besetzten Gebiet.

Aus Nr. 197 des Glos (Warschau)
vom 7. August 1917.

Neutralität.

Ein aktives politisches Programm ist die unerlässliche Bedingung nicht bloß der Gesundheit und der Kraft, sondern auch des Bestehens eines Volkes. Ein Volk, das sich aus irgend welchen Gründen kein aktives Programm vorzeichnet, verliert das Recht auf das staatliche Dasein und kann dieses verloren gegangene Recht in keinem Fall wieder erlangen. In dieser Lage gerade befinden wir Polen uns. Wenn wir den Staat wieder erlangen wollen, müssen wir unser bestimmtes Programm haben und uns an allen Ereignissen, von denen unser Los abhängt, freiwillig tätig beteiligen. Nicht das Sichfernhalten von der Möglichkeit einer solchen Teilnahme, sondern im Gegenteil das Auftreten mit einer ganz energischen Initiative nach dieser Richtung hin ist die Pflicht der polnischen Staatsraison. Die gegenwärtig unter der neuen Bezeichnung „Neutralität“ eingeschmuggelte Losung der Passivität wird zum Akt eines Selbstmordes und kann schließlich zur Vernichtung der schon von mehreren Seiten bedrohten Idee des polnischen Staates führen. Diese Gefahr besteht bereits und muß erwogen werden.

Der Ausdruck „Neutralität“ ist neu; er tauchte in dem Wörterbuche unserer politischen Parteien erst nach der russischen Revolution auf; daher ist er für uns gewissermaßen die erste mittelbare Gabe des „verjüngten“ Rußlands. Die Konzeption der Neutralität hat zweifellos eine neue Verwirrung in unseren genannten politischen Orientationen hervorgerufen; hervorgebracht wurde sie aber durch folgenden Trugschluß: „Die vorläufige russische Regierung hat die Unabhängigkeit des polnischen Staates anerkannt, und die Erklärungen Englands, Frankreichs und Italiens haben sie gleichfalls bestätigt; Feinde haben wir nicht mehr, die günstige Lösung der polnischen Frage stößt auf keine Hindernisse mehr, und die Zukunft Polens ist gesichert. Die Entstehung des polnischen Staates ist eine im Laufe des Krieges von allen anerkannte Notwendigkeit und geht in die politischen Programme beider kriegführenden Parteien über, also müssen wir, um keiner Seite entgegenzutreten, unsern neutralen Standpunkt betonen und die Entwicklung der Kriegsereignisse abwarten, die auch ohne unsere tätige Teilnahme zum erwünschten Ziele führen wird.“

Von einer Neutralität Polens könnte man ernstlich nur dann sprechen, wenn Polen schon eine „Potenz“, ein Staat wäre, der selbstständig über sein Los entscheidet und zum Schutze seiner Neutralität und seiner Grenzen ein Heer hätte. Heute, da in den polnischen Ländern noch der Krieg tobt und der polnische Staat erst in der Entstehung begriffen ist, den Grundsatz der polnischen Neutralität verkünden, heißt sich der bestehenden Tatsachen nicht bewußt sein und sich nur lächerlich machen. Ob wir wollen oder nicht, sind wir heute noch in den Strudel des Krieges hineingezogen und gezwungen, seine Lasten zu tragen; wir können auch fernerhin ein ohnmächtiges und willenloses Objekt fremder Experimente bleiben — dazu führt die Neutralität — oder aber wir können ein tätiger Teilnehmer der geschichtlichen Ereignisse werden; wir können uns ausschließlich Fremden auf Gnade und Ungnade ergeben, oder wir können uns unsere Zukunft selbst bereiten. Die Wahl hängt von uns ab.

Die Losung der Neutralität ist im gegenwärtigen Augenblicke nur eine geradezu unausführbare Fiktion; als Forderung der polnischen Politik für die Zukunft tötet sie die Idee des polnischen Staates schon im Keim. In unseren inneren Verhältnissen offenbart sie sich für

die schwachen und untätigen Elemente als eine erwünschte Rechtfertigung ihrer Ohnmacht und lähmt gleichzeitig die ganze staatschaffende Arbeit und in erster Linie die Schaffung des polnischen Heeres. Nach außen untergräbt sie den Akt vom 5. November, der die Entstehung des polnischen Staates in Verbindung mit beiden verbündeten Mächten verkündete, sich aber doch nicht um die Errichtung eines neutralen Staates kümmern konnte.

Einst predigten große polnische Romantiker, daß Polen dank seiner unermesslichen Opfer und seiner Hingebung für die Ideale des Volkes der Messias der Völker werden wird; heute erklären unsere zeitgenössischen Neutralisten, daß Polen durch seine Zurückhaltung in der Darbringung von Opfern bei dem gegenwärtigen großen Ringen der Völker und durch kurzfristigen Egoismus der Faktor des allgemeinen Friedens sein werde! Es hätte wirklich ein solcher Faktor werden können, wenn es mutig in den Kampf gezogen wäre und sein Heer aufgestellt hätte; dieses Heer hätte zweifellos das Ende des Krieges beschleunigt. Heute fördert Polens Ohnmacht, Neutralität genannt, nur den Krieg, verlängert das allgemeine Mißgeschick der Menschheit und verurteilt das polnische Volk, wenn nicht zum Hungertode, so doch jedenfalls zur physischen und moralischen Entartung.

Vor sechs Monaten, im Augenblicke der Entstehung des vorläufigen Staatsrats, hatten wir das Moment des Triumphes eines gesunden Aktivismus. Die Schaffung des polnischen Heeres wurde damals als eine „freudige und dringende Notwendigkeit“ anerkannt, und dieses Heer sollte dem „polnischen Staate die ihm erforderlichen breiten Grenzen“ stecken. Heute haben wir unter dem Einfluß der Lösung der Neutralität die Konzeption eines neutralen polnischen Heeres (?), das an die Front nicht geschickt werden darf; im gegenwärtigen Augenblicke, in dem die Grenzen des Staates noch zu erobern sind, haben wir „gegen einen ferneren Krieg im polnischen Lande“ Proteste.

Ein politisches Programm kann nicht negativ sein. Wenn wir in dieses ein solches negatives Element hineinbringen, wie es die Fiktion der Neutralität im allgemeinen und für uns besonders ist, weichen wir von dem unter den gegebenen Verhältnissen möglichen Wege der realen Arbeit an dem Aufbau des Staates ab und gelangen auf den Weg theoretischer Auseinandersetzungen und Rundgebungen, die einen realen Boden entbehren. Die politische Aktion führt dann zum Entwurf verschiedener Entschlüsse und zur Stellung von Forderungen und Ultimaten, in denen wir nur „feierlich und kategorisch erklären“, „Bewahrung einlegen“, „protestieren“ usw. Anstatt von der bestehenden Möglichkeit Gebrauch zu machen und die Schaffung vollendeter Tatsachen zu erstreben — und das ist ja die Aufgabe der Politik — warten wir nur die Folgen unserer nach verschiedenen Richtungen in der Form von diplomatischen Noten abgegebenen Erklärungen ab und bleiben auf einer Stelle stehen.

Die Fiktion der Neutralität hat eine augenscheinliche unleugbare Tatsache verhüllt: im gegenwärtigen Augenblicke kann der polnische Staat nur im Bunde mit den Mittelmächten und mit ihrer Hilfe errichtet werden. Diese Tatsache besteht unabhängig davon, ob sie uns zusagt, oder ob sie uns unangenehm ist, und wer den polnischen Staat noch in der Zeit des Krieges errichten will, muß ihn als Grundlage seiner Tätigkeit annehmen: er muß in den Grenzen der Möglichkeit, d. i. der durch diese Tatsache geschaffenen Rechte und Pflichten bleiben und ihnen die ganze Taktik seines Verhaltens anpassen. Wer heute für die polnische Politik den Grundsatz der Neutralität als zweckmäßig erachtet, verschleppt die Errichtung des polnischen Staates bis zur Zeit des Friedenskongresses, der über uns auch ohne uns entscheiden wird. Wir

haben vor uns: einerseits den Akt vom 5. November 1916, das angebotene Bündnis der Mittelmächte und die Möglichkeit der staatschaffenden Arbeit; andererseits — den zukünftigen Kongreß, den zukünftigen Schutz der Entente und jetzt untätiges Abwarten. Es könnte scheinen, daß die Wahl nicht schwer und die Entscheidung leicht sei, und dennoch schwankt der polnische politische Gedanke, der in der Schule des praktischen Lebens nicht gehörig geschult worden ist, sehr leicht Gefühlsregungen unterliegt und vor der Absurdität der Neutralität nicht zurückschrickt.

Diese Bedenken haben die Aufmerksamkeit des hervorragenden deutschen Politikers Friedrich Naumann auf sich gelenkt, des Verfassers des bekannten Werkes über Mitteleuropa, eines Mannes mit weitherzigen Anschauungen und ohne Vorurteile in der polnischen Frage. In der neuerdings von ihm in deutscher Sprache herausgegebenen Broschüre unter dem Titel „Was wird aus Polen?“, die eine Frucht der unmittelbaren Beobachtung der polnischen Verhältnisse seitens des Verfassers ist, finden wir folgenden Absatz:

„Die polnischen Bedenken sind sachlich nicht begründet, obgleich sie verständlich sind. Sachlich sind sie falsch, weil ein neuer Staat in keinem Falle durch Abwartung und Unentschlossenheit entsteht. Wie einst der Aufstand für die Polen ein gewagtes Hazardspiel war, so ist es auch jetzt das Bündnis mit den Mittelmächten, und dennoch muß man es wagen. Nach einhundert Jahren ist es das erste Mal, daß die Weltgeschichte den Polen die Möglichkeit gibt, einen eigenen Schritt zu tun. Allerdings ist diese Möglichkeit nicht hypothetisch sichergestellt, allerdings ist sie mit Zweifeln und unangenehmen Gefühlen verbunden; wer sie aber verpaßt, veräutert eine patriotische Tat; mit seinen Zweifeln und Bedenken erhöht er nur die Zweifelhaftheit der Sache.“

Bei uns hat die russische Revolution die Saat der Neutralität ausgestreut. Diese Saat ist auf empfänglichen Boden gefallen, ist in einen infolge der Beschwerden des Krieges ermüdeten durch die wunderlichsten von der Entente zu uns kommenden Mitteilungen betörten Mittelpunkt gelangt. Dieses Unkraut kann aus unserm politischen Leben nur ein gesunder, staatschaffender Instinkt beseitigen, aber unter der Bedingung, daß er durch eine aufrichtige und ausdrückliche Aktion der Regierungen der verbündeten Staaten unterstützt werden wird, durch eine Aktion, die den Wiederaufbau des polnischen Staates bezwecken würde. Die Mitwirkung beider Faktoren ist unerlässlich. Jeder Aufschub und alle Bedenken seitens dieser Regierungen schüren nur die Neutralität und können schließlich, wenn sie anhalten sollten, den polnischen Aktivismus unterdrücken. Das einzige wirksame Heilmittel gegen diese Neutralität wäre die Errichtung einer solchen polnischen Regierung, die mit voller Tatkraft und Entschiedenheit und ohne Bedenken im Bunde mit den Mittelmächten das Volk dem erwünschten Ziel — dem unabhängigen polnischen Staat — entgegenführen würde. Das liegt sowohl im Interesse Polens, als auch im Interesse Mitteleuropas.

M. Lempicki.

Aus Nr. 211 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 5. August 1917.

Die Mitglieder des Staatsrats über sich selbst.

Was beabsichtigt der Staatsrat in nächster Zeit zu tun? Was für eine Stellung nimmt er gegenüber den Strömungen ein, die gegen ihn sind?

Mit diesen Fragen wandten wir uns an den Direktor des Departements für politische Angelegenheiten, Grafen Adalbert Rostworowski.

Die Antwort lautet folgendermaßen:

Unser Volk ist infolge der Ereignisse der letzten Zeit erregt und ungeduldig geworden. Dieser gereizte Zustand wird durch die scharfe Agitation gegen den Staatsrat aufrecht erhalten. Diese Agitation ist uns persönlich außerordentlich schmerzhaft, da sie von Leuten ausgeht, die uns in den Staatsrat gewählt haben. Die Vorwürfe, die uns treffen, sind scharf; aber in welchem Grade sie ungerecht sind, wird erst die Zukunft lehren.

Die Ungeduld der Volksgesamtheit ist verständlich; aber weshalb das ganze Odium auf die Rechnung der Vermittler abgewälzt wird, ist schwer zu verstehen. Wir verbleiben auf unseren Posten, obwohl wir Widerwärtigkeiten von innen und von außen erfahren, nur weil wir uns von der Notwendigkeit der Stetigkeit unserer Arbeit Rechenschaft geben. Man kann nicht in einem gewissen Entwicklungsmomente alles von sich werfen und den Nachfolger nötigen, den Leidensweg von Anfang an noch einmal zu machen. Man muß übrigens vor allem diesen Nachfolger schon sehen und die Sicherheit haben, daß die verlassenen Sitze überhaupt von jemandem eingenommen werden.

Solange wir aber als einzigen Punkt des Gegenprogramms die Lösung hören: „vacuum“, können wir nicht einmal den radikalsten Forderungen nachgeben. Sogar in der uns nicht wohlwollend gesinnten galizischen und posenschen Presse sind in letzter Zeit sehr charakteristische Stimmen laut geworden, die uns von der Notwendigkeit des Ausharrens überzeugen. Wir wollen ausharren, d. h. die schwierigste und unangenehmste Periode der polnischen Politik, die Periode der einleitenden Verhandlungen, auf unsere Schultern zu nehmen.

Dies ist eine undankbare Rolle; denn die Leute, die sie ausführen, werden leicht vergessen und geringgeschätzt. Wenn wir jedoch nur imstande sind, die Früchte unserer Bemühungen unseren glücklichen Nachfolgern zu übergeben, so werden wir mit dem Bewußtsein der erfüllten Pflicht zurücktreten.

So verfahren wir übrigens schon jetzt, indem wir ohne ein Gefühl des Gefänktheits zur Seite treten und bei den Verhandlungen über die Bildung der neuen Regierung die Initiative dem Dreier-Auschuß überlassen. Die gegenwärtig hier stattfindenden Verständigungskonferenzen zeigen deutlich diese Tendenz des Staatsrats.

Ich habe die Hoffnung, daß die entstehende polnische Regierung keine so schwierige Arbeit haben wird, wie wir, die wir deshalb angegriffen und des Mangels an gutem Willen und an Aufrichtigkeit unserer Absichten bezichtigt werden, weil wir keine Staatsgewalt haben. Ich glaube fest, daß das polnische Volk wie ein Mann an die Seite einer polnischen Regierung treten wird, die ihm konkrete und reale Vorteile bringen wird; ich glaube, daß die inneren Hindernisse schließlich zurücktreten werden, um einer ruhigen und fruchtbringenden Arbeit der polnischen Regierung Platz zu machen.

Ohne Reib, doch mit klopfendem Herzen erwarte ich diesen neuen Faktor im politischen Leben Polens und wünsche, daß eine Woge der allgemeinen Begeisterung die polnischen Staatsmänner begrüßen möge, die den großen Vorzug haben werden, das erste polnische Ministerkabinett zu bilden und ihm anzugehören.

So lange jedoch alle diese Fragen nicht erledigt sind, so lange die Verhandlungen nicht bis zum entscheidenden Stadium gediehen sind, können wir das herrschende Chaos nicht vergrößern. Wir können nicht vorzeitig zurücktreten, um die rechtmäßige Vertretung Polens denjenigen zu erleichtern, die den Mut hatten, Proteste gegen die Unabhängigkeit Polens zu unterschreiben, die der sofortigen Verwirklichung des Staates entgegen waren und aus Bundesgenossen des früheren Rußlands mit einem Male idealistische Verteidiger der

umfassendsten und unbedingten nationalen Programme wurden.

Es handelt sich hier natürlich nicht um die Personen, sondern um die Idee, die sie vertreten, die aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen für das wiedererstehende Polen in höchstem Grade schädlich sein kann.

Noch eine andere Rücksicht verbietet uns zurückzutreten und einen leeren Raum zu schaffen. Es ist dies die Sache des Heeres, das wir ohne einen politischen Träger und ohne eine staatliche Vertretung nicht lassen können. Wir haben vertretungsweise die Rolle der Regierung erfüllt und den Eid entgegengenommen, müssen daher das Heer der wirklichen Regierung überweisen, damit diese sich auch in Zukunft um die Rechte, die Entwicklung und Selbständigkeit des Heeres kümmere.

Nr. 213 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 7. August 1917

bringt ein Schreiben des Staatsratsmitgliedes Grafen Wojciech Rożnowski, welches die ihm — im Interview, das der „Kurjer Polski“ in Nr. 211 gebracht hat — zugeschriebenen Äußerungen berichtigt. Graf Rożnowski behauptet, daß in seinen Äußerungen gar keine Refrimation bezüglich der politischen Gegner vorhanden war. „Ich bin der Ansicht, daß im gegenwärtigen Momente nicht die Zeit dazu ist, da der Ernst und die Gefahr des Momentes die eintrachtige Kraftanstrengung aller politischen Faktoren im Lande erheischen. Die künftige Regierung muß ein konkretes Programm mitbringen und eine deutliche politische Linie vorzeichnen. Im entgegengesetzten Falle wird sie keinen Schritt vorwärts machen. Das wollte ich in Gesprächen betonen, dagegen war ich von jedem polemischen Gedanken weit entfernt. Das erlaubt mir nämlich weder meine gegenwärtige Stellung, noch die außergewöhnlich schwierige und peinliche innere Lage.“

(Aus Nr. 194 des Warschauer Tagesberichts vom 8. August 1917.)

Nr. 210 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 7. August 1917

bringt einen Leitartikel unter der Überschrift: „Die Mitglieder des Staatsrats haben das Wort“, dessen wesentlicher Inhalt lautet: Als der Staatsrat noch das Vertrauen der Mehrheit des polnischen Volkes genoß, erhielt die Gesellschaft von ihm nur trockene und nichtsagende Mitteilungen, heute dagegen, wo der Staatsrat selbst in den gemäßigten Kreisen seinen Stützpunkt verloren hat, bringen die Verlautbarungen jeden Tag etwas Neues, und die Staatsratsmitglieder beginnen zu reden. Hier kommt der Verfasser auf die Unterredungen der Herren Lempicki mit dem Mitarbeiter der Krakauer „Nowa Reforma“ und des Grafen Rożnowski mit dem des „Kurjer Polski“ zu sprechen. Die meisten kritischen Bemerkungen dazu sind von der Zensur gestrichen worden. Dann heißt es weiter: Die wichtigsten Argumente des Staatsrats für sein Ausharren, sind: die Furcht vor dem „vacuum“ und die Sorge um das Heer. Diese Anschauung ist sehr interessant, aber nicht richtig. Die Polenfrage ist heute weder eine polnisch-deutsche, noch eine polnisch-österreichische, sondern eine internationale Frage und als solche ein Trumpf in der Hand sowohl der einen als auch der anderen kriegführenden Partei. Die Ereignisse in Rußland und die Aktion Wilsons haben ein neues Sinken der Trümpfe der Zentralstaaten zur Folge gehabt, und heute kommt wieder der Augenblick, wo der polnische Trumpf im Preise steigt. Um ihn zu halten, muß man neue Karten ausspielen. Eine solche Karte ist die

Bildung der tatsächlichen Regierung in Polen. Das liegt im Interesse der Zentralstaaten, und die Verwirklichung der Regierung kann nur aufgeschoben werden, wenn die Polen selbst bei der Aufschiebung helfen werden. Und diese Hilfe besteht eben in dem krampfhaften Festhalten an dem bisherigen Zustande, in der Zufriedenheit mit der Lage, was in der internationalen Politik ausgenutzt werden kann. Das „vacuum“ wäre vor allen Dingen nicht für uns schädlich, und aus diesem Grunde wird es kein „vacuum“ geben.

Auch in der Sorge um das Heer haben die Herren Staatsräte kein Recht. Nicht sie verteidigen das Heer und erwirken seine Selbständigkeit, sondern Piłsudski hat dies getan, der einzig und allein des Heeres wegen in den Staatsrat eingetreten ist. — Der Schluß des Artikels ist wiederum gestrichen.

(Aus Nr. 167 des Warschauer Tagesberichts vom 11. August 1917.)

Aus Nr. 179 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 9. August 1917.

Wie wird es in Polen kommen?

In Nr. 128 des „Kraj“ vom 9. Juni d. J. haben wir einen Aufsatz unter dem Titel „Eindrücke und Betrachtungen“ veröffentlicht, in dem wir einige Glossen über die Verhältnisse, die jetzt im Königreich Polen herrschen, brachten.

In unserer gestrigen Nummer haben wir auch einen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ mitgeteilt, der den Titel trägt: „Wie wird es in Polen kommen?“ Dieser Artikel enthält viele Gedanken, die sich mit den Ausführungen des „Kraj“ vom 9. Juni vollständig decken.

Wir haben nämlich in unserem Artikel vom 9. Juni hervorgehoben, daß an den Zuständen in Warschau, wie sie sich jetzt gestaltet haben, das gegenwärtige System die Schuld trägt, indem man vom grünen Tische aus ohne die nötige Kenntnis der Verhältnisse und der Bedürfnisse im Königreich Polen zu regieren suchte.

Der Verfasser des Artikels der „Köln. Volksztg.“ bestätigt jetzt diese unsere Ansicht, indem er erklärt, daß man nach dem Königreich Polen nicht den „preußischen Messias mit dem Monokel im Auge“ hätte schicken sollen. Ebenso wird durch den Artikel der „Köln. Volksztg.“ wenn auch mit anderen Worten, unsere weitere Behauptung bestätigt, daß „die Bevölkerung in Polen ganz unnützer Weise durch Kleinigkeiten gereizt wird,“ und daß die aus der Fremde herangeholten Beamten „einer Verstandigung mit dieser Bevölkerung nur im Wege stehen.“ Die Richtigkeit unserer damaligen Ausführungen über die Lage im Königreich Polen wird aber von der „Köln. Volksztg.“ hauptsächlich dadurch bestätigt, daß sie erklärt, man hätte die verantwortlichen Verwaltungsposten in Polen mit polnische „Leaders“ „von Rapierski an bis zu Korfanty“ besetzen sollen. Auch wir schrieben nämlich in unserem damaligen Artikel, daß man viel mehr Beamte aus dem Königreich Polen selbst hätte anstellen sollen. Wir sind mit der „Köln. Volksztg.“ auch darin einverstanden, daß „angesehene und objektiv denkende deutsche Publizisten“ es verstanden hätten, in Gemeinschaft mit ihren polnischen Kollegen, wie den Herren Rapierski, Dombek u. a. in Warschau „Verhältnisse anzubahnen, die sich auf gegenseitiges Vertrauen stützen würden“. Wir müssen bei dieser Gelegenheit allerdings anerkennen, daß der gegenwärtige Leiter des offiziellen Pressbüros, Herr Mohr, nach dieser Richtung hin alles tut, was in seinen Kräften steht. Aber was kann der Wille eines einzelnen wenn auch kräftigen Mannes ausrichten, wenn er, wie wir schon im Juni hervorgehoben haben, bei Tausenden von kleineren Beamten auf Widerstand stößt?

Man darf ja heute nicht über alles schreiben. Das ist jedoch zu bedauern; denn nur auf Grund eines offenen Meinungsaustausches könnte eine Besserung der gegenwärtigen Lage in Polen, die doch sehr zu wünschen wäre, wirklich eintreten.

Deswegen begrüßen wir auch im Interesse beider Parteien den Artikel der „Köln. Volksztg.“. Möchten jedoch die Ausführungen des Verfassers dieses Artikels, der über die Verhältnisse im Königreich Polen gut unterrichtet zu sein scheint, auch bei denjenigen Gehör finden, an deren Adresse sie gerichtet sind!

Im Königreich Polen muß nämlich jetzt ebenso das System, wie das Menschenmaterial geändert werden. Denn an den gegenwärtigen Zuständen sind sowohl das System schuld, als auch die dort beschäftigten Menschen. Und da wird man mit halben Mitteln nichts mehr ausrichten können.

Es hätten nämlich weder die Affäre Piłsudski, noch die Wühlereien des zwischenparteilichen Verbands, der Nationaldemokratie usw. irgendeinen Erfolg gehabt, wenn die maßgebenden Faktoren sich ohne weiteres auf den Boden des Abtes vom 5. November gestellt hätten, d. h. wenn sie sofort an den raschen Ausbau des polnischen Staates getreten wären. Alles Zaudern und Zögern brachte nur der Sache selbst Schaden und führte Wasser auf die Mühle der Opposition.

Wie wird es also in Polen kommen? Warschau befindet sich gegenwärtig im Zeichen der Erwartung. Es werden jetzt Verhandlungen über die Bildung einer polnischen Regierung geführt. Und trotzdem macht sich wiederum die alte Passivität bemerkbar! Dafür erheben aber die zwischenparteiliche Fraktion und die Nationaldemokratie jetzt ihr Haupt. Vor allem sucht jetzt die letztere ihr Reg. auszuwerfen, um im Trüben fischen zu können. In einem auffallend beschleunigten Tempo und mit dem größten Eifer werden nämlich jetzt von ihr alle Anstalten zu einer entsprechenden Aktion getroffen. Dem angesichts der Tatsache, — so schreiben die Organe der Nationaldemokratie — daß „für das Königreich Polen eine reale Grundlage für die Attribute einer wirklichen Staatsgewalt geschaffen werden soll, müssen sich jetzt auch die Einflüsse der Nationaldemokratie in Taten offenbaren“. Ob dieser gegenwärtigen Offerte der Nationaldemokratie uneigennütige Motive zugrunde liegen, ist natürlich eine andere Frage.

Denn wo jetzt der Speisetisch für die Verteilung von Regierungsposten aufgestellt wird und die Schlüssel für denselben vergeben werden sollen, da ist auch der Appetit erklärlich. „Caveant consules, ne quid detrimenti res publica capiat“. Es spricht nämlich alles dafür, daß manche Persönlichkeiten jetzt die Rolle eines modernen Wallenrod übernehmen möchten.

Beim Ausbau des polnischen Staates ist zwar jede Mitwirkung erwünscht, und man bedarf ja heute vieler Hände zu positiver Arbeit, aber — Vorsicht ist in dieser Hinsicht auf jeden Fall geboten.

Wie wird es also jetzt in Polen kommen? Wir stehen ja schon vor der zwölften Stunde. Es kann sich aber alles noch zum Guten wenden, wenn in Berlin und in Wien das System der Halbheiten sofort aufgegeben wird, und wenn die Aktivisten in Warschau gewissen Offerten gegenüber, nachdem sie bis dahin auf ihrem Posten ausgeharrt haben, die richtige Vorsicht zu üben verstehen. Eska.

Aus Nr. 178 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 8. August 1917.

Der Frieden und Polen.

Wir sind dem Frieden vielleicht näher, als es manchem erscheint. Zwar ist eine solche Ansicht, die durch keine Tatsachen gestützt wird, von vornherein

zur Unpopularität verurteilt; aber die Ereignisse der letzten Zeit scheinen der Wahrscheinlichkeit einer solchen Behauptung zu bestätigen.

Daß alle Staaten des Krieges überdrüssig geworden sind, braucht man nicht zu beweisen. Deutschland und Österreich-Ungarn haben in gut verstandenenem eignen Interesse schon im vergangenen Jahre einen männlichen Schritt, den Versuch der Anknüpfung von Friedensverhandlungen, getan. Aber die Staaten der Entente haben sich offenbar geschämt, vor den Augen der Welt zuzugeben, daß auch sie vom Kriege genug haben. Das hat bewirkt, daß Europa sich auch fernerhin eifrig und heldenhast gegenseitig mordet.

Weist der gegenwärtige Augenblick darauf hin, daß in den bisherigen Auffassungen der europäischen Staaten bezüglich der Liquidation des Krieges Änderungen eintreten können? Wir glauben ja!

Vor allem beweist die ungeschwächte Widerstandskraft der Mittelmächte bei der wachsenden Angriffskraft der Ententestaaten, daß eine völlige militärische Niederwerfung der Mittelmächte unmöglich ist, so daß die Verlängerung des Krieges beide Seiten und die neutralen Staaten in schrecklicher Weise verwüsten würde. Andererseits beweisen die letzten glänzenden Erfolge der Verbündeten Armeen im Osten und die Aufhaltung des ungeheuren Angriffs im Westen, daß diese Staaten der Erschöpfung noch sehr fern sind.

Die gegenwärtig stattfindende diplomatische Aussprache über das Thema des Friedens, für den die russische Revolution die Formel: „Ohne Annexionen und Entschädigungen“ aufgestellt hat, mit der sich die Mittelmächte ausdrücklich einverstanden erklärt haben, enthält immer mehr die Kriegsziele der Entente. Aus dieser Diskussion ergibt sich immer deutlicher, daß der Krieg durch England zugunsten seiner imperialistischen Interessen aufrechterhalten und verlängert wird, wodurch seine Alliierten, namentlich aber das der Anarchie verfallene Rußland ausgenutzt und ruiniert werden. Außer dem Interesse Englands ist der Krieg gegenwärtig ein zweckloses gegenseitiges Morden, und die stolzen Redensarten über die Kriegsziele sollen nur die wirkliche Wahrheit verdecken, der Krieg dauert fort, weil England es so haben will.

Und doch bahnt sich der Friedenswille immer mehr den Wea. und sogar in England kommt in letzter Zeit die Friedenspartei zu Worte und werden Friedensvorbereitungen getroffen.

Auf der Seite der Mittelmächte gehört zu diesen Vorbereitungen die polnische Frage, deren internationaler Charakter allgemein anerkannt worden ist.

Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß die deutsche Regierung aufrichtig wünscht, eine polnische Regierung zu schaffen. Die Verhandlungen, die gegenwärtig in Warschau und Wien geführt werden, weisen darauf hin, daß die Berliner Regierung die Bildung der polnischen Regierung beschleunigen will. Auf diese Weise soll das verwirklicht werden, was durch den Akt vom 5. November angekündigt worden ist. Diese Eile im Vergleich zu der bisherigen Sachlage hat unsere politischen Kreise stutzig gemacht. Während die einen darin den deutschen Willen des neuen Reichskanzlers sehen, wollen die andern darin ein deutsches Zugeständnis erblicken, das der deutschen Regierung die Aufstellung eines polnischen Heeres auf deutscher Seite erleichtern soll. Diese zweite Möglichkeit ist nach unserer Ansicht wenig wahrscheinlich.

Die maßgebenden deutschen Kreise, die über die Sachlage bei uns genau unterrichtet sind, wissen, daß der Staatsrat vor einigen Tagen eine Erklärung abgegeben hat, in der in indirekter Form die Neutralität Polens erklärt worden ist. In dieser Weise ist jene Erklärung in der Presse Galizien, Posens und auch Warschaus aufgefaßt worden.

Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß die maßgebenden deutschen Kreise mit der Aufstellung eines polnischen Heeres im gegenwärtigen Augenblicke nicht rechnen. Es entsteht also die Frage, wie man sich die Eile bei der Bildung der polnischen Regierung erklären soll.

Die Antwort könnte folgendermaßen lauten:

Ein polnischer Staat mit eigener Regierung, hinter der das ganze Volk steht, wird ein mächtiger Friedenstrumpf in der Hand der Mittelmächte sein. Damit dieser Trumpf wirksam wird, ist es nötig, daß die polnische Regierung zur Wirklichkeit werde. Das ist aus der ganzen Reihe von Tatsachen, die von einer Friedensaktion zeugen (die Erklärung des Abgeordneten Erzberger, die Friedensaktion des H. Caillat usw.), für uns das wichtigste Moment.

Die Welt, die gegenwärtig in einem Meere von Blut versinkt, kann schon in der nächsten Zukunft das Morden aufgeben und an den Wiederaufbau dessen herantreten, was Neid, blinder Haß und phantastische Träumereien vernichtet haben. Polen soll in die Reihe der Mächte Europas treten. Die ganze Welt wartet mit Sehnsucht auf den Frieden, wir aber verbinden damit noch die höhere Hoffnung, daß es uns nämlich in dem erneuerten Europa gestattet sein möchte, den Platz einzunehmen, den uns fremder Neid und fremde Übermacht entrisen haben.

Diese Arbeit wird aber für uns keine fremde Kraft leisten, sondern wir müssen sie selber tun. Von unserer Kraft und den Tatsachen, die wir schaffen werden, wird unsere Stellung auf dem Friedenskongreß abhängen. Und der Friede naht.

Nr. 139 der Wiadomości Polskie (Petrikau)

vom 5. August 1917

nimmt in einem Leitartikel zum Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten Stellung und führt in vier Spalten aus, daß dieses Recht vielfach mißbraucht wird. Die Südslaven, z. B. die Rumänen, Tschechen und Ruthenen, haben für ihre Zukunftsstaaten derartige Grenzen abgesteckt, daß für Ungarn außer Budapest und der nächsten Umgebung nicht mehr viel übrig bleibt. Die polnische öffentliche Meinung ist darüber zur Tagesordnung übergegangen, wahrscheinlich in der Überzeugung, daß diese Fragen Polen nicht unmittelbar berühren und daß die Ungarn sich selbst zu helfen wissen werden. Tatsächlich aber berührt diese Frage die polnischen Lebensinteressen im höchsten Grade. Die Tschechen verlangen nämlich die ganze Slovakei, die Ruthenen Ostgalizien, das Cholmer Land, Teile der Bukowina und einige Komitate von Oberungarn, so daß die Ukraine bis Marmaros und Ungarn reichen würde. Wenn diese tschechischen und ukrainischen Forderungen verwirklicht werden würden, so würde zunächst Polen die unmittelbare Fühlung mit Ungarn verlieren. Zweitens würde in einer Länge von fast 100 Kilometern von Pograd bis Ungvar eine gemeinsame tschechisch-ukrainische Grenze entstehen. Damit würde ein Problem gelöst sein, über das sich die Politiker der Entente 3 Kriegsjahre hindurch die Köpfe zerbrochen haben. Es würde nämlich die Vereinigung Böhmens mit dem Rest des Slawentums unter Umgehung des „unsicheren“ Polens endlich erreicht sein. Prag und Moskau könnten sich über Galiz die Hand reichen, und wer garantiert uns, was für Strömungen über den zwischen Rußland, der Ukraine und Böhmen gespannten Draht laufen werden? Dann noch ein grundsätzliches Moment. Seit Monaten sehen wir gleichgültig zu, wie unsere Nachbarnvölker die Selbstbestimmung in der Weise durchführen, daß für Polen nicht viel mehr als Warschau und die Umgegend verbleiben wird, soweit die jüdischen Nationa-

listen nicht die Hand nach unserer Hauptstadt ausstrecken werden. Die Sache muß endlich klargestellt werden. Wir brauchen ein lebensfähiges Polen und können nicht zulassen, daß daraus unter dem schönen Titel des „Selbstbestimmungsrechts“ etwas herausgeschnitten werde, ob es nun neue Chelmer Gouvernements sind oder neue Staatschöpfungen, die für uns einen sehr zweifelhaften Wert besitzen.

(Aus Nr. 165 des Warschauer Tagesberichts vom 9. August 1917.)

Nr. 214 der Godzina Polski (Lodz)
vom 7. August 1917

wendet sich gegen die Verschwörer in Lausanne, das ist die „Lausanner Agentur“ und ihren Leiter Pilz. Er besaß die Kühnheit, dem Zaren Gefolgschaft zu leisten, und er erdreistet sich, jetzt offen gegen den Staatsrat aufzutreten. Er behauptet, daß der Staatsrat nur durch unbedeutende Kreise unterstützt wird, die auf seiner Seite verharren, obwohl die Eideformel für die Legionen, nach welcher den deutschen und österreichischen Heeren die Treue zu halten ist, ihnen die Augen geöffnet haben müßte. Bei ihren Ausführungen stützt sich die Agentur lediglich auf den Zwischenparteilichen Klub in Warschau, der von Anfang an dem Staatsrat feindlich gegenüber trat. Mit Rücksicht auf diese Tätigkeit der Lausanner Agentur ist die Bildung einer polnischen Regierung unumgänglich notwendig, damit diese durch ihre ausführenden und diplomatischen Organe derartige Verschwörer im Auslande und auch im eigenen Lande energisch zum Schweigen bringe.

(Aus Nr. 166 des Warschauer Tagesberichts vom 10. August 1917.)

Nr. 215 des Głos Lubelski (Lublin)
vom 6. August 1917

bringt zwei Leitartikel von R. Wojdalski unter der Überschrift „Polen und der Krieg“, deren wesentlicher Inhalt lautet: Der Friede ohne Annexionen hat in der Interpretierung der Zentralstaaten und der Koalition eine grundverschiedene Bedeutung. Die deutschen Sozialdemokraten und die Vertreter der Zentralstaaten verstehen darunter die Wiederkehr zu den Verhältnissen vor dem Kriege, d. h. die Wiederherstellung des status quo. Die Vertreter der Koalition dagegen glauben, daß ein solcher Friede nicht das gewünschte Gleichgewicht bringen, sondern nur eine Art von Waffenstillstand herbeiführen würde, um dem Gegner Gelegenheit zu geben, sich noch gründlicher für die Welteroberung vorzubereiten. Für Polen würde ein solcher Friede nur die Sanktion der Dreiteilung bringen und ihm das Recht der Vereinigung und der Selbstbestimmung endgültig absprechen. Die Koalition wünscht ebenfalls einen Frieden ohne Annexionen, aber unter gleichzeitiger Einführung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Für Polen hat das Endergebnis eine erstklassige Bedeutung.

(Aus Nr. 166 des Warschauer Tagesberichts vom 10. August 1917.)

Nr. 3683 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 6. August 1917

berichtet aus Warschau, daß die Konferenzen des deutschen Reichskanzlers mit dem Grafen Czernin in der polnischen Frage zu einem günstigen Resultat geführt haben. — Während der letzten Sitzung des Staatsrats habe Graf Lerchenfeld erklärt, daß die Bildung der polnischen

Regierung am 15. August beginnen werde. Die Übernahme der Regierung werde Mitte September feierlichst stattfinden. — Das Informations-Kommunique stelle fest, daß die Kandidatur des Grafen Tarnowski gefallen sei und daß er nach Stockholm abgereist sei. Statt des Kandidaten Dr. Korytowski (Finanzminister) werde Steczkowski genannt, statt Graf Zoltowski A. Wieniawski. Überdies kommen als Kandidaten in Frage: Bukowiecki (Justizminister) und Mikulowski-Pomorski bzw. Brudzinski (Kultusministerium). Allerdings seien dies nur Kombinationen, die jedoch eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich haben. Als dritter Kandidat für den Regenschaftsrat werden außer Stanislaus Staniszewski auch der Präses Wladyslaw Kisilanski genannt. Die Namen des Erzbischofs Rakowski und des Fürsten Lubomirski bestehen nach wie vor in allen Kombinationen. — Es seien Gerüchte verbreitet, daß die Okkupationsbehörden die Absicht haben, ev. eine Regierung in engerem Rahmen zu schaffen, auch wenn sich dieselbe nur auf das Nationale Zentrum stützen sollte. Dies für den Fall, daß die Projekte einer Regierung im weiteren Rahmen nicht realisiert werden sollten. Als ev. Minister des Außern werde Lempicki, als Kriegsminister Sikorski genannt. Die polnische Heeresfrage befinde sich nach der Information des Staatsrats im günstigen Stadium. (Es folgt eine lange Zensurlücke.)

Daselbe Blatt berichtet, daß der österreichische General Rozwadowski, der als ein sehr tüchtiger Stratege allgemein bekannt sei, in Warschau weile. Er habe bereits fast alle deutschen und polnischen Würdenträger besucht und wurde auch mehrfach beim Kommando der Legionen empfangen. Rozwadowski solle die Stellung eines militärischen Referenten übernehmen.

(Aus Nr. 166 des Warschauer Tagesberichts vom 10. August 1917.)

Nr. 183 des Naprzód (Krakau)
vom 10. August 1917

erfährt von seinem Warschauer Korrespondenten u. a. folgendes: „Es verstreicht ein Termin nach dem andern und die Frage der polnischen Regierung schreitet nicht um einen Schritt vorwärts . . . Man designierte ursprünglich für den Regenschaftsrat neben dem Fürsten Lubomirski und dem Erzbischof Rakowski auch den Kronmarschall Niemojowski. Bald jedoch verschwand dieser von der Liste, was man sich mit der oppositionellen Stellungnahme der Gesellschaft zum Staatsrat erklärte, hinter welchem heute kaum noch das in Verfall begriffene Zentrum steht. Demgegenüber tauchte die Kandidatur des Fürsten Gustach Sapieha auf . . . Bald wurde es jedoch klar, daß die Bildung eines neuen Regierungskörpers aus lauter Fürsten (darunter einem Kirchenfürsten) allzu wunderbar aussieht. Es verschwand daher von der Kandidatenliste der Fürst Sapieha, und man ersetzte ihn durch den Direktor des Hauptfürsorge rats, Herrn Staniszewski . . .“ In Warschau verlautete, daß man in Sachen der polnischen Regierung nicht nur mit dem Nationalzentrum, sondern auch gleichzeitig mit der Rechten Verhandlungen angeknüpft habe. Es handelte sich darum, die Rechte endlich für die Teilnahme an der künftigen Regierung zu gewinnen. Sie sei schließlich damit einverstanden gewesen, jedoch unter Bedingungen, die sich aus ihrer neutralen Stellung ergeben. Dagegen sei das Nationalzentrum zu allen Konzessionen bereit und wolle um jeden Preis die Regierungsmacht für sich haben. Seine Kandidaten seien Lempicki, Sikorski u. a. Dieser Umstand habe zur Beschleunigung des Beretzungsprozesses beigetragen, der schon seit langer Zeit sowohl im Zentrum, wie bei

der Liga des poln. Staatswesens begonnen hatte. — Inzwischen verstummten die Gerüchte von der Bildung der polnischen Regierung und man spreche heute ganz allgemein davon, daß sie auf einen Monat und vielleicht auf eine noch längere Zeit vertagt worden sei. „Es bleibt sonach der Staatsrat am Platz, der bei Nacht durch einen militärischen Posten und durch einen Polizeihund bewacht wird und in der guten Hoffnung lebt, daß man ihm wenigstens das Justiz- und das Schulwesen bald (?) übergeben wird.“ — Der soeben aus dem Staatsrat ausgeschiedene Wladislaw Studnicki sei in der Foksalstraße mißhandelt worden.

(Aus Nr. 169 des Warschauer Tagesberichts vom 14. August 1917.)

Aus Nr. 221 der „Deutschen Warschauer Zeitung“ vom 12. August 1917.

Die Übergabe der Justiz an den Provisorischen Staatsrat.

Der Allerhöchste Erlaß der verbündeten Monarchen vom 5. November 1916 hat dem Königreich Polen die langersehnte staatsrechtliche Selbständigkeit wiedergegeben. Sofort nach Einsetzung des Provisorischen Staatsrats für das neu gegründete Königreich ist man im Einvernehmen mit den Westmächten an den Ausbau des neuen Staates gegangen. Das erste und wichtigste Ergebnis des beginnenden Ausbaues ist die nunmehr beschlossene Übergabe der Justizverwaltung an den Provisorischen Staatsrat. In den nächsten Tagen dürften bereits die vom Herrn Generalgouverneur heute vollzogenen Verordnungen veröffentlicht werden. Nur kurze Zeit wird noch verstreichen, bis anstelle der kaiserlich Deutschen Gerichte die königlich Polnischen Justizbehörden Recht sprechen werden. Die Übergabe wird zum 1. September 1917 erfolgen.

Die polnische Gerichtsorganisation reicht aus, um eine ordnungsmäßige Rechtsprechung in Zivil- wie in Strafsachen zu verbürgen. Daß die verbündeten Regierungen heute schon die gesamte Justizverwaltung und Rechtsprechung unter Wahrung der nach dem internationalen Abkommen zu beobachtenden Grundsätze in die Hände des Provisorischen Staatsrates gelegt haben, beweist, daß sie zu ihm das Vertrauen besitzen, daß er der übernommenen Aufgabe gerecht werden wird.

Nr. 211 des Goniec Kujawski (Wloclawek) vom 4. August 1917

wendet sich gegen die Ausführung des „Berliner Tageblattes“ vom 23. Juli, in welcher der Übergang des Gerichtswesens in polnische Hände sehr ungünstig und nachteilig für die deutschen Kaufleute beurteilt wird. Die in diesem Artikel erhobenen Vorwürfe sind, wie das Blatt schreibt, ungerechtfertigt und ohne jede Grundlage. Die polnischen Gerichte, von denen der Verfasser spricht, und die er der Parteilichkeit beschuldigt, waren keine polnischen, sondern rein russische Gerichte. Wie ein Warschauer Anwalt einmal wichtig gesagt hat, gab es in ganz Polen nur zwei polnische Richter in Warschau, und diese nahmen die Stellung als Richter in der Hundeaussstellung der Jagdvereinigung ein. Gerade unter russischer Zeit waren wir Polen durch die Gerichte noch viel benachteiligter als die Deutschen, weil deren Rechte das deutsche Generalkonsulat wahrnahm. Der Berliner Verfasser wendet sich zu Unrecht gegen das hier herrschende Recht, weil dies das französische Recht war, welches auch bis vor kurzem noch in großen

Teilen Deutschlands gegolten hat. Die russische Zivilprozessordnung ist in letzter Zeit verbessert und geändert worden, und ihre Beibehaltung ist schon wegen ihrer Anpassung an das materielle Recht zu empfehlen, im übrigen muß hier betont werden, daß auch das deutsche Verfahren von deutschen Juristen nicht als vorbildlich bezeichnet worden ist. Es ist natürlich klar, daß die neuen polnischen Richter in der ersten Zeit sich einarbeiten müssen und daß hieraus sich Schwierigkeiten ergeben können. Dies ist aber ein Mangel jeder Übergangszeit. Diese dürfte nicht zu groß sein, da die polnischen Juristen Gelegenheit gehabt haben, die Gewissenhaftigkeit

(Aus Nr. 164 des Warschauer Tagesberichts vom 8. August 1917.)

Aus Nr. 222 der „Deutschen Warschauer Zeitung“ (Warschau)

vom 14. August 1917.

Ein Aufruf polnischer Körperschaften in der Lebensmittelfrage.

In den polnischen Blättern finden wir folgenden Aufruf:

Die Körperschaften, die an der Lebensmittelversorgung des Landes teilnehmen, und zwar:

- a) der Versorgungsausschuß bei Sr. Exzellenz dem Erzbischof-Metropoliten von Warschau,
- b) die Zentrale Landwirtschaftsgesellschaft,
- c) der Haupthilfsausschuß,
- d) der Verein der Landwirte,
- e) das Warschauer Landwirtschaftliche Syndikat,
- f) der Magistrat der Hauptstadt Warschau,
- g) der Magistrat der Stadt Lodz, und von Amts wegen
- h) der Direktor des Departements der Volkswirtschaft über senden uns einen Aufruf folgenden Inhalts:

Unser Land, dem seit drei Jahren alle normalen Hilfsmittel, die eine intensive landwirtschaftliche Kultur ermöglichen, fehlen und das zugleich von jedweder Zufuhr von Bodenerzeugnissen von außen abgeschnitten ist, muß sich selber genügen. Von einem normalen Konsum kann keine Rede sein; denn während dieser in den Jahren vor dem Kriege 180 Kilogramm Getreide pro Kopf der Bevölkerung ausmachte, kann die Ration heute bei der gerechtesten Teilung für die städtische Bevölkerung nur etwas mehr als ein Drittel der genannten Menge betragen. Um so mehr muß darauf geachtet werden, daß die Teilung gerecht sei und daß der kleine Vorrat so zweckmäßig als möglich verbraucht werde. Dazu reichen keine mechanischen Verordnungen und keine polizeilichen Maßnahmen aus. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß so wichtige und komplizierte Probleme nur durch gemeinschaftliche Mitarbeit der sozialen Schichten durchzuführen sind. Dies ist auch der Standpunkt der Okkupationsbehörden, die deshalb unseren sozialen Körperschaften tätige Mitarbeit und Kontrolle über den Ankauf und die Verteilung des Getreides, der Hülsen- und Hackfrüchte vorgeschlagen haben.

Die Vertreter der obengenannten Körperschaften haben nach langen, eingehenden Debatten bestimmte Richtlinien festgesetzt, welche sie der zu diesem Zwecke einberufenen Versammlung von 30 Vertretern der Kreistage und einiger Stadträte zur Prüfung, Ergänzung und Bestätigung vorgelegt haben.

Die Versammlung fand am 13. Juli statt und sprach sich für die Teilnahme an den die Lebensmittelversorgung des Landes betreffenden Arbeiten aus, und zwar auf der Basis folgender Grundsätze:

1. Alle landwirtschaftlichen Produzenten sind verpflichtet, bestimmte Mengen von Bodenprodukten

zu liefern, die im Verhältnis zum faktischen Saaten- und Erntestande verteilt werden; um die Höhe dieser Naturalleistungen zu bestimmen, werden statistische Kreiskommissionen mit einer zentralen statistischen Kommission in Warschau an der Spitze errichtet.

2. Die Okkupationsbehörden haben garantiert, daß menschliche Nahrungsmittel, außer den in bestimmten Ziffern vorausbezeichneten Mengen, nicht aus dem Lande ausgeführt werden dürfen, sondern zum Zwecke der Befriedigung der Bedürfnisse der Landesbevölkerung verwendet werden.
3. Der Umsatz der landwirtschaftlichen Produkte wird in vollem Umfange unter die Kontrolle der Gesellschaft gestellt und das Mahlen des Getreides wird soweit als möglich in den Mühlen im Lande erfolgen.
4. Der Unterschied zwischen dem Ankaufs- und Verkaufspreise soll auf das Minimum beschränkt werden, bei gleichzeitiger energischer Bekämpfung des Schmuggels und des Wuchers.

Außerdem wurden Schritte unternommen, um aus dem österreichischen Okkupationsgebiet 4000 Waggon Getreide zu bekommen, wodurch eine Erhöhung der Ration um 30 bis 40 Prozent ermöglicht werden würde.

Diese Grundzüge sind auf Grund einer Reihe statistischer Erhebungen festgestellt und durch schriftliche Bestätigung der Behörden bekräftigt worden.

Vor dem Lande steht also eine bedeutende Aufgabe: die ganze Krisis durchzuhalten, um die ganze Bevölkerung bei Leben und Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Die Arbeit beginnt unter recht schwierigen Verhältnissen, denn es gilt eine ganze Menge Streitigkeiten zu überwinden. Die Männer, welche die Initiative ergriffen haben, sind sich der großen Verantwortung bewußt, die sie auf sich genommen haben, als sie an diese Arbeit herantraten. Die Verantwortung fällt in gleichem Maße auf die gesamte Bevölkerung; der landwirtschaftliche Produzent und Konsument, reich und arm, einzelne und Körperschaften, alle müssen mitarbeiten und müssen ihre ganze Kraft daran setzen, damit sich diese Angelegenheit günstig entwickelt, denn nur auf diese Weise werden sie imstande sein, die Bevölkerung des Landes vor der Hungersnot zu retten.

Nr. 203 des Glos (Warschau)
vom 13. August 1917

weist im Artikel unter der Überschrift „Die Wiener Sozialisten gegen die wirtschaftliche Selbstverwaltung des Königreichs Polen“ auf einen Artikel in der Wiener „Arbeiterzeitung“ hin, der „Das Lebensmittelregime in Russisch-Polen“ betitelt ist und sich gegen den Wirtschaftsrat richtet. Die „Arbeiterzeitung“ ist der Ansicht, daß die neue, durch den Wirtschaftsrat eingeführte Ordnung „für dieses Land und für Österreich gleichermaßen verhängnisvoll ist“ und daß „sie in hohem Grade die Ernährung der Bevölkerung in Österreich bedroht“. Weiter protestiert die „Arbeiterzeitung“ energisch dagegen, „daß es einer kleinen Schar von Politikern — Geschäftsleuten erlaubt sei, mit der Landesernte zu spekulieren und sich auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern“. Das Wiener Blatt schreibt die Schuld daran den polnischen Schlachzigen zu und betont, daß das für die Bevölkerung verhängnisvolle Ernährungssystem trotz des Widerstandes des Armeekommandos und des Lebensmittelamtes zustande gekommen ist. Der Artikel der „Arbeiterzeitung“ schließt: „Augenscheinlich sind übermächtige Gewalten am Werke, welche den pol-

nischen Schlachzigen zu Einkünften und zur Stimulierungsmacherei verhelfen“. Diesen Angriff weist der „Glos“ energisch zurück. Vor allem wird den Wiener Sozialisten das Recht abgesprochen, sich in die inneren Verhältnisse des unabhängigen Königreichs hineinzumischen. Weiter weist der „Glos“ darauf hin, daß im Wirtschaftsrat auf 23 Mitglieder nur 7 Vertreter des Großgrundbesitzes entfallen. Was die Preissteigerung und den Schmuggel betrifft, habe der Wirtschaftsrat noch nicht erfolgreich eingreifen können, da er erst am 24. Juni entstanden ist und erst im Begriff ist, seinen ganzen umfangreichen Betriebsapparat zu organisieren. Den Vorwurf, daß die vom Wirtschaftsrat aufgestellten Preise für Getreide und Mehl doppelt so hoch sind als in Österreich, widerlegt der „Glos“ mit dem Hinweis 1. auf die Notwendigkeit, die Preise im österreichischen Okkupationsgebiete mit denen im deutschen Okkupationsgebiete auszugleichen, 2. auf den niedrigen Kurs der Kronenwährung, 3. auf die größeren Kosten des landwirtschaftlichen Betriebes. (Aus Nr. 168 des Warschauer Tagesberichts vom 13. August 1917.)

Aus Nr. 198 des Glos (Warschau)
vom 8. August 1917.

Ein Versammlung des nationalen Zentrums in der Provinz.

Der „Glos“ berichtet über eine in Kielce abgehaltene Versammlung des nationalen Zentrums, in der folgende Entschliebung angenommen wurde:

„Die Organisationsversammlung des Nationalen Zentrums der Bezirke Kielce und Radomsk, die am 5. August in Kielce stattfand, ist der Meinung, daß die auf dem Wege der Verwirklichung des polnischen Staates und der Schaffung des polnischen Heeres entstandenen Schwierigkeiten die weiteren politischen Bestrebungen, die die Erhaltung des Landes auf der Linie der staatschaffenden Politik bezwecken, nicht aufhalten dürfen.

Zu diesem Zwecke sagt die Versammlung mit aller Entschiedenheit dem Staatsrate als dem einzigen Vertreter des entstehenden Staates und seiner Bestrebungen nach einer möglichst baldigen Schaffung einer polnischen Regierung ihre Unterstützung zu.

In Sachen des polnischen Heeres billigt die Versammlung vollständig die Beschlüsse des obersten Rates des nationalen Zentrums vom 29. Juli und unterstreicht mit ganzem Nachdruck die Notwendigkeit einer schnellen Aktion, die sich das Ziel setzt, dem polnischen Heere einen disziplinierten Stamm und die Anlehnung der Heeresorganisation an ein Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht zu sichern, was der erste Schritt der polnischen Regierung sein sollte.

Die Versammlung erachtet es als notwendig, sowohl den Versuchen, das Land vom realen Boden des Aufbaues des polnischen Staates noch während des Krieges abzubringen und die Schaffung des Heeres unter dem Deckmantel einer angeblichen Neutralität zu verschleppen, als auch der destruktiven Tätigkeit, sowie der Hineinziehung der Volksgesamtheit in den Strudel der Verwirrung und der Anarchie mit voller Entschiedenheit entgegenzutreten. Ganz besonders betrachtet die Versammlung die Hineinziehung des Heeres in die politische Agitation als einen Aufschlag auf die einzige Grundlage eines starken und gesunden Staatswesens.

Die Versammlung beschließt, dieser Art von Versuchen den organisierten Willen aller aufgeklärten und verantwortlichen bürgerlichen Faktoren des Landes entgegenzustellen.

Aus Nr. 373 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 13. Juli 1917.

Die Liga des polniſchen Staatsweſens und die Regierungsfrage.

Waſchau, den 11. Auguſt 1917.

Die „Straznica“, das Organ der Liga des polniſchen Staatsweſens, veröffentlicht in ihrer letzten Nummer folgende Erklärung:

Den einzigen Ausweg aus der gegenwärtig ungewöhnlich verwickelten innern Lage findet die Liga des polniſchen Staatsweſens in einer ſchleunigen Verwirklichung der polniſchen Regierung, die die Vollſtreckungsgewalt und volle Selbſtändigkeit auf allen mit den militäriſchen Erforderniſſen der Okkupanten nicht unmittelbar verbundenen Gebieten beſäße.

Verſtehend, daß eine ſtarke und unabhängige polniſche Regierung nur mit Unterſtützung breiter Kreiſe der Volksgemeinſchaft arbeiten kann, hält es die Liga des polniſchen Staatsweſens für geboten, daß dieſe Regierung drei Männer berufe, die allgemeines Vertrauen genießen, und zwar den Waſchauer Erzbischof, den Fürſt Józef Lubomirski und ein Mitglied des vorläufigen Staatsrates; denn um die oberſte polniſche Staatsgewalt in dieſer Zuſammenſetzung werden ſich zweifellos alle wirklich ſtaatsſchaffenden Elemente vereinigen.

Die auf dieſe Weiſe berufene polniſche Regierung wird die Möglichkeit haben, eine tatkräftige und erfolgreiche Arbeit an dem Wiederaufbau des polniſchen Staates und vor allem die Schaffung eines regulären Heeres auf dem Wege der Zwangsrekrutierung in Angriff zu nehmen.

Alle Parteigeliſte aber, die zum Zwecke der auſſchließlichen Beherrſchung der entſtehenden Regierung von irgend einer Seite hervortreten ſollten, verurteilt die Liga des polniſchen Staatsweſens rückſichtslos und wird ſie als Erſcheinungen nationaler Wühlerei und Schädigung bekämpfen.

Die Liga des polniſchen Staatsweſens.

Aus Nr. 186 des Naprzód (Kraſau)
vom 14. Auguſt 1917.

Die Linke gegenüber der Regierungsfrage und dem vorläufigen Staatsrate.

Wie anzunehmen iſt, wird der Verſtändigungsausschuß der unabhängigen Linken (die P. P. S., die polniſche Volkspartei, die Partei der Unabhängigkeit und der Block der Vereinigung der demokratiſchen Parteien) die Richtlinien ſeines Verhältniſſes zu den politiſchen Körperſchaften des Landes in folgender Weiſe feſtlegen:

1. In die Regierung und den Dreierat wird die Linke nicht eintreten;
2. In den Staatsrat wird ſie nur dann eintreten, wenn:
 - a) die Linke eine zahlenmäßig ausreichende Vertretung haben wird,
 - b) die Öffentlichkeit der Beratungen eingeführt wird,
 - c) eine demokratiſche Grundlage der Verfaſſung Polens geſichert ſein wird,
 - d) im Vordergrund die Einberufung des Landtages ſtehen wird,
 - e) die Freilaſſung des Kommandanten Piłsudski und aller mit der Eidesverweigerung in Verbindung ſtehenden Internierten veranlaßt werden wird.

Aus Nr. 181 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 11. Auguſt 1917.

Der Rücktritt des Kronmarſchalls.

Der Kronmarſchall, Herr Benzel Niemojewski, hat in einem an den Staatsrat gerichteten Schreiben auf die Würde des Kronmarſchalls verzichtet, die Hauptſtadt verlaſſen und ſich auf ſeine Güter in die Gegend von Kalisz begeben. Als Grund gibt der Kronmarſchall den Beſchluß der Zwiſchenparteiſchen Fraktion an, nach welchem kein Mitglied des Staatsrates dem Regentſchaftsrat angehören darf.

Hier ſei hinzugefügt, daß die in der Zwiſchenparteiſchen Fraktion vereinigte Rechte in letzter Zeit einen perſönlichen Feldzug gegen den Kronmarſchall eröffnet hat.

Der Staatsrat hielt geſtern eine Vollſitzung ab, in der beſchloſſen wurde, den Rücktritt des Marſchalls nicht anzunehmen. Ferner beſchloß der Staatsrat, an den Marſchall eine Abordnung zu ſenden, die ihn bitten ſoll, ſeinen Rücktritt rückgängig zu machen und zugleich zu genehmigen, daß ſein an den Staatsrat gerichtetes Schreiben, in dem er die Gründe ſeines Rücktrittes angibt, veröffentlicht werde. Zu der Abordnung, die ſich heute nach Kalisz begab, gehören die Herren Ludwig Gorſki und Sokolowski. Morgen ſoll ihre Rückkehr erfolgen, worauf eine beſondere Sitzung des Staatsrates abgehalten werden ſoll, der nach Anhörung der Antwort des Marſchalls einen beſtimmten Standpunkt einnehmen wird. In den dem Staatsrate näher ſtehenden Kreiſen hegt man die Hoffnung, daß der Kronmarſchall ſeinen Rücktritt zurückziehen wird.

Der Kraſauer Naprzód vom 14. Auguſt (Nr. 181) ſchreibt:

Der Kronmarſchall Niemojewski hat der Abordnung des Staatsrates erklärt, daß er ſeinen Rücktritt nicht zurückziehe.

Nr. 211 des Dziennik Lubelski (Lublin)
vom 8. Auguſt 1917

bringt einen „Wahrheitspolitiker“ überſchriebenen Zeitartikel, der ſich mit den Unſtimmigkeiten innerhalb der Liga des polniſchen Staatsweſens beſchäftigt und deſſen weſentlicher Inhalt lautet: Mit Verwunderung erfährt Polen, daß es außer den Verrätern der Linken auch noch andere gibt, nämlich die Mehrheit der Liga P. St., die den Herren Studnicki und Gruzewski, ſowie den Damen Starzyńska und Moſzczyńska keine Gefolgschaft leiſten will. Dann wird die Reſolution Zielinski von der Zentralsitzung der L. P. St. angeführt, in der über die Obſtruktion gegen die Heeresbildung, über die neutrale Politik und über die ungenügende Wirksamkeit gegen die Anarchie die Rede iſt. Interſſant iſt es — ſchreibt der Verfaſſer — aus weſſen Munde dieſe ſchönen Worte fallen. Wer iſt denn der konſequente Baumeiſter des polniſchen Staatsweſens? Biſher hörten wir nur von Herrn Studnicki, dem Magalomanen, der ſchon damals eine lächerliche Figur geweſen iſt, als er behauptete, er würde ſeiner Partei die Freundschaft des italieniſchen Hofes (sic!) als Brautgabe mitbringen. An Studnicki hat ſich Polen bereits gewöhnt, und wenn es ihn auch ſcharf beurteilt, ſo verzeiht es ihm doch auch viel. Aber die anderen Naze der polniſchen Rechtgläubigkeit ſind nicht wie Studnicki. Es ſind zuſammengewürfelte politiſche Emporkömmlinge, wie der Verehrer Dmowski, Gruzewski, und der dunkle Ehrenmann Kulczyński. Wir könnten dieſe Biedermänner ruhig ſich ſelbſt überlaſſen, wenn ſie nicht die öffentliche Meinung fälfchen würden. Dieſe Fälfchung iſt für ſie — Politik, für das Land iſt ſie aber verderblich, denn ſie erzeugt im Aus-

lande den Eindruck, als ob bei uns, von einigen Nervenkranken abgesehen, alle anderen Anarchisten wären. Um ein falsches Urteil des Auslandes zu vermeiden, müssen wir diese „Wahnpolitiker“ aus dem polnischen Leben ausschließen.

(Aus Nr. 168 des Warschauer Tagesberichts vom 13. August 1917.)

Aus Nr. 875 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien) vom 12. August 1917.

Trotz alledem werden sie durchhalten!

Die Folgen der denkwürdigen Schlacht bei Luck für die Legionen.

Seit der denkwürdigen Offensive Brussilows und der unglücklichen Schlacht bei Luck, die bekanntlich das Steuer der polnischen Politik in die Hände der Deutschen übergab, ist ein Jahr verflossen.

Einige Tage vor dem Juli-Rückzuge traten in den Legionen die bekannten Ereignisse ein, die mit den Beschlüssen des Rates der Obersten in Verbindung standen, den der General Pilsudski in der Hoffnung einberufen hatte, daß er die Verhältnisse im Heere ordnen werde, der aber mit seinem Beschlusse über die Ablegung der Abzeichen und Auszeichnungen die Verhältnisse aufs höchste verwirrte und sie in einen wahren gordischen Knoten verwandelte. Diesen Knoten sollten die Deutschen lösen.

Mit dem Augenblicke der Veröffentlichung des Überganges der polnischen Heeresfrage unter die deutsche Obhut begannen gewisse Hoffnungen zu dämmern. Artikel der deutschen Presse, die den Mut und die Opferwilligkeit der polnischen Legionen hervorhoben, das Interesse der deutschen Offiziere für die polnische Heeresorganisation, das sogar zu Besuchen der Übungen und Musterungen dieser konspiratorischen Organisation führte, und Gerüchte über eine bevorstehende Konferenz Beselers mit Pilsudski flößten den Soldaten Mut ein.

„Es hatte den Anschein“, so schrieb ein Offizier, der seit dem Beginne des Feldzuges treu zur Fahne vom 6. August stand, „daß wir in das gesetzmäßige, klare, planmäßige und zielbewußte System des in hundertjährigen Kämpfen erprobten deutschen Militarismus übergehen, daß endlich die „österreichische Gaukelei“ der preußischen Ordnung und Schule für immer Platz machen werde.“ Die Verhältnisse ließen sich sehr gut an: die Waffenbrüderschaft und die Kameradschaft des deutschen Soldaten mit dem polnischen Legionär weckten gegenseitige Sympathien, an die früher kein Gedanke war. Diese Hoffnungen teilte anscheinend auch Brigadier Pilsudski.

Wer von den Soldaten erinnert sich nicht der Parade vor dem General von Bernhadi in Czernomozno, als Pilsudski zum ersten Male und wohl zum letzten in seinem Leben seine Brigade im Parademarsch einem preußischen General vorführte.

Die letzte Spur des österreichischen Charakters verschwand in den Legionen in der Zeit, als Rütner, der im Mittelpunkte der Legionen polnisch gelernt hatte, abberufen wurde und dessen Stelle Oberst Haller — ein Landsmann — einnahm. Bei den dreifachen Ahnungen vermutete niemand, daß die Helden von Archwoplotz, Rokitno und Ostowo nach einem Jahre auf den Übungsplätzen deutsche Befehle und Kommandos befolgen werden und daß diese Sprache, die die Legionäre damals zum Studium der vorzüglichen deutschen militärischen Handbücher mit Begeisterung lernten, so verhaßt werden würde, wie einst die Sprache der Apuchiniischen Schule.

Welch bittere Enttäuschungen standen allen Soldaten bevor!

Im September wurde der Befehl zur Reorganisation der Legionen-Brigaden erlassen. Das war eine

Lösung der polnischen Irredenta zur Vernichtung der polnischen Legionen. Sie gelangten in den schrecklichsten Abschnitt ihrer Geschichte, als der Soldat nicht bloß sein Leben, sondern auch noch etwas Teuereres als sein Leben, seine in zweijährigem Ringen erkämpfte Ehre und seinen guten Namen aufs Spiel setzte. Wenn damals nicht die tief durchdachte, von der österreichischen Diplomatie in den Vordergrund gerückte Angelegenheit des „polnischen Hilfskorps“ gewesen wäre, dann wäre es fraglich, ob der Anfang der polnischen Heeresmacht in seiner gegenwärtigen bescheidenen Gestalt bestehen würde. Denn die infolge der getäuschten, oft ganz phantastischen, jeder realen Unterlage entbehrenden Hoffnungen rasend gewordene polnische Irredenta strebte damals mit allen Kräften nach einer vollständigen Liquidation der Legionen und drückte in ihrer sonderbaren Verblendung in die preußische eiserne Faust jenes Schwert, das den gordischen Knoten zerschneiden sollte, den, wie wir schon bemerkten, damals die Legionenfrage bildete.

Einer unser hervorragendsten Militärs wies ausdrücklich auf die Gefahr dieser wahnsinnigen Arbeit hin — und zwar mit folgenden Worten:

„Angesichts der Verschiebung des Schwerpunktes der polnischen Frage in die Hände Deutschlands, das natürlich im Maße seines eigenen Bedürfnisses und seiner Bequemlichkeit auch die Frage des polnischen Heeres erfaßt, würde die Liquidation der Legionen den Einfluß Österreichs auf unsere Angelegenheiten natürlich desto stärker ausschalten, desto ausschließlicher auf Gnade und Ungnade dem deutschen Kaiserreich überlassen. Diese Liquidation würde für Deutschland eine erwünschte tabula rasa schaffen, für die die deutsche Meinung durchdringende feindliche Strömung uns gegenüber aber ein erwünschtes Argument, daß uns die Sicherheit der östlichen Grenze unmöglich anvertraut werden könne.“

Der kluge, mutige und mannhafte Standpunkt des damaligen Befehlshabers Grafen Szeptycki hat die Legionen vor ihrer Vernichtung und Liquidation bewahrt. Obgleich sie damals schon am Rande des Abgrundes standen, in den sie die hysterisch gewordenen Politiker drängten, trugen sie einen bedeutenden moralischen Sieg davon: sie erlebten unter den Waffen in geschlossenen Reihen den 5. November.

Die Legionen haben auch gegenwärtig noch schwere Prüfungen zu bestehen. Wiewohl wir genau wissen, was sie durchzumachen haben, und wir fast täglich die Anstrengungen sehen, die gemacht werden, um sie von der schiefen Ebene, auf die sie gestellt sind, herunterzustößen; verlieren wir dennoch nicht die Hoffnung und den Glauben, daß die Legionen auch diese neue, schwere Prüfung siegreich bestehen und trotz allem durchhalten werden.

Nr. 174 der Gazeta Radomska (Radomsk)

vom 5. August 1917

schreibt: Auf der Wacht des polnischen Staatswesens steht jetzt ... die „Deutsche Warschauer Zeitung“. Dann folgt der Artikel der „D. W. Z.“ über die Verhaftung Pilsudskis und zum Schluß folgende Bemerkungen des Blattes selbst: „Wir sprechen dem Warschauer Generalgouvernement nicht das Recht ab, den Reiseverkehr zu überwachen und diejenigen, die falsche Pässe besitzen, zur Verantwortung zu ziehen. Wir können jedoch kein Interventionsrecht in unseren politischen und Parteiverhältnissen nicht anerkennen, denn das sind rein innerpolitische Angelegenheiten, die mit der Ausübung der Okkupationsregierung nichts zu tun haben. Die Intervention in diesen Angelegenheiten stellt sich als die Verneinung unseres wesentlichsten Rechts dar, nämlich des Rechts der freien Organisation auf der Grundlage der am 5. No-

vember proklamierten Unabhängigkeit.“ ... „Daß es sich, abgesehen von dem Reisedokument, um eine innerpolitische polnische Frage handelte, geht schon daraus hervor, daß die „D. W. Z.“ ihre politischen Argumente aus der polnischen Presse geschöpft hat“ ... „Es ist klar, daß zu einer Zeit, wo die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker weit und breit ertönt, die schulmeisterlichen Artikel der „D. W. Z.“ nicht beruhigend wirken, sondern gerade das Gegenteil erreichen müssen. Sie stellen die staatschöpferischen Elemente in Polen bloß und sind — selbst vom deutschen Standpunkt aus — schädlich; denn sie erschweren die staatschöpferische Arbeit auf der Grundlage des Aktes vom 5. November.“

(Aus Nr. 166 des Warschauer Tagesberichts vom 10. August 1917.)

Aus Nr. 872 des Wiedenski Kurjer Polski (Wien)
vom 9. August 1917.

In der Angelegenheit der Verhaftung Pilsudski's.

In die Richtigstellung des „Deutschen Warschauer Zeitung“, daß der gegen den ehemaligen Brigadier der polnischen Legionen erhobene Vorwurf, er hätte sich gefälschter Reisepapiere bedient, auf einem Irrtum beruht, knüpft das Blatt nachstehende Bemerkungen:

Nach der Argumentation der „Deutschen Warschauer Zeitung“ beruht also die „Gefährdung der militärischen Sicherheit“ darin, daß die Polnische Militärorganisation eine immer feindlichere Haltung den Mittelmächten gegenüber einnahm. Da dieser Vorwurf keine konkreten Tatsachen anführt, handelt es sich nur um den „feindlichen Geist“ der P. M. O. gegenüber den Mittelmächten. Für diesen wird aber von der „Deutsch. Warsch. Ztg.“ Pilsudski verantwortlich gemacht, da er „notorisch das Haupt der P. M. O. sei.“ Es handelt sich also bei der Verhaftung Pilsudski's nicht um irgend ein Vergehen gegen das Militärstrafgesetzbuch, sondern um eine Internierung aus Gründen ausschließlich politischer Natur, deren Haltlosigkeit übrigens der Protest des Staatsrats nachgewiesen hat.

Schlagen wir uns an die Brust!

Wenn die Verhaftung des ehemaligen Brigadiers der Legionen und ehemaligen Staatsratsmitglieds aus solchen Gründen möglich war, so konnte dies nur infolge der gegenwärtigen Spaltung unserer Volksgemeinschaft in zwei feindliche Lager geschehen. Es geschah dies nur infolge der Spaltung, die einerseits durch den Austritt der Linken aus dem Staatsrat und den leidenschaftlichen, rücksichtslosen und zügellosen Kampf gegen die Autorität und Existenz des Staatsrats, andererseits durch Verweigerung des durch den Staatsrat genehmigten Eides seitens eines Teiles der Legionssoldaten hervorgerufen wurde. Angesichts eines nach innen und noch außen hin einheitlichen Volkes, einheitlich wenigstens in seinen bisherigen Staatsorganisationen, dem Staatsrat und den Legionen, wäre eine Verhaftung Pilsudski's mit einer solchen unsere nationale Würde beleidigenden, aber grundfalschen Begründung, wie sie sich als solche jetzt erwiesen hat, unmöglich gewesen. Vor dem Juli 1917 mit seiner fatalen Spaltung und Anarchie war so etwas einfach gar nicht denkbar.

Um die so traurige Maßnahme aufzuheben und in Zukunft ähnliches zu vermeiden, ist eine gemeinsame nationale Plattform, eine vollständige und unbedingte Einigkeit nach außen hin und eine solidarische Unterstützung des Staatsrats oder der entstehenden polnischen Regierung und ihres wichtigsten Fundaments, der Legionen, nötig. Unbedingt nötig ist auch zwecks schleunigster Wiedergutmachung der Sache das offene und ehrliche Eingeständnis, daß die Ver-

weigerung des Eides ein politischer Fehler war, weil dadurch die so wie so schon geringen Reihen der Legionen noch geringer wurden und das Bestehen der Legionen überhaupt in Frage gestellt wird, da Tausende unserer Soldaten zum Aufenthalt in einem Gefangenenlager an der Grenze verurteilt sind. Diese Soldaten aber hat der polnische Staat nicht nur als Stamm des zukünftigen polnischen Heeres, sondern auch als moralische und rechtliche Grundlage im gegenwärtigen schweren Kampfe nötig.

Aus Nr. 218 der „Deutschen Warschauer Zeitung“
vom 10. August 1917.

Die Lemberger „Gazeta Wieczorna“ vom 25. Juli bringt einen längeren Artikel über

Josef Pilsudski,

den wir nachstehend mit einigen Kürzungen wiedergeben:

Wenn die Verhaftung Pilsudski's neben Sosnkowski, der das Gehirn der Begeisterung und der Energie jenes war (wie man annehmen darf), nur eine Episode in dem Rahmen der beginnenden Geschichte des neuen Polens bleiben wird, dann ist es jedenfalls eine tragische Episode, denn es spiegelt sich darin die Tragödie der polnischen Seele ab, die leider noch heute, ebenso wie vor zwei Jahrhunderten, mit einer unbewußten Selbstmordsucht belastet ist. (Zensurlücke.)

Diesen politischen Gruppen fällt der Vater und erste Führer des polnischen Heeres in diesem Kriege zum Opfer — Pilsudski. Denn täuschen wir uns keinen Augenblick! Welcher Art auch die unmittelbaren Gründe der Verhaftung Pilsudski's, die durch die Okkupationsbehörden erfolgte, sowie die inneren Beweggründe gewesen sein mochten — den Hintergrund dieser bedrückenden Tatsache bildet die fatale Selbstmordpolitik in der Polenfrage, die von der sogenannten „Linken“ (Unabhängigkeitsanhängern) in stillem Einverständnis mit der extremen Rechten, mit den Passivisten, mit den Breitspurigen getrieben wird.

Die Linken haben sich aus bekannten Gründen, da sie sich nicht von politischer Rechnung und Vernunft, sondern von Sympathien und Antipathien leiten lassen, stets bemüht und bemühen sich auch weiter, den Aufbau des polnischen Staates zu erschweren — und zwar nur deswegen, weil er aus der Initiative der Zentralmächte und nicht aus der Initiative der Entente hervorgehe.

Die Linke befand sich aber im Laufe der Zeit auf derselben Linie wie die Rechte — sie trat aus dem Staatsrate aus — begann einen Kampf gegen diese erste polnische Regierung — zerstörte einen Teil des Grundstocks des polnischen Heeres, den sie einst ins Leben gerufen hat, und hielt die Soldaten ab von der Leistung eines Treueides dem Vaterlande und dem künftigen polnischen Könige (ebenso zerstörte sie die Waffenbrüderschaft mit den Zentralmächten im gegenwärtigen Kriege) durch den phantastischen Maximalismus, durch den krankhaften Größenwahn, durch die parteiliche Machtgier.

Tatsache ist, daß bei den jetzigen Verhältnissen trotz Schwierigkeiten und Fehlern der Aufbau des polnischen Staates und der polnischen Armee vorwärtsschreiten könnte, langsam zwar, aber doch derart, daß Aussichten dafür vorhanden wären, daß bereits vor dem Friedenskongreß ein geformter polnischer Staat bestände — ein nicht nur innerlich, sondern auch formell zum selbständigen Dasein und zum Entscheiden über eigene Geschicke fähiger Staat.

Die Linke will sofort die Versicherung haben, daß Polen nicht eine Monarchie, sondern eine Republik

wird, daß in ihm kein anderer, sondern selbstredend nur die Linke regieren wird, daß Oberbefehlshaber des polnischen Heeres kein anderer, sondern nur Piłsudski sein wird.

Widrigensfalls Konspirationen, Wirrwarr, passiver Widerstand, wenn nicht schlimmer! Schrecklich ist die Ansteckung der polnischen Psyche mit den Miasmen des russischen Maximalismus und Nihilismus — tragisch die Tatsache, daß sie so grell gerade bei denjenigen hervortritt, die mit unvergleichlicher Tapferkeit ihr Blut für die Befreiung Polens aus den Umarmungen ... Rußlands vergossen haben.

Von solchem gegenwärtigen Programm der Linken kommt es, daß diejenigen, die in richtiger Erwägung der künftigen Entwicklung am 6. September 1914 nicht zögerten, den Eid des österreichischen Landsturms zu leisten, jetzt aber diesen Eid dem Vaterlande und dem künftigen polnischen Könige nicht schwören wollen; daß diejenigen, die während 2½ Jahren den Heeren der Zentralmächte treue Waffenbrüderschaft hielten, jetzt diese Waffenbrüderschaft zum Schluß des Krieges nicht beedigen wollen, entgegen den Weisungen und Beispielen des Josef Poniatoński und seiner Freunde, und dadurch in der ganzen Welt die Überzeugung hervorriefen, daß man auf die Polen sich nie verlassen darf; daß diejenigen, die ebenso wie Piłsudski noch etwa zwei oder drei Monate zuvor sich bereit erklärten, dem Heere auf Grund eines uns mit den Zentralmächten noch länger als nur während des Krieges bindenden Eides beizutreten, jetzt durch die Weigerung der Soldaten, einen weniger bindenden Eid zu leisten, zur Reduktion des Grundstockes der polnischen Armee führen; daß dieselben Leute nämlich die Soldaten von der Eidesleistung dem Vaterlande und dem künftigen Könige abhielten, die mit Recht vor drei Jahren die Auflösung der Ostlegion als Folge der Verweigerung des österreichischen Landsturmeides brandmarkten; daß die Urheber dieser letzten Tatsache durchaus nicht gehofft hatten, daß man den früheren Gegner zum Verbündeten gewinnen werde — alles in ewiger und verderblicher Wühlarbeit.

Haben wir den Mut festzustellen, daß die Geschichte der Bildung des neuen Polens während der letzten wenigen Monate sehr an die traurige albanische Posse aus der Zeit vor vier Jahren erinnert.

Und Piłsudski hätte ein Abgott der Nation sein können, wenn er sich nicht zum Spielen einer Bou langer-Rolle hätte bewegen lassen. Die Huldigung, die ihm vor kurzem die polnischen Soldaten in der russischen Armee darbrachten, bezieht sich nur auf Piłsudski als den Schöpfer der Legionen.

Wenn uns unser Gedächtnis nicht täuscht, so war es eben die Partei, aus der Piłsudski hervorging, die lange Jahrzehnte hindurch fast in allen Ländern die Einmischung des Heeres in politische Sachen grundsätzlich bekämpfte. Und mit Recht — weil sich aus der „beruflichen“ Differenzierung der Fähigkeiten und Talente ergibt, daß, wie uns die Erfahrung der Geschichte lehrt, ein tüchtiger Soldat selten ein guter Politiker ist. Und Piłsudski ist ein tüchtiger Soldat — der erste Soldat des neuen Polen.

Und Piłsudski ist, wie selten jemand, ein Symbol, das Symbol polnischer Tugend und Untugend. Das Symbol polnischer Begeisterung — polnischen Patriotismus — polnischen Heldenumutes. Das Symbol polnischer Individualität und polnischer Zügellosigkeit. Er, der sich selbst am 6. August 1916 zur geheimen polnischen Regierung proklamiert hat, will heute nicht die erste öffentliche polnische Regierung anerkennen! Schließlich ist er das Symbol des hundertjährigen Einflusses der russischen Seele auf die polnische. In ihm steckt ein Dombrowski, er hat etwas vom Kerenski.

In dieser Amalgamierung steckt eine Tragödie, deren letzte Szene der gegenwärtige Umschwung ist. Diese Tragödie ist keine Ausschließlichkeit — mit ihm

nimmt an ihr teil die polnische Seele, die eine ihm ähnliche Verfassung hat.

Man kann jedoch hoffen, daß auch diese Tragödie, gerade wie jede chronische Tragödie, sich erschöpfen wird und daß Piłsudski, der ein glänzendes Blatt in der Geschichte Polens geschrieben hat und der der polnischen Armee und damit dem polnischen Staate noch unschätzbare Dienste erweisen kann, in Kürze zu uns zurückkehren und, vielleicht von einer neuen Begeisterung erfaßt, die Legionen wiederum zu siegreichen Schlachten führen wird.

Nr. 175 des *Naprzód* (Kraśau)
vom 1. August 1917

schreibt an leitender Stelle u. a. folgendes: „Wir wissen, welche Denunziationen der Nachricht folgten, daß die polnischen Soldaten Rußlands Piłsudski ihre Huldigung darbrachten und seine Führerschaft proklamierten. Wir haben die bereits nach der Internierung des Kommandanten erschienene Nummer der „*Tęka*“, eines Organs der Liga des poln. Staatswesens vor uns, welches um so zynischer schreibt, weil es im Wege der Konspiration herausgegeben wird. Dieses Organ fragt mit voller Unverschämtheit, was man von den Denunziationen sagen solle, wenn sowohl der „*Naprzód*“ als auch die ihm nahestehenden Organe des Nationalen Zentralkomitees z. B. „*3 Dnia*“, dieselben Informationen brachten. Allerdings brachten sie die Informationen, aber keinem moralisch gesunden Menschen fiel es ein, daß diese Nachrichten auch nur irgendeinen Schatten auf die Person Piłsudskis werfen, im Gegenteil zeugten dieselben davon (es folgt eine Zensurlücke), daß der polnische Soldat immer mehr und immer wehmütiger sich für einen Emigranten inmitten der russischen Armee hält, daß er für sich eine ideale Einsamkeit baut, in welcher er von Polen träumt und die er mit dem Gedanken von dem polnischen Heeresführer ausschmückt. Die Denunziation beruhte darauf, daß man die Nachrichten dahin auslegte, daß dieselben solange und so systematisch fortgesetzt wurden, bis hierauf die Aufmerksamkeit der Okkupationsbehörden gelenkt wurde. Am deutlichsten bestätigt dies die „*Warschauer Zeitung*“. Die empfindlichste Ohrfeige für die Verleumdung der Denunzianten und für die durch sie verbreitete Fälschung ist der Brief des Rittmeisters Mosciecki, worin er Piłsudski erwähnt und gleichzeitig dem Staatsrat seine Huldigung darbringt. Wenn man den Kommentaren der Denunzianten folgt, so muß man auch den Staatsrat für kompromittiert erachten.“ (Es folgt eine längere Zensurlücke.)

(Aus Nr. 165 des *Warschauer Tagesberichts* vom 9. August 1917.)

Aus Nr. 221 des *Kurjer Warszawski* (Warschau)
vom 12. August 1917.

Betrifft die internierten Legionäre.

Wie wir erfahren, haben die Okkupationsbehörden in einzelnen Fällen die Freilassung ehemaliger Legionäre, die infolge der Eidesverweigerung im Gefangenenlager in Szczypiorno untergebracht sind, schon angeordnet.

Die Freilassung erfolgte infolge großer Not der Familienangehörigen, sobald sich gleichzeitig auf Grund angeordneter Ermittlungen die Gewißheit ergab, daß der betreffende Legionär nur unter dem Drucke seiner Kollegen gehandelt hat, also nicht zu denjenigen Elementen gehört, die wegen ihrer Anschauungen eine beständige Gefahr für das Heer und den polnischen Staat bilden.

In außergewöhnlichen Fällen (bei schwerer Krankheit oder bei Todesfällen von Familienangehörigen) ist auch bereits Urlaub bewilligt worden.

Nr. 394 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 12. August 1917

veröffentlicht folgendes Schreiben: „Am 8. d. Mts. wurde in Warschau ein Aufruf mit der geheimnisvollen Unterschrift „K. G. W.“ verbreitet, der dazu auffordert, zum Zeichen des Protestes gegen das Vorgehen der Okkupationsbehörden, den Verkehr zu Wagen und zu Fuß zwei Stunden lang zu unterbrechen. Indem wir feststellen, daß keine der uns bekannten politischen Organisationen mit diesem Aufrufe etwas gemein hat, protestieren wir zugleich entschieden dagegen, daß Gruppen und einzelne Personen, die durch niemanden dazu ermächtigt sind, sich das Recht usurpieren, allgemeine Weisungen zu erteilen. Warschau, den 10. 8. 1917. Die Partei der Nationalen Unabhängigkeit, die Polnische Sozialistische Partei, die Polnische Volkspartei, die Vereinigung der demokratischen Parteien.“

(Aus Nr. 168 des Warschauer Tagesberichts vom 13. August 1917.)

Aus Nr. 163 des Warschauer Tagesberichts
vom 7. August 1917.

Fast alle Blätter berichten, daß der soeben aus der russischen Gefangenschaft geflohene Oberstleutnant Minkiewicz gestern mittag aus Krakau in Warschau eingetroffen sei und auf dem Bahnhof von den Vertretern der polnischen Legionen, darunter Kommandant Zielinski, Brigadier Januschajtis, Oberst Haller, Oberstleutnant Berbecki und anderen Offizieren, namentlich vom 3. Regiment, welches vollzählig erschienen war, feierlichst empfangen wurde. Der Oberstleutnant Minkiewicz begrüßte vor allem die Soldaten des 3. Infanterie-Regiments, dem er selbst angehörte. In seiner Ansprache hob er hervor, daß der Kampf der Legionen, namentlich aber des 3. Regiments, mit besonderem Mut fortgesetzt werden müsse, denn dieses Regiment habe den Tod seiner 50 von den Russen erhängten Kameraden zu beklagen. Er schloß seine Ansprache mit dem Ruf: „Für Dich Polen, und für Deinen Ruhm!“ Vom Bahnhof begab sich Minkiewicz nach dem Staatsratsgebäude, wo ihm zu Ehren ein feierliches Empfangessen veranstaltet wurde, zu dem der Vizemarschall Pomorski, Gorski, Prälat Przewdziecki, Raczkowski, Grendyżynski und Raziwili erschienen waren. Das polnische Heer vertraten Oberst Zielinski, Berbecki, Major Zagorski, Oberst Haller und Hauptmann Wyrostek. Nach verschiedenen Ansprachen seitens des Obersten Zielinski, Vizemarschalls Pomorski und Ludwig Gorski dankte der Gast gerührt für den herrlichen Empfang und hob hervor, daß alles, was er getan, nur seine Soldatenpflicht sei, die er auch fernerhin treu erfüllen wolle. Nach dem offiziellen Empfang im Staatsrat unterhielt sich Minkiewicz längere Zeit mit den Staatsratsmitgliedern und erteilte ihnen wertvolle Informationen über die gegenwärtig in Rußland herrschenden Verhältnisse. Die Stellung der revolutionären Regierung zur Polenfrage bezeichnete der Oberstleutnant Minkiewicz als unsicher. Kerenski sei ein entschiedener Gegner der Bildung eines polnischen Heeres. Gegen die Bildung einer polnischen Armee habe sich auch die Tagung der polnischen Heeresdelegierten ausgesprochen. Diese Tagung habe den Staatsrat als die polnische Regierung anerkannt, welche allein zur Bildung der polnischen Armee berufen sei. Während der zweiten Sitzung dieser Tagung beschloß man mit einer sehr geringen Mehrheit, an die Bildung der polnischen Armee heranzutreten. Trotz

allem werde dieselbe nicht gebildet. Unter den einflußreichen Persönlichkeiten wünsche allein der General Brussilow eine Armee und begann mit der Aufzeichnung der eventuellen Freiwilligen. Man beabsichtigte, eine polnische Legion zu bilden und wies sogar für administrative Zwecke 15 000 Rubel an. Kurz darauf aber reichte Brussilow seine Demission ein und damit fiel das ganze Unternehmen. Die kleine Brigade polnischer Schützen, die letzters ganz zielbewußt während der galizischen Kämpfe sich ergab, sei keine neue Formation, vielmehr gehörte sie der alten Brigade Gorczyński an. In Rußland empfinden die Polen die Hoffnungslosigkeit ihrer Situation und warten auf die Tatkraft der polnischen Regierung.

Aus Nr. 100 des Glos (Warschau)
vom 10. August 1917

bringt eine Unterredung mit dem Oberstleutnant Minkiewicz, in welcher er über die jetzigen Verhältnisse in Rußland Auskunft gibt. Über die Angelegenheit einer polnischen Armee auf russischer Seite erteilt Oberstleutnant Minkiewicz folgende Informationen: Es gibt in Rußland zwei polnische militärische Verbände: einen rechtsstehenden und einen linksstehenden. Letzterer ist durch Kerenski und die provisorische Regierung legalisiert, ersterer wird von den reaktionären Kreisen protegiert. Beide Verbände befehlen sich leidenschaftlich. Der linksstehende Verband ist demokratisch, erkennt den Staatsrat in Warschau als Grundstock der polnischen Regierung an und geht von dem Grundsatz aus, daß in Sachen des Aufbaues des polnischen Staatswesens die polnische Emigration in Rußland sich auf die Rolle eines Zuschauers zu beschränken habe. Der nach rechts gerichtete Verband nimmt einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Er strebt die Bildung einer „wirklichen“ polnischen Regierung an, die in Rußland entstehen solle und als Hauptlösung „die Wegnahme des Königreichs aus den Händen der Zentralstaaten, die Eroberung Galiziens und des Posenschen Gebietes“ ausgeben würde. Auf der Tagung der polnischen Militärpersonen hat einer der Führer der Rechten, Jerzy Bdzichowski, direkt ausgesprochen: sobald in Rußland eine nationaldemokratische Regierung organisiert wird, muß sie danach streben, ins Königreich einzuziehen und dort Ordnung zu schaffen.“ General Brussilow und der Chef des Petersburger Stabes Romanowski haben bereits eine Kommission zur Bildung der polnischen Armee festgesetzt. Am Anfang sollte ein polnisches Korps unter russischem Kommando gebildet werden. Einen überwiegenden Einfluß auf diese Idee üben Wielopolski, Grabski und andere Führer der Nationaldemokraten aus. Zur Zeit, als Oberstleutnant Minkiewicz Rußland verließ, war man an die tatsächliche Bildung der Armee noch nicht herangetreten. Über die Division der polnischen Schützen, eine Fortsetzung der Gorczyński'schen Legionen, jagte Oberstleutnant Minkiewicz: Anfangs war die Division für die Idee der Bildung einer Armee in Rußland sehr eingenommen. Später änderte sie ihre Ansicht. Als die russische Offensive begann, machte sie Opposition: Sie war nicht genügend gekleidet und ausgerüstet. Sie verlangte eigene Maschinengewehre und Artillerie. Kerenski hat diese Forderungen zum Teil erfüllt, und die Division wurde an die Front bei Stanislaw geschickt. Hier wurde sie sich ihrer traurigen Rolle bewußt: zu kämpfen, damit die Russen polnisches Land eroberten. Ein Teil hat sich daher sofort ergeben — und gestern erfuhr ich eben, daß auch der Rest die Waffen gestreckt hat.“ Oberstl. Minkiewicz glaubt nicht an die polnische Armee in Rußland: sowohl die russischen Politiker, als auch die russischen Militärs sind dieser Idee abgeneigt. Die russischen Politiker sagen: „wir haben die Un-

abhängigkeit Polens verkündigt, mögen sich die Polen selber regieren.“ Solange die demokratischen Kreise am Ruder sind, wird die Bildung einer polnischen Armee von den Regierungsfaktoren nicht unterstützt werden. Die Zahl der Polen in der russischen Armee beträgt nach maßgebenden Berechnungen höchstens 300 000. — Weiter führte Oberstleutnant Minkiewicz aus: Für Rußland existiert die polnische Frage eigentlich nicht. Die Russen glauben, ihre Pflicht hochherzig erfüllt zu haben, indem sie in die Unabhängigkeit Polens eingewilligt haben. Dabei kam die ganze russische Persidie zutage. Die Unabhängigkeit soll nämlich erst durch die Konstituante entschieden werden. Auf der Konstituante sollen aber die Polen nicht vertreten sein, da die polnische Frage doch bereits erledigt sei. Für die demokratischen Kreise hat die polnische Frage zu bestehen aufgehört, doch die Kadetten und die Reaktionäre haben auf ihre imperialistische Politik Polen gegenüber nicht verzichtet. Was die Äußerungen der Vertreter der Entente in Rußland betrifft, so gehen sie stets dahin, daß die polnische Frage eine innere russische Angelegenheit sei. Dann folgen interessante Informationen über die Teuerung und den wirtschaftlichen Niedergang in Rußland.

(Aus Nr. 167 des Warschauer Tagesberichts vom 11. August 1917).

Aus Nr. 180 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 10. August 1917.

Die Vereidigung des Obersten Minkiewicz.

Der „Dziennik Narodowy“ berichtet über die Vereidigung des aus russischer Gefangenschaft geflüchteten und nach Warschau zurückgekehrten Legionenobersten Minkiewicz und insbesondere über die hierbei gehaltene Ansprache des Prälaten Przedzinski:

Er sprach von den Soldaten des dritten Regiments und von dessen Führer, der in die russische Gefangenschaft geraten war, aber unter Schwierigkeiten über die russische Grenze flüchtete und auf Umwegen in seine Heimat zurückkehrte, um wieder zu seinen Soldaten zu gelangen. Er ist dem Riesenstaate entronnen, der vom Chaos der Revolution ergriffen ist, deren Echo auch zu uns gedrungen ist. Das Echo dieser russischen Revolution wollte bei uns das zerschlagen, was für uns das Teuerste ist, es wollte unsere Bemühungen zur Schaffung einer eigenen Regierung und eines eigenen Heeres, eines freien, unabhängigen vereinigten Polens zunichte machen.

Da der Oberst jetzt vor der Front der Soldaten den Treueid für das Vaterland leisten soll, ist es notwendig, daß auch die Soldaten dessen gedenken, daß er ebenso, wie er für das freie, unabhängige und vereinigte Polen gekämpft und sein Blut vergossen hat, gegenwärtig dem Vaterlande im Sinne dessen Treue schwört, was er für dieses bisher gefühlt und getan hat.

So wie er sich aus der russischen Gefangenschaft befreit hat, mußte man sich auch bei uns aus der Gefangenschaft der Partei-Lösungen befreien und dem Vaterlande und seinem Kampfe um die Freiheit, Unabhängigkeit und Vereinigung dienen.

Prälat Przedzinski schloß: Es lebe das unabhängige und vereinigte Polen! Es lebe das polnische Heer!

Aus Nr. 177 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 6. August 1917.

Der 6. August.

Morgen läuft das dritte Jahr ab, als Joseph Pilsudski an der Spitze der ersten Schützenabteilung, die in Galizien gebildet worden war, die Grenze des

Königreichs Polens überschritt. Diese bewaffnete Tat, die erste nach fünfzigjähriger Ruhe im polnischen Lande, war die Lösung zum Kampfe mit der Waffe in der Hand um den unabhängigen polnischen Staat, war die Kriegserklärung an Rußland, den Hauptfeind der polnischen Freiheit.

Diese Lösung fand jedoch im Königreiche kein Echo, sondern ergriff nur Galizien. Es kam der 16. August, der Tag des Entstehens des Obersten Nationalkomitees und der Bildung der polnischen Legionen, die sodann im Bunde mit dem österreich-ungarischen Heere kämpften. Die polnischen Legionen wurden das Symbol und der Mittelpunkt der polnischen Frage, die später infolge der Kriegsergebnisse die Bedeutung einer internationalen Frage erlangte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies das Verdienst der polnischen Legionen ist, die heute den Stamm des polnischen Heeres bilden.

Zwischen dem 6. August 1914 und dem gegenwärtigen Augenblicke liegt eine unermessliche Reihe unserer Aufgänge und Niedergänge, unserer Erfolge und Niederlagen. Der polnische Staat ist noch keine reale Tatsache, das polnische Heer ist noch nicht gebildet, und die Legionen machen traurige Krisen durch. Wenn wir die Gründe dieser Tatsache untersuchen, dann ist, abgesehen von den unvermeidlichen äußeren Schwierigkeiten, ihre Quelle die selbe, wie am 6. August 1914, als die Volksgesamtheit den Kriegsruf der Schützen mit Stillschweigen beantwortete. In dieser Quelle müssen auch die Gründe der letzten verhängnisvollen Mißverständnisse gesucht werden, in denen sich, wie in einem Netze, Menschen und Angelegenheiten verwickeln. Das Eindringen der Schützen in das Gebiet des Königreichs hat die Volksgesamtheit zu keiner begeisterten Tat herausgefordert, wie man geträumt hatte. Wenn heute der polnische Soldat als Bruder, als polnischer Soldat anerkannt wird, dann ist das auf dem Wege eines langjahren Kompromisses, auf dem Wege der Evolution geschehen. Diese ist die kostbare Frucht unserer Erfahrungen seit dem Beginn des Krieges und zeigt den Weg der zukünftigen Entwicklung der polnischen Frage.

Nicht minder wird die Geschichte den 6. August 1914 als einen denkwürdigen Tag in der polnischen Geschichte dieses Krieges verzeichnen.

Nr. 213 der Gazeta Łódzka (Łódz)
vom 5. August 1917

schreibt aus Anlaß des 5. August: Die Eroberung Warschaws war die wichtigste Niederlage für Rußland, von diesem Tage an begann seine künstlich konstruierte Stärke zu sinken, und wie wir heute sehen, durchaus mit Recht. Wenn wir unsere Blicke rückwärts lenken, so sehen wir mehrere Etappen in der Entwicklung der polnischen Frage, und die in der letzten Woche gepflogenen Beratungen in Warschau lassen einen Fortschritt in der Organisation des polnischen Staates erwarten. Die wichtigsten Momente der letzten zwei Jahre waren die Proklamation vom 5. November 1916 und die Berufung des Staatsrates. Der erste Akt brachte die polnische Sache auf ein internationales Forum, da erst von diesem Zeitpunkt an die Koalition sich tiefer damit zu beschäftigen anfang.

(Aus Nr. 163 des Warschauer Tagesberichts vom 7. August 1917.)

Nr. 212 des Nowy Kurjer Łódzki (Łódz)
vom 5. August 1917

schildert das Verhalten der Russen in den letzten Tagen vor dem 5. August

1915 und das Einrücken der deutschen Heere und betont, daß der 5. August zugleich der Erinnerungstag an die Hinrichtung des letzten polnischen Diktators Romuald Traugutt im Jahre 1864 sei. Heute ist an der Stelle seiner Hinrichtung ein Erinnerungskreuz errichtet zum Gedenken an die Märtyrer, die für die Freiheit des Volkes gestorben sind. Heute leuchtet schon das Morgenrot der Befreiung.

(Aus Nr. 163 des Warschauer Tagesberichts vom 7. August 1917.)

Nr. 212 des Goniec Kujawski

vom 5. August 1917

vergleicht gleichfalls den 5. August 1864 mit dem 5. August 1915. Noch schlimmer als die Hinrichtung der polnischen Freiheitshelden war die Tatsache, daß es den Russen allmählich zu gelingen schien, die Seele und das Herz der Nation zu vergiften und zu verderben. Es ist furchtbar, daran zu denken, wenn der 5. August nicht eingetreten wäre, wenn der barbarische Eindringling nicht endlich unser Land verlassen hätte. Damit hörte das Verderben der polnischen Seele auf, und es wird der 5. August in den Geschichten der polnischen Nation ein bedeutendes Datum darstellen. Er wird der Tag nicht der Trauer über den Tod des Märtyrers Traugutt, sondern der Tag der Freude über die Befreiung der Nation aus der wilden, blutigen Knechtschaft Rußlands sein.

(Aus Nr. 163 des Warschauer Tagesberichts vom 7. August 1917.)

Nr. 212 des Dziennik Polski (Gzenstochau)

vom 5. August 1917

erinnert in seinem Zeitartikel an die Eroberung von Warschau vor zwei Jahren. Damals herrschte eine unruhige Stimmung in Warschau, in der man voller Unsicherheit in die Zukunft blickte. Noch war große Verwunderung darüber vorhanden, daß die Russen sich zurückgezogen hatten, und noch war in der Bevölkerung nicht das Bewußtsein davon verbreitet, daß die Stunde Polens jetzt gekommen sei. Einmal lag dies daran, daß die vielen Enttäuschungen im Laufe des letzten Jahrhunderts das Vertrauen auf eine Erfüllung der langgenährten Wünsche erschütterten hatten, und dann wohl auch hauptsächlich daran, daß Warschau selbst keinen tätigen Anteil an seiner Befreiung von den Fesseln genommen hatte. Zwei Jahre sind jetzt seit dem Einzug der Deutschen verfloßen. Es ist keine Zeit zu untersuchen, wo und welche Fehler im einzelnen gemacht worden sind. Wir müssen nur an die Vergangenheit denken, in der der bloße Gedanke an die Unabhängigkeit ein Verbrechen darstellte, und diesen Zustand mit der Gegenwart vergleichen, in der wir offen an den Bau eines eigenen unabhängigen Staates herangehen können. Diesen Umschwung haben die siegreichen Heere der Zentralstaaten und ihre politische Klugheit hervorgerufen; ihnen haben wir zu danken, daß unsere Träume von einem freien Polen, von einem König, von einer eigenen Armee und von unserer Macht und Größe jetzt in Erfüllung gehen. Unsere Zukunft liegt jetzt in unserer Hand, indem wir geradenwegs jetzt unserem fargestellten Ziele entgegengehen.

(Aus Nr. 163 des Warschauer Tagesberichts vom 7. August 1917.)

Nr. 196 der Gazeta Łódzka (Łodz)

vom 6. August 1917

bringt einen Zeitartikel unter der Überschrift: „Nach drei Jahren“, der den Moment in Erinnerung

bringt, als vor drei Jahren am 6. August die erste Schützenchar Krakau verließ und zum Kampf gegen Rußland auszog. Diese militärische Bewegung hatte ihre Vorgeschichte in den „Schützenverbänden“, in denen der Geist der Kampfgenossenschaften der P. P. S. wieder auflebte und in den „polnischen Schützencharen, welche die Lösung „einer allgemeinen polnischen Militärpflicht“ erhoben. Beim Kriegsbeginn vereinigten sich diese beiden Organisationen — und die erste Schützenabteilung, welche in das Gebiet des Königreichs einzog, war von der Überzeugung durchdrungen, daß sie den Stamm der polnischen Armee im Königreich bilden werde. Der damalige polnische Aktivismus hatte dieselben festgestellten Ziele: eine polnische Armee und den Kampf gegen Rußland als reale Grundlage der staatlichen Wiedergeburt. Wieviel habe sich aber in den drei Jahren geändert! „In der Angelegenheit des polnischen Heeres ist nicht nur unsere ganze dreijährige ... Errungenschaft vernichtet, sondern zugleich auch die Grundlage des Enthusiasmus zerstört...“ „Im politischen Leben müssen wir zum elementaren Kampfe um die grundlegenden Parolen und Probleme zurückkehren“. Beim grünen Tische werde jetzt darüber diskutiert, ob man am Kriege teilnehmen oder ob man neutral bleiben soll in einem Momente, wo die ganze Welt in Flammen steht. „Man gewinnt den Eindruck, wie wenn die ganze Erfahrung des durchgemachten Krieges in unseren Geistern und Begriffen nicht existieren würde.“ „An der Schwelle des vierten Kriegsjahres — am Jahrestage der ersten polnischen Tat stehen wir verbittert, vom endlichen Ziele weiter entfernt, als wir damals waren.“

(Aus Nr. 163 des Warschauer Tagesberichts vom 7. August 1917.)

Nr. 173 der Iskra (Sosnowice)

vom 1. August 1917

schreibt: Am 1. August verstreicht bereits das dritte Kriegsjahr, seit Deutschland in den Krieg mit Rußland getreten ist, und fast mit Sicherheit kann man heute sagen, daß das furchterliche Völkermorden den höchsten Grad erreicht hat. Auch unser unglückliches Land ist zum Schauplatz der größten Völkerschlächten geworden und auf unserer Haut schreibt das Schicksal mit blutigen Lettern den Verlauf dieses grausamen Stückes der Weltgeschichte. Trotz alledem haben wir die Hoffnung, daß nach dem Kriege unser Vaterland auferstehen wird, und dieser Glaube hält uns aufrecht und stärkt uns, so daß wir an den Bau des Fundamentes unseres künftigen Staates herangehen können. Es ist nur schade, daß wir nicht alle die Wichtigkeit des Augenblicks anerkennen. Die frühere Ratlosigkeit und der frühere Fehler, auf andere zu rechnen, findet leider nur zu viele Anhänger unter uns. Als am 5. November der für uns von so großer Wichtigkeit gewesene Akt verkündet und uns damit die Möglichkeit gegeben wurde, an den Bau des Vaterlandes heranzutreten, begannen wir mit der Kritik und täuschten uns selbst durch Wahnvorstellungen. Der Glaube und die Hoffnung auf die Hilfe anderer erwachten mit so großer Stärke, daß wir heute dastehen, wo wir gestanden haben, oder vielmehr noch schlimmer: wir drehen uns im Kreise. Wenn jedoch das Ende des Krieges uns auch noch in dem selben Stadium überraschen sollte, dann müßten wir dafür büßen. Darum ist es wirklich Zeit, daß wir mit dem inneren Hader aufhören und daß wir uns um diejenigen versammeln, welche den Bau des Vaterlandes aufgenommen haben.

(Aus Nr. 159 des Warschauer Tagesberichts vom 2. August 1917.)

Aus Nr. 181 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 1. August 1917.

Zu dem Artikel der „Deutschen Warschauer Zeitung“ betreffend den Jahrestag der Einnahme von Warschau bemerkt das Blatt:

.... „Liest man diese Bemerkungen, so muß es einem auffallen, daß sich Absätze darunter befinden, die sich speziell gegen die deutschen Kreise wenden, welche alle Fortschritte nach der Richtung der Selbstständigmachung des polnischen Lebens hin bekämpfen. Da man nun die „Deutsche Warschauer Zeitung“ mehr oder weniger als das amtliche Organ des Generalgouverneurs von Warschau, v. Beseler, ansehen muß, so liegt in diesen Bemerkungen gleichzeitig eine Kritik, die sich an die Adresse derer richtet, welche die zweifellos nicht leichte Stellung des Generals durch ihre alldeutschen Gelüste erschweren. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit daran, wie i. Z. mitgeteilt worden ist, daß der Widerstand gegen die Zugeständnisse zugunsten der polnischen Sache hauptsächlich aus den Kreisen der Zivilbeamten stamme, die mit der Entwicklung des Selbständigwerdens des polnischen Staates durch die Macht der Tatsachen auf dem Gebiet des Königtums überflüssig wurden.“

Was wir darüber hinaus unter der Adresse von Reformen lesen, die in kurzem verwirklicht werden sollen (auf dem Hintergrunde dessen, daß es zum Einvernehmen zwischen Berlin und Wien gekommen ist), so wird die Volksgemeinschaft abwarten, wie diese Reformen in Wirklichkeit aussehen werden, ob sie volle sein oder aber — wie es bisher war, nur den Charakter von Halbsheiten haben werden. Allerdings muß der Genauigkeit halber bemerkt werden, daß nach den Warschauer Ankündigungen gegenwärtig besonders hinsichtlich der Rechtspflege und der kulturellen Angelegenheiten deren vollständige Übernahme seitens der polnischen Faktoren zu erwarten ist.“

Nr. 180 des Głos Narodu (Kraukau)
vom 1. August 1917

schildert die Verhältnisse in Grodno. Von der ganzen Bevölkerung Polens werde Litauen am meisten in seiner Freiheit eingeschränkt. Einem besonderen Druck unterliege vor allem das polnische Schulwesen. Die polnische Sprache, die polnische Literatur und die Geschichte Polens werde aus den Schulen in Litauen rücksichtslos beseitigt. Als im Jahre 1916 das Bürgerkomitee von Grodno in einen „Beirat“ umgewandelt wurde, übernahm anfangs die deutsche Verwaltung die Leitung der Schulen. An der Spitze des Schulwesens stand ein deutscher Schulrat. Leiter der Schulen waren Soldaten, vornehmlich aus Schlesien. Man war bemüht, das Polentum nach Möglichkeit zu verdrängen. Es wurden acht Stunden deutschen Sprachunterrichts eingeführt. Polnische Schulbücher seien in den Schulen verboten. Die Lehrer seien daher gezwungen, aus deutschen Unterrichtsbüchern den polnischen Sprachunterricht zu erteilen. In polnischen Händen befinden sich nur einige Mittelschulen. Die meisten davon seien geschlossen. Eine Knabenmittelschule wurde von einem gewissen Schimanowsky geleitet, der kein Wort polnisch verstand, und als man sich darüber beschwerte, erklärte der Schulrat aus Bialystok, Herr Till, daß Herr Schimanowsky ein ausgezeichneter Pädagoge sei und daß er als schulischnischer Berater beibehalten werden müsse, was auch geschah. Die von den Geistlichen geleiteten Schulen wurden am strengsten kontrolliert. Nach den Schulferien soll die Leitung dieser Schulen Soldaten anvertraut werden, welche nach deutschem System unterrichten werden. Alle Bemühungen der Gesellschaft, andere Verhältnisse auf diesem Gebiete im Lande einzuführen, stoßen auf eine kategorische Absage der Behörden. Die für Lehrer eingeführten Kurse mißlingen stets, da die Vorträge von Schlesiern in einer Sprache gehalten werden, die kein Mensch verstehen kann.

(Aus Nr. 163 des Warschauer Tagesberichts vom 7. August 1917.)

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 364 des Czas (Kraukau)
vom 8. August 1917.

Nach der Sitzung des Polnischen Klubs.

Wir sind mit der Zensur, die die Veröffentlichung des Berichts über den ganzen Verlauf der letzten Sitzung des Polnischen Klubs und der darin gefassten Beschlüsse nicht zugelassen hat, nicht einverstanden. Sie sind durchaus nicht staatsgefährlich, und sogar in ihren schärfsten Äußerungen und Wendungen haben sie, da sie in sich selbst widerspruchsvoll, schwankend und unkonsequent sind, keine Anziehungskraft und sind nicht imstande, auf die Volksgesamtheit einen Einfluß auszuüben. Im Gegenteil! Wenn die Volksgesamtheit einen stenographischen Bericht über diese Sitzung, die darin gehaltenen Reden und gefassten Beschlüsse, die mit verschiedenartigen Mehrheiten gefasst worden sind, vor sich hätte, dann würde sie nur den einen Eindruck davontragen, daß im Polnischen Klub eine seltene Verwirrung herrscht. Der Klub zerfällt in 5 Parteien, von denen jede den Rang nach einer anderen Richtung zieht, und manche sucht, indem sie ihre Schwäche und den Mangel an Resonanz im Volke fühlt, fieberhaft nach Atem und läßt sich nicht von der Rücksicht auf das allgemeine Wohl, sondern von der Sucht nach Volkstümllichkeit leiten. Die Mehrheit im Klub hat kein praktisches Programm, bei der Abstimmung über jeden Antrag entstehen zufällige und unerwartete Mehrheiten.

Welches ist die Ursache davon? Diese liegt unzweifelhaft in dem Beschlusse, den der Klub am 16. Mai d. Z. auf Antrag des polnischen d' Annunzio, des Abgeordneten Tetmajer, gefasst und den die Kraukauer Versammlung am 28. Mai bestätigt und noch verschärft hat. Der Beschluß ging über den Rahmen einer realen Politik hinaus. Die einen, die Nationaldemokraten, stimmten dafür auf den Rat der Lausanner Agentur, da dieser ihrer „breitspurigen“ Orientierung entsprach. Die anderen, die Sozialdemokraten, stimmten ebenfalls dafür, weil die russische Revolution sie nach dieser Richtung hin mit der Nationaldemokratie geeinigt hat. Die dritten, die Volksparteiler, stimmten dafür, weil sie sich mit der Nationaldemokratie verbunden hatten und unter ihrem Einfluß sogar eine Entschließung vorschlugen, um — wenn auch blindlings — ihrer oppositionellen Stimmung, die durch die Leiden des Krieges hervorgerufen war, Ausdruck zu geben. Die beiden übriggebliebenen Parteien, die Konservativen und die polnischen Demokraten stimmten am 16. Mai gegen die Entschließung, und am 28. Mai stimmten sie dafür unter dem Einfluß der im Lande hervorgerufenen Stimmung und des Terrors, der in Kraukau ins Werk gesetzt wurde, indem sie übrigens annahmen, daß der Beschluß der Ausdruck eines nationalen Gefühls bleiben, nicht aber die Grundlage für die praktische Politik werden würde.

In Bezug auf diese letzte Annahme hatten sich die Parteien, die diesen Beschluß unterstützt haben, geirrt, und die Nationaldemokraten und Volksparteiler bemühen sich, den Beschluß auf das Gebiet der praktischen Politik sowohl im Königreich als auch in Galizien zu übertragen. Es ergaben sich daraus sofort offenkundige

politische Schädigungen, nämlich die Hemmung oder Zurückstellung sehr bedeutungsvoller Angelegenheiten, deren Durchführung dem Polnischen Klub im Interesse des Landes bereits zugesichert war, der Wegfall des politischen Einflusses des Klubs bei der Zentralregierung und in der Leitung auswärtiger Angelegenheiten und zugleich damit ein unerhörtes Wachstum der ruthenischen Bestrebungen, die im Gegensatz zur nationaldemokratischen Politik auf eine sehr „engspurige“ Bahn gerichtet sind. Die Nachrichten, die über diese Folgen der Politik des Polnischen Klubs zur öffentlichen Kenntnis des Landes gelangt sind, genügten, um die öffentliche Meinung zu erschüttern. Die Versuche, während der letzten Sitzung in Krakau einen Terror und Straßenkumgebungen zu veranstalten, waren durchaus keine „elementare Bewegung“ und enttäuschten die Veranstalter schmachvoll.

Im Schoße des Klubs ist eine entschiedene und zielbewusste Opposition entstanden, die bereits schon vorher durch die Verhandlungen des Herrenhauses vorbereitet war und durch zahlreiche Stimmen konservativer und demokratischer Blätter begründet wurde.

Bei der Mehrheit des Klubs hat es nicht nur Empörung, sondern auch Verwunderung hervorgerufen, daß es jemand wagen könnte, Kritik an seiner Tätigkeit zu üben. In die schwierigste Lage geriet die Sozialdemokratie, die zuerst im Vordergrund des nationalen Kampfes gegen Rußland stand, die Nationaldemokraten und ihre Anhänger für die Zertrümmerung der östlichen Legion als Russenfreunde und Verräter brandmarkte, jetzt aber, durch die Revolution geblendet, den Herren Grabski und Starbek recht gibt, sich mit der Nationaldemokratie verbindet, um das polnische Heer zu zerstören, und die Erlösung Polens im Sinne des Aufrufs des Großfürsten Nikolai, für den jetzt die russische Republik die Bürgschaft übernommen hat, erwartet.

In dieser schwierigen Lage haben es die sozialdemokratischen Politiker für angebracht gehalten, sich durch Länge und Pathos ihrer Reden aus der Affäre zu ziehen und diejenigen mit Beleidigungen zu überhäufen, die bei der antirussischen Orientierung geblieben sind. Dabei brandmarkten sie die als Verräter nach Art derjenigen von Targowica. Diese Beleidigungen mußten natürlich nur eigenartige Konsequenzen hervorrufen.

Neben derartigen Rede war die letzte Sitzung auch reich an Anträgen von Seiten der Mehrheit, die ein hartnäckiges Festhalten an der „Politik“ des 28. Mai bedeuten. Wir würden gern diese Anträge anführen, wenn es die Zensur gestatten würde. Außer diesen Anträgen erschienen jedoch auch andere, die den Beweis liefern, daß manche Parteien, die zur Mehrheit des Klubs gehören, bereits mit den Vorbedingungen einer praktischen Politik zu rechnen anfangen.

So begann der Klub seine Beratungen mit dem Beschluß, dem Monarchen für die soeben erfolgte Befreiung des Restes von Galizien von dem russischen Eroberer seine Huldigung darzubringen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt, und niemand fragte nach der Erlaubnis der Laujaner Agentur, Lloyd Georges oder Wilsons. Ebenso, obwohl aus verschiedenartigen Gründen, schwang sich der Klub gegen die Stimmen der Nationaldemokraten dazu auf, die Pflicht der Unterstützung der staatlichen Arbeit im Königreich zu beschließen, trotzdem es ein Hauptzweck des Beschlusses vom 28. Mai war, die Anfänge des polnischen Staates, die auf Veranlassung der Mittelmächte entstanden sind, zu zerstören.

Zu den charakteristischen Merkmalen der letzten Sitzung des Klubs ist auch der Umstand zu rechnen, daß der Antrag der Sozialdemokraten auf Umgestaltung des Klubs in eine lose Vereinigung von Parteien

einen solchen allgemeinen Widerstand fand, daß er überhaupt nicht zur Beratung gelangte. Es ist dies ein deutliches Zeichen, daß der Anspruch der Sozialisten auf die Diktatur innerhalb des Klubs auch bei ihnen selbst schwankend geworden ist. Sie verzichteten auf Beratungen über ihren Antrag, den sie mit so großem Nachdruck angekündigt hatten.

Indem sie schließlich ihr Verhältnis zur Wiener Regierung festlegten, erklärten sich die Volksparteiler und Nationaldemokraten für die Aufrechterhaltung einer unbedingten Opposition, fielen jedoch damit durch, und die Mehrheit, die sich diesmal aus den Konservativen, den polnischen Demokraten und den Sozialisten zusammensetzte, machte das Verhältnis des Klubs zur Regierung von dem Verhalten der Regierung abhängig.

Obwohl wir darauf vorbereitet sind, daß die Krisis im Polnischen Klub noch eine Zeitlang dauern wird, wollen wir doch in den Beschlüssen des Klubs in Krakau die Ankündigung einer Rückkehr von der Politik trügerischer Erwartungen und offenkundiger Schäden auf das Gebiet, auf Kritik und Erfahrung gestützten praktischen realen Politik erblicken.

Aus Nr. 364 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 8. August 1917.

Nach den Beratungen des Polnischen Klubs.

Das Ergebnis der zweitägigen Beratungen des Polnischen Klubs zu besprechen, ist nicht leicht. Der Öffentlichkeit sind weder die gefaßten Beschlüsse, noch die gehaltenen Reden der Abgeordneten bekannt. Dank der erhöhten Sorgfalt der offiziellen Kreise ist auf alles, was übrigens seit einer Reihe von Tagen und Wochen ohne Hindernisse in den polnischen Zeitungen besprochen worden ist, das Siegel der Verschwiegenheit gedrückt worden. Die Zeit der Rückkehr der konstitutionellen Regierung unterscheidet sich also durch nichts von der Zeit, da im Frühjahr v. J. der Polnische Landtagsklub sich in Krakau zu Beratungen versammelte, deren Inhalt bis jetzt für die breite Öffentlichkeit ein Geheimnis geblieben ist.

In diesem Augenblick können wir nur unsere Zufriedenheit darüber äußern, daß die stürmischen Stimmungen innerhalb des Klubs anscheinend zur Ruhe gekommen sind und daß in dem Verhältnis verschiedener Parteien zu einander das Bewußtsein für die Bedeutung des gegenwärtigen Moments gestiegen ist. Die anfangs radikal gestimmten Abgeordneten überzeugte die Rede des Abg. Stesłowicz, welcher unterstrich, daß die politische Aussprache im Klub sich auf Klagen beschränkt habe und eine rein negative gewesen sei, und daß bei den Rednern das Bestreben vorhanden war, sich auf dem Boden nationaler Angelegenheiten rednerisch hervorzutun. — Nicht ohne Unrecht wies Dr. Stesłowicz auf die Absicht gewisser Parteien hin, sich in bezug auf allgemein-polnische Angelegenheiten ein Monopol anzueignen, um aus Angelegenheiten des nationalen Wohls das eigene Parteiinteresse zu schmieden. Auch damit hatte Dr. Stesłowicz recht, daß er den eingebrachten Anträgen gegenüber den Einwand erhob, daß sie sich auf das Königreich Polen bezögen, der Klub aber keine Verständigung mit dem Königreich gesucht habe. Die Mehrheit des Klubs nahm eine Stellung ein, die den vorläufigen Staatsrat völlig ignorierte. Gewissermaßen die Antwort darauf waren die Worte des Grafen Rojworowski in dem von uns kürzlich gebrachten Interview.

In der Angelegenheit Piljudzki und der internierten Soldaten und Offiziere der Legionen war am ruhigsten die Ansicht des Fürsten Lubomirski, der im

Namen der Konservativen sagte, daß sich der Polnische Klub mit dem Protest des Vorläufigen Staatsrats solidarisch erkläre. Es gab keine Stimme, die in irgendeiner Weise das Vorgehen der deutschen Regierung hätte entschuldigen können oder wollen. Darüber hinaus war in der ganzen Aussprache das Streben vorhanden, auf der ganzen Linie diejenige Vorsicht zu üben, die einem fremden Staate gegenüber immer angebracht ist. Wie die Sache schließlich ausfiel, müssen wir mit Stillschweigen übergehen, da die gefaßten Beschlüsse zunächst nicht veröffentlicht werden dürfen.

Was das Verhältnis des Polnischen Klubs zur Regierung anbelangt, so ist die Entschließung, die sich gegen die Parlamentarisierung des Kabinetts erklärt und die Teilnahme am Kabinett versagt, in der gegebenen Lage zutreffend. Aus dieser Entschließung geht durchaus nicht hervor, daß der Klub zur Opposition übergehe. Die weitere Stellung des Klubs gegenüber der Regierung ist von dem guten Willen der Regierung und der Erfüllung der Forderungen des Klubs abhängig.

Erfreulich ist die Tatsache, daß die Frage der föderalistischen Gestaltung des Polnischen Klubs gar nicht auf die Tagesordnung gekommen ist. Die Überzeugung, daß in einem solchen Augenblicke, wie der gegenwärtige, die polnische Einigkeit eine unbedingt notwendige Forderung ist, bricht sich im Klub anscheinend immer mehr Bahn. Man darf den Umstand nicht aus dem Auge verlieren, daß wir es in Wien in nationalen Fragen teils mit feindlich gesinnten, teils mit gleichgültigen oder mit solchen Faktoren zu tun haben, die mit uns in Konkurrenz treten wollen. Das legt den polnischen Abgeordneten die Pflicht der Einigkeit und dadurch die Bildung einer Kraft auf, die das Eingehen von Verbindungen ermöglicht, die zur Durchführung unsrer Interessen notwendig sind.

Aus Nr. 358 der Nowa Reforma (Kraſau)
vom 4. August 1917.

Zwischenparteilicher Fanatismus.

Kraſau, den 4. August.

Die vor kurzem in unserer Stadt begründete Filiale der bekannten Warschauer „Zwischenparteilichen Fraktion“ hat in diesen Tagen ihre Tätigkeit mit einer politischen Erklärung begonnen. Eine dankbare Gelegenheit hierzu lieferten die traurigen Folgen der unseligen Zersplitterung innerhalb der Legionen. Als mächtige Protektoren und aufrichtige Freunde der reinen, d. h. chemisch reinen Legionenidee sind natürlich dieselben Leute hervorgetreten, die einst die östliche Legion gesprengt haben, natürlich — aus keinem anderen Grunde, als wiederum aus Anlaß des Eides. Damals war es der Eid des k. u. k. Landsturms, den sogar Piłsudski ablegte. Diesmal war es der seit 100 Jahren erste militärische Eid auf die polnische Regierung und den polnischen König! Der Effekt ist aber derselbe: überall nur zerstören und protestieren!

Wir alle, die wir uns heute dieser Mächenschaften, die nur den Zweck haben, jegliche positive Arbeit am Wiederaufbau des polnischen Staates und eines organisierten polnischen Heeres unmöglich zu machen, deutlich bewußt sind, bedauern die Schrankenlosigkeit dieser rücksichtslosen Negation und den Fanatismus der Zwischenparteien, die auf dem Boden der bereits dreijährigen schrecklichen sozialen Kämpfe leider immer mehr zunimmt. Aber später, wenn andere Generationen kommen werden, deren Empfänglichkeit für alles das, was uns heute bewegt, noch nicht abgestumpft ist, wird diese Arbeit immer klarer hervortreten und die Gestalt eines der

schrecklichsten Geistes annehmen, die jemals in der polnischen Geschichte gespuht haben.

Denn was soll man empfinden, was sollen die zukünftigen Generationen davon denken, daß es einen Augenblick gegeben hat, da wir eine große bewaffnete Macht organisieren, einen eigenen Staat bilden, unter die lebenden Völker nicht als Bettler, die sich des Almosens und irgendwelcher Sympathien erfreuen, sondern als politischer und militärischer Faktor zurückkehren konnten, der am Ende des schrecklichen Krieges durch die Kraft seines durchaus nicht schwer aufzustellenden $\frac{1}{2}$ -Millionenheeres ins Gewicht gefallen wäre, aber in dieser Zeit, statt an die gemeinsame Arbeit heranzutreten, statt den Parteihader zu begraben und alle Kraft anzustrengen, um den seltenen historischen Moment voll auszunutzen, sich eine große Menge von Leuten gefunden hat, die, indem sie sich für die Vertreter der Mehrheit halten, den Grundsatz aufstellen: „Nichts tun und alles hindern!“ Es bietet sich heute dem verständigen Polen ein Bild, bei dem das Blut in den Adern gerinnt. Fremde Hände wälzen den Stein vom Grabe Polens hinweg. Aber polnische Hände halten ihn krampfhaft fest, damit Polen ja nicht aus dem Grabe auferstehe, damit es noch länger passiv und untätig bleibe; denn Passivität und Untätigkeit, in den Mantel des nationalen Maximalismus gekleidet, das ist heute der Hauptgrundsatz derjenigen, denen heute nichts schrecklicher erscheint, als daß ihre politischen Gegner recht hätten.

Drei Jahre lang begingen sie einen Fehler nach dem anderen. Bei keiner einzigen Gelegenheit zeigten sie, daß sie ein Verständnis für das haben, was um sie geschieht, daß sie sich über die realen Verhältnisse und die in diesem Kriege wirkenden Kräfte Rechenschaft geben. Alle ihre Prophezeiungen erwiesen sich als falsch, alle Voraussetzungen sind in sich zusammengestürzt; aber sie sind noch fanatischer als damals, als der mächtige Führer des mächtigsten Heeres der Entente an das Schwert von Tannenberg appellierte und als Belohnung dafür die Vereinigung unter der Krone des altrussischen Zaren in Aussicht stellte.

Aber je mehr das Leben sie Lügen straft, je deutlicher ihre organischen Fehler ans Tageslicht treten, desto verbissener werden sie. Ganze Bücher schreiben sie, in welchen sie durch eigenartige kindliche Logarithmen der naiven und passiven Menge den Beweis liefern wollen, daß sie in ihren eingebildeten Voraussetzungen recht haben. Es gibt keinen noch so offenkundigen Unsinn, den sie nicht mit Fleiß zu einer mathematisch-politischen Sicherheit erheben und darauf ihr Kartenhäuschen stützen würden, das schon so oft von dem Winde der Wirklichkeit nach allen Richtungen hin und hergeseigt worden ist.

Als die beiden Monarchen, die alle polnischen Gebiete in ihrer Hand haben, die Bildung eines polnischen Staates aus einem dieser Teile proklamierten, sah ganz Europa darin einen großen politischen Gedanken und die Entente einen für sich ungünstigen Schachzug. Die hervorragenden Vertreter der italienischen Presse in Bern klagten mit Schrecken darüber, daß die Polen jetzt ein Heer aufstellen würden, das das Schicksal des Krieges entscheiden wird, und der russische Attaché bei der Gesandtschaft in Bern erklärte direkt, daß sich die russischen Heere mit den Polen nicht werden schlagen können, um die Absurdität nicht zuzulassen, daß Rußland als Beschützer der Slawen mit den beiden stärksten slawischen Völkern Krieg führe. Aber diese armen Leute wußten nicht und konnten nicht annehmen, daß in Polen ganze Vereinigungen und sogar zwischenparteiliche Verbände bestehen, die es als das höchste Ziel ihrer unermüdlichen Arbeit betrachten, der Entstehung des polnischen Heeres und einer polnischen Regierung entgegenzuwirken, selbst

um den Preis der Vernichtung der Zukunft des Volkes für ganze Generationen, vielleicht für immer.

Der Staatsrat ist nicht unter ihrer Mitwirkung, sondern gegen ihren Willen entstanden. Man wandte sich an sie, daß sie an dem Staatsrat und seiner Arbeit teilnehmen möchten. Sie stellten aber die Bedingung, daß der Staatsrat nicht an die Bildung des polnischen Heeres herantreten und nicht als Regierung auftreten dürfe. Und sie sind in der Aufrechterhaltung dieser Bedingung konsequent. Denn so lange der Staatsrat, indem er die innere Konsolidation suchte und innere und äußere Widerstände zu überwinden bemüht war, sich passiv verhielt, so lange ließen sie ihn leben. Aber jetzt, als der Staatsrat nach ihrem Austritt an Kraft gewann und schließlich als Faktor, der den polnischen Staat aufbaut, und als Vertreter des positiven polnischen Willens in der Richtung des eigenen Staatswesens auftrat, treten sie gegen ihn auf und verkünden jedem Einzelnen, daß sie den Staatsrat nicht anerkennen, daß sie alle Bestrebungen unterstützen, die den Keim des polnischen Heeres zerstören, dafür aber an ihrem stolzen Programm eines — möglichst großen Polen festhalten, das ohne die geringste reale polnische Kraft geschaffen wird.

Und auch dann noch, da die französische Regierung, von einfacher menschlicher Voraussicht geleitet, die ersten oder diejenigen, die in gewissen Kreisen für die ersten im Volke gehalten werden, warnt, daß Frankreich Polen nicht helfen könne und Polen bei denjenigen Hilfe suchen müsse, die ihm solche gewähren können, da der Führer des Warschauer Passivismus sich endgültig auf die Seite des entschiedenen Aktivismus stellt, da der Krieg wirklich zu Ende geht und damit nur ein kleiner Teil der großen Möglichkeiten übrig bleibt, die in bedeutendem Grade zerstört worden sind, — protestieren sie immer noch und suchen alles zu verhindern, was in Polen Reales geschieht.

Und diejenigen, die ihren Gedankengang kennen, wissen, aus welcher Quelle dieser Protest stammt, wissen, daß an Stelle des gestrigen russischen Traumes der — englisch-amerikanische getreten ist, daß jetzt Lloyd George und Wilson Polen aufbauen werden; gewiß zu dem Zwecke, um einen Ersatz für Belgien zu haben, das sie bis jetzt trotz so vieler und großer Anstrengungen nicht wieder aufzubauen vermochten. Wer sich dafür interessiert, möge die gelehrte Auseinandersetzung in dem politischen Organ der Warschauer Zwischenparteilichen Fraktion, in Heft 6 und 7 der „Wiadomości Polityczne“ lesen, so wird er erfahren, woher diese leidenschaftlichen Proteste kommen.

Das Leben ist jedoch stärker als die stärksten Einbildungen. Es wird auch die gegenwärtigen Träumereien der Unheilbaren ebenso spurlos hinwegfegen, wie es bis jetzt andere hinweggesetzt hat. Denn das Leben ist ein solcher Wundertäter, daß es sogar ein solches Kunststück vollbringen kann, daß Dr. Głabiński vom Balkon des Krakauer Rathauses aus die Legionen rühmt und die Sozialisten ihm Beifall klatschen, dieselben Sozialisten, die vor 2 Jahren alles wußten, nur das eine nicht, wie hoch der Galgen sein muß, mit dem in jener denkwürdigen Sitzung des Obersten Nationalkomitees im Oktober 1914 Herr Daszyński seinen heutigen Schirmherren drohte.

Aber die Macht des Lebens und der Liebe ist auf Seiten deren, gegen die die verschiedenen mittelparteilichen Verbände unaufhörlich protestieren. Sie hat das Grab Polens zertrümmert, sie ruft es zu neuem Leben, und sie wird auch bewirken, daß Polen trotz dieser ungezählten „Mehrheit“, auf die sich die Zwischenparteilichen immer stolz berufen, wiedererstehen wird.

Nus Nr. 366 des Czas (Krakau)

vom 9. August 1917.

Geheime Instruktionen.

Wohl infolge ihrer Abstammung konnte die Nationaldemokratie, nachdem sie ihre Tätigkeit auf Galizien ausgedehnt hatte und hier notgedrungen öffentlich auftrat, die Merkmale ihrer Konspiration nicht vollständig los werden. Die Mitglieder der Partei teilten sich in Eingeweihte und Nichteingeweihte, und die Eingeweihten wiederum in eine ganze Reihe von Stufen, von bis in die tiefsten Geheimnisse der Partei Eingeweihten. Boshafte Leute behaupteten, daß in den guten Zeiten der Nationaldemokratie in Galizien nicht einmal Herr Glombinski zu dem intimsten Kreise dieser geheimnisvollen Organisation gehört habe. Einzelheiten wurden zwar infolge der in der Partei unaufhörlichen Fronde, Sezessionen und Spaltungen sehr oft ruckbar, aber an der Natur der Partei hat das alles nichts geändert.

Der Krieg hat diesen character indelebilis der Nationaldemokratie noch verschärft. Dazu haben verschiedene Umstände beigetragen, u. a. die enge Verbindung zwischen der Aktion der Partei im Lande und der politischen Tätigkeit der nationaldemokratischen Emigration. Dieser beeinflusste die Politik der Partei im Lande so überwiegend, daß sie ihr auch dem Inhalte nach den Charakter der Emigration ausdrückte, den Charakter der romantischen Exterritorialität: des Operierens mit geheimen Instruktionen, die, wie es den Führern scheint, nur ihnen allein bekannt waren; und der absoluten Unmöglichkeit, das Programm auf den Boden der Wirklichkeit, des Bauens im polnischen Lande, zu stützen.

Die Schattenseiten dieser konspirierenden Methode traten während der letzten Sitzung des polnischen Klubs in Krakau voll und ganz zutage und fügten dem jungen Zwischenparteilichen Verband bei der politisch wichtigsten Abstimmung über den ersten Punkt der Entschließung des Abgeordneten Moraczewski eine schwere Schlappe zu.

Dieser Punkt betraf den Aufbau des polnischen Staates und die Schaffung einer polnischen Regierung im Königreich Polen. Die geheimen Instruktionen des Herrn Dmowski verbieten dies streng aus Furcht vor einer Beleidigung Englands, in dessen Namen der nationaldemokratische Geschäftsreisende zu sprechen pflegt.

Aber zu diesem ungereimten Geheimnis kann man doch unmöglich so wenig romantische Elemente zulassen, wie die real denkenden polnischen Bauern sind. Mit den Instruktionen des Roman ohne Land, die sich stellenweise als Libretto für eine Operette alten Stils eignen, kann man wohl diesem oder jenem gebildeten Manne unter den Volksparteilern, den man in das Geheimnis einweiht, imponieren. Es wäre aber eine gefährliche Sache, den Abgeordneten Bojko oder Sredniawski von der Notwendigkeit zu erzählen, daß für die polnische Sache — wie ein im Umlauf gesetzte geheime Instruktion besagte — die Freundin Lloyd Georges genommen werden müsse, der ohne dieses Herrn Dmowski als Vertreter des vereinigten Polens nicht anerkennen will.

Noch schlimmer ist, daß man bei den Volksparteilern vor der Zahl 5. 11. 1916 eine abergläubische Furcht erwecken kann; aber den Bauern davon zu überzeugen, daß es für Polen besser sei, wenn es zur Zeit des Friedenschlusses keinen Staat, keine Regierung und kein Heer hätte, wie es Herr Dmowski wünscht, ist etwas schwierig. Denn diese politische Weisheit ist eine einfache Verneinung gerade des gefunden Bauernverstandes. Sie muß daher geheim gehalten werden.

Daraus erfolgte am 6. August d. J. die Niederlage der Nationaldemokraten, als sich gegen ihre Stimmen der ganze polnische Klub für die sofortige Schaffung

der Regierung und der Staatsorgane im Königreiche der ganze polnische Klub erklärte.

Die Geheimnisse des Zwischenparteilichen Verbandes kennen wir nicht, wir wissen daher auch nicht, ob die Herren Głombinski und Starbaf Versuche gemacht haben, die Volksparteiler dahin zu bewegen, gegen die Errichtung des polnischen Staates zu stimmen, oder ob sie diese im Beratungszaale unvorbereitet zu überraschen suchten. Tatsache ist, daß der Zwischenparteiliche Verband sich bei der ersten konkreten Auffassung der Frage zerschlug, der Frage, die heute in Polen die Grundlage der Scheidung der Parteien ist, nämlich der Frage des polnischen Aktivismus oder Passivismus. Es hat sich gezeigt, daß die Lausanner Konspiration eine endlose Verwirrung hervorrufen kann, so lange sie mit allgemeinen Redensarten operiert. Sobald sie aber vor ein positives politisches Problem tritt, ist sie ohnmächtig und von vornherein geschlagen.

Aus Nr. 200 des Głos (Warschau)
vom 10. August 1917.

Destruktive Grundsätze.

Als mit dem Beginn des gegenwärtigen Krieges in Galizien allgemein-nationale Losungen erschollen und die Legionen zum Kampfe um den künftigen polnischen Staat ausrückten, wurden auch aus dem Lager der Nationaldemokratie, die sich auch allpolnisches Lager nennt, Proteste erhoben unter dem Vorwande, daß Galizien doch nur ein kleiner Teil Polens sei, mithin dem ganzen polnischen Volke im Namen Polens die Wege für seine politische Tätigkeit nicht vorschreiben könne. Insbesondere rief die Nationaldemokratie: „Wir dürfen für das Königreich Polen keinerlei Entscheidungen treffen.“

Dieses Argument hatte für diese Partei natürlich die Bedeutung eines obstruktiven Sturmbores, mit dem sie jede Initiative des „Obersten National-Komitees“ zerschlagen wollte.

Und seit jener Zeit haben die national-demokratischen Politiker in Galizien selbst oder durch untergeschobene Personen bei jeder Gelegenheit gegen jede Aktion des Obersten Nationalkomitees in Polen namens der Losung protestiert: „Wir dürfen uns in die Politik der dort tätigen Parteien und Lager nicht einmischen“

Die Kriegsereignisse, der Gang der Ereignisse gestalteten aber die allgemein-nationale Lage trotz der Anstrengungen der Nationaldemokratie anders, als diese Partei es wünschte.

Im Königreich blieben die Nationaldemokraten nicht am Ruder, ihre Politik machte bankrott, und sie selbst wanderten größtenteils aus.

Infolgedessen änderten sich die Losungen. Die galizische Nationaldemokratie mußte der Nationaldemokratie im Königreich Polen zu Hilfe kommen, und damit wurde auch das Recht, in Angelegenheiten beider Okkupationsgebiete das Wort zu ergreifen, für die galizische Nationaldemokratie eine unumgängliche Notwendigkeit.

Sonderbar, früher, als das Königreich kein eigenes Organ, keine Möglichkeit hatte, sich von sich aus zu äußern, hatte Galizien nach Meinung der Nationaldemokraten die Pflicht zu schweigen. Und jetzt, wo das Königreich selbständig sprechen darf und spricht, wo ein Staatsrat besteht, hält sich die galizische Nationaldemokratie plötzlich für berechtigt, ihr Urteil abzugeben.

Jetzt macht die galizische Nationaldemokratie, die bis dahin auf den Ruinen ihrer Orientierung zerstreut lebte, von den ihr augenblicklich günstigen Verhältnissen Gebrauch, erhebt wieder ihr Haupt und gründet an Stelle des ehemaligen bürgerlichen Zentral-Komitees aus fast den selben Elementen einen „Zwischenparteilichen Verband“. Natürlich hat die

Nationaldemokratie diesen „Verband“ nach ihrer Art als eine Gruppe reklamiert, die in der Volksgesamtheit die „Ruhe und die Ordnung unterstützen soll“.

Aber schon das erste Auftreten dieses „Verbandes“ hat gezeigt, welchen Wert die ganze Arbeit der Nationaldemokratie während der ganzen Kriegsdauer im Verhältnis zu der Wirksamkeit der Parteien hatte, die die staatschaffende Idee verbreiteten. Es erwies sich als eine destruktive Arbeit, die allen Grundsätzen der „Ruhe“ und „Ordnung“ widerstrebt, sofern diese „Ruhe“ und „Ordnung“ nicht von den Nationaldemokraten aufgenötigt worden sind.

Und die selbe galizische Nationaldemokratie, die früher einem Überschreiten des galizischen Gebiets so scharf widersprach, wendet sich jetzt in dem Aufruf des Verbandes gegen den Staatsrat, erteilt ihm Lehren, verurteilt ihn, stellt nach unbekannten Quellen den Grad der Unterstützung der Volksgesamtheit fest, erkennt ihn nicht an usw.

Der Gipfel aber, auf ein kurzes Gedächtnis der Volksgesamtheit zu rechnen, ist das grundsätzliche Moment, die meritorische Seite des Aufrufs: Die Verteidigung der den Eid verweigernden Legionäre, derselben Legionäre, gegen die die Nationaldemokratie seit Beginn des Kriegs beständig Treibjagden verschiedener Art veranstalteten.

Was ist der Nationaldemokratie aber daran gelegen, daß für sie heute etwas weiß ist, was sie gestern noch schwarz nannte. Ihr handelt es sich nur um die Aufrechterhaltung eines Grundsatzes und einer Konsequenz, — nämlich der Konsequenz, alles zu vernichten, was ihren Orientierungen in die Quere kommt, und eine destruktive Arbeit in jedem Teil des polnischen Staatsbaus zu führen, sofern es nicht von dem näheren oder entfernteren Kommando der Nationaldemokratie das Placet erhält.

Aus Nr. 217 des Dziennik Polski (Gzenstochau)
vom 10. August 1917.

Nach den Beratungen des polnischen Klubs.

Unter dieser Überschrift schreibt das Gzenstochauer Blatt u. a.:

Auf unserm Boden hatten die Krakauer Beschlüsse ebenfalls schädliche Folgen; vor allem brachten sie in die auseinandergehenden Anschauungen ein neues Chaos hinein und gaben zugleich einflußreichen Gegnern der Wiedererrichtung des polnischen Staates eine Waffe in die Hand.

Der polnische Klub wird sich im Bereiche derjenigen Angelegenheiten, die zur Zuständigkeit dieser Körperschaft gehören, früher oder später doch zurechtfinden und den falschen Weg verlassen. Aber weshalb stellt er sich der schweren Arbeit in den Weg, die wir hier bei uns hinsichtlich der Errichtung des Staates zu erfüllen haben? Weshalb erdreistet man sich, denjenigen, die zu dieser Arbeit berufen sind, mit denen man aber keine engere Fühlung hat, Steine in den Weg zu werfen, anstatt ihnen Unterstützung zu gewähren?

Es wird die Zeit kommen, in der der Klub hierüber von der Geschichte wird Rechenschaft ablegen müssen.

Aus Nr. 179 des Dziennik Narodowy (Petrikau)
vom 9. August 1917.

Das allgemeine Ergebnis der Beratungen des polnischen Klubs in Krakau

läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Beratungen ergeben den Mangel einer entschlossenen Mehrheit im Klub, sowie den Mangel einer ausdrücklichen politischen Richtung. Als eine vorteilhafte Er-

scheinung muß der Zusammenbruch der demagogischen Richtung hervorgehoben werden, die noch bis in die letztere Zeit vorherrschenden Einfluß hatte. Der Zwischenparteiliche Verband und die Sozialisten führten zwei Tage lang einen Hauptangriff auf in der Einbildung bestehende „Feinde“. Das kam erst am Schluß der Beratungen durch die Bemerkungen der Abgeordneten Steslowicz und Bajko zum Ausdruck, die erklärten, daß man eigentlich gar nicht wisse, gegen wen man kämpfe.

Ebenso zeigten die Beratungen, daß die Nationaldemokraten mit ihrer Demagogie in den Fragen der praktischen Politik (polnische Regierung, das Verhältnis der polnischen Regierung zu der Wiener Regierung) vereinsamt dastehen.

Nr. 179 des Naprzód (Kraukau)

vom 5. August 1917

bringt einen Leitartikel unter der Überschrift „Der 6. August“. Das dritte Jahr sei seit jenem Augenblick verstrichen, wo ein Häuflein freier Polen, welches sich hauptsächlich nur aus Arbeitern und Bauern zusammensetzte, in den Kampf um die Freiheit gegen die Russen ausrückte. „Der eiserne Wille, der Adlerblick Joseph Pilsudskis organisierte alles, was frei war oder frei sein wollte, und schuf die Tat, welche alle Polen zur Stellungnahme in der polnischen Frage zwang. Der Wille und das Kommando Pilsudskis warf eine Schützenschar von mehreren tausend in den Kampf mit Rußland. Sie überschritt am 6. August 1914 unter Führung Pilsudskis die jahrhundertlange Sperre der russischen Herrschaft in Polen. Alles, was später in Polen während der drei Kriegsjahre geschieht, dreht sich um diese prinzipielle Frage. Die Tat vom 6. August war weder zufällig noch „heroisch“, noch ein Entschluß der polnischen Volksvertretung; sie war ein Entschluß und ein Wagnis der polnischen Unabhängigkeitsanhänger, die von Pilsudski geführt wurden. Sie entstand am 6. August im Schoße desjenigen Polens, welches im Jahre 1794, 1796, 1806, 1812, 1831, 1846, 1848, 1863, 1905 zu den Waffen griff; sie war der zehnte Freiheitskrieg Polens. Die Reihe der Volkshelden nach der Teilung Polens begann mit Kosciuszko und endet in unseren Tagen mit Pilsudski. Gegen das unabhängige Polen organisierte man während des ganzen Jahrhunderts ein Versöhnungspolen. Kein Wunder, daß auch während des jetzigen Krieges Anstrengungen nach der Richtung hin gemacht werden, daß die Tat vom 6. August entstellt und durch eine andere ersetzt werde, welche dem Versöhnungspolen entsprechen würde, und durch welche man die Begeisterung des unabhängigen Polens, welche sich auf die Volksmassen stützt, unterdrücken könnte. (Es folgt eine Zensurlicke.)

(Aus Nr. 166 des Warschauer Tagesberichts vom 10. August 1917.)

Aus Nr. 364 des Czas (Kraukau)

vom 8. August 1917.

Eine polnische Landesversammlung in Kiew.

Stockholm, im Juli.

Das polnische politische Leben in den Grenzmarken ist seit dem mißlungenen Aufstande von 1863 fast vollständig erstorben, und jeder Versuch einer Organisation rief nur neue Repressalien hervor. Aber das polnische Element in der Ukraine ist zu kräftig und lebensfähig, als daß es den Zustand einer solchen Lethargie lange ertragen hätte. Sobald nach dem mandschurischen Kriege eine etwas größere Bewegungsfreiheit entstand, begann unter den Polen eine lebhafte politische

Bewegung, die sogar eine Art von Parteigruppen schuf, die zwar keine festgelegten Satzungen hatten, sich jedoch von einander unterschieden. Es war dies eine Epoche, da die polnische Intelligenz sich in „Anhänger des Landes“ und „Nationalisten“ teilte, entsprechend den Ansichten über die Zukunft des Landes und sein Verhältnis zu Rußland. Bedeutend später machten sich fortschrittliche und konservative Schattierungen bemerkbar, die sich allzu sehr nach russischen Mustern richteten und einen provinziellen Zuschnitt hatten. Der Sozialismus breitet sich hauptsächlich von der Kiewer Universität aus unter der polnischen arbeitenden Bevölkerung aus. Schließlich entstand während des Krieges die Nationaldemokratie, die auch hier mit ähnlichen Methoden arbeitete wie in anderen Landesteilen.

Die polnische Gesellschaft war also zu der Zeit, als die russische Revolution vor ihr neue Aussichten und neue Aufgaben eröffnete, genügend differenziert. Zunächst ließ jedoch der Geist der instinktiven Selbstverteidigung alle Parteigegensätze unterdrücken, um auf diese Weise um so wirksamer der schwierigen Lage zu begegnen, die durch die Beseitigung jeglicher Regierungsgewalt und das allgemeine Chaos entstanden war und so viel Gefahren in sich barg, wie z. B. die Agrarfrage. Tatsächlich organisierten sich die Polen anfänglich auf nationaler Grundlage, um sich die freie Entwicklung zu sichern und ihr Anrecht auf die Mitbeteiligung bei der Wirtschaft im Lande, das seit Jahrhunderten von polnischer Kultur beherrscht wird, zu verteidigen. Die politischen Gegensätze zeigten sich erst auf der polnischen Landesverteilung in Kiew, durch die eine einheitliche polnische Organisation in der Ukraine geschaffen wurde und polnische Ausführungsorgane eingesetzt werden sollten. Außer mit diesen lokalen Angelegenheiten befaßte sich die Delegiertenversammlung auch mit allgemein politischen Fragen, wie z. B. mit dem Verhältnis der Grenzprovinzen zu dem übrigen Polen, mit der Bildung eines polnischen Heeres und der Anerkennung des vorläufigen Staatsrats. Die politische Kommission der Versammlung legte folgende Entschließung vor: „Die Delegiertenversammlung zu Kraukau stellte unter Mitbeteiligung von Vertretern des Königreichs vor der ganzen Welt fest, daß das unabhängige Streben des polnischen Volkes die Unabhängigkeit von ganz Polen mit einem Zugang zum Meere ist.“ Diese Entschließung ist einstimmig unter allgemeinem Beifall angenommen worden, worauf alle Versammelten sich erhoben und in das Lied einstimmten: „Noch ist Polen nicht verloren.“

Die zweite politische Entschließung hingegen rief eine lange, leidenschaftliche Aussprache und einen Konflikt hervor, der beinahe zur Sprengung der Versammlung geführt hätte. Sie hatte folgenden Wortlaut: „Die Versammlung der polnischen Organisationen in der Ukraine drückt ihre Anerkennung sowohl dem vorläufigen Staatsrat in Warschau für seine mühevollen Arbeit unter den schwierigen Verhältnissen unter der bewaffneten Besetzung des Landes aus, die auf den Wiederaufbau der Grundlagen des polnischen Staatswesens gerichtet ist, wie auch der Zwischenparteilichen Fraktion für den beharrlichen Widerstand gegen die fremden Anschläge auf die lebendige Kraft des Volkes und spricht zugleich die Hoffnung aus, daß sich in kurzem die ganze polnische Tatkraft zu einheitlichem Handeln im Sinne des höchsten gemeinsamen Zieles aller Bestrebungen und Anstrengungen des Volkes vereinigen wird.“

Man muß festhalten, daß nur ein kleiner Teil der Versammlungsteilnehmer eine richtige Vorstellung von den gegenwärtigen Verhältnissen in Warschau und von der tatsächlichen Rolle der Zwischenparteilichen Fraktion hat. Die Entschließung unterstützten hauptsächlich die Nationaldemokraten, die die Zwischenparteiliche Fraktion als eine Sammlung von Helden darstellten, die uner-

schroffen gegen die deutschen Okkupationsbehörden kämpfen. Prof. Grabzki hielt bei dieser Gelegenheit eine leidenschaftliche Rede, in der er den Staatsrat angriff und ihm Nachgiebigkeit gegenüber den Okkupanten vorwarf. Die demokratischen Redner hingegen betonten, daß es unmöglich sei, den Staatsrat auf eine Stufe mit der Zwischenparteilichen Fraktion zu stellen, die zerstörend wirkt und das Zentrum einer verderblichen politischen Passivität ist. Sie verlangten daher eine besondere Abstimmung über beide Teile der Entschliebung. Das Präsidium der Versammlung ging auf diese Forderung nicht ein, worauf die im Saale anwesenden Aktivisten beschlossen, gegen den ganzen Antrag zu stimmen. Die Entschliebung wurde mit 250 Stimmen gegen 150 angenommen; über 100 Delegierte waren nicht anwesend.

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses erklärte Herr Waligorzki im Namen der demokratischen Gruppe, daß infolge der beleidigenden Angriffe gegen Abwesende seitens des Prof. Grabzki und wegen des Verhaltens des Präsidiums die Mitglieder seiner Gruppe sich gezwungen sehen, den Saal zu verlassen, und an den weiteren Beratungen nicht teilnehmen werden. Diese Erklärung rief eine allgemeine Bewegung hervor, die sich gegen den Haupturheber des Vorfalles richtete, Prof. Grabzki verließ den Saal, um den Sezessionisten die Rückkehr zu ermöglichen. Es begannen Verhandlungen, die jedoch zu keinem Ergebnis führten, da die Demokraten nicht nur die Aufhebung des Beschlusses, sondern auch die Wahl eines neuen Präsidiums verlangten. Das erschwerte die Verständigung, aber schließlich verhandelte die Versammlung in Abwesenheit von 50 Delegierten weiter. Es ist jedoch hinzuzufügen, daß auch andere Gruppen, die sich der Sezession nicht angeschlossen hatten, die Taktik des Prof. Grabzki ebenfalls verurteilten. Graf Grocholski legte das Amt des Vorsitzenden nieder, wurde jedoch durch Zuzuf gewählt.

Einen ganzen Tag hatte man infolge des Vorfalles verloren, und die Versammlung setzte ihre Beratungen ohne die Vertreter einer starken politischen Gruppe und unter einer Reihe von Protesten gegen die Gültigkeit der weiteren Beschlüsse fort. Zum Glück waren die wichtigsten Organisationsarbeiten schon vorher erledigt. Es blieb noch die Frage des polnischen Heeres in Rußland übrig, die trotz der Abwesenheit der Hauptgegner Veranlassung zu einer langen und allseitigen Aussprache gab, an der auch die Delegierten der polnischen Militärvereine teilnahmen. Schließlich wurde folgende Entschliebung angenommen: „In der Meinung, daß die Vereinigung der polnischen Soldaten zu einer besonderen militärischen Einheit als eine natürliche nationale Erscheinung aufzufassen ist, begrüßt die Versammlung den Beschluß der militärdienstpflichtigen Polen, in dem die Vereinigung der im russischen Heere zerstreuten polnischen Soldaten zu einer einzigen Kampfeinheit verlangt wird.“

Obige Entschliebung war das Ergebnis eines Kompromisses, und man sprach sich darin zwar nicht gegen die Bildung eines polnischen Heeres in Rußland aus, aber ein solcher Gedanke wurde auch nicht gutgeheißen. Die Aussonderung der Polen und ihre Vereinigung zu besonderen militärischen Einheiten ist mit der Bildung eines polnischen Heeres keineswegs identisch und nur zur nationalen Sicherung der polnischen Soldaten nötig.

Bezüglich des Verhältnisses der Polen zu Rußland wurde folgende Entschliebung angenommen: „Getreu dem Grundsatz, der immer ein unabänderlicher Wegweiser des polnischen Volkes in der schwersten Zeit seines Lebens gewesen ist, daß unsere Freiheit in der allgemeinen Freiheit der Völker und Nationen am besten gesichert ist, sendet die Versammlung der vorläufigen Regierung des freien Rußland den aus bürger-

lichen und nationalem Bewußtsein entspringenden Wunsch, daß die Freiheit und die auf Recht und nicht auf Willkür oder Übermacht gestützte neue Ordnung sich in Rußland möglichst bald befestigen möge zu dessen eigenem Wohl und zum Siege der Grundsätze der Freiheit und des Rechts aller Völker in Europa, um die heute die großen Demokratien der zivilisierten Welt kämpfen.“

Diese Entschliebung ist eher eine Lehre und eine Warnung für die vorläufige Regierung, als ein Ausdruck der Loyalität gegenüber dem russischen Staate. — Zugleich wurde eine Begrüßung des ukrainischen Staatsrats und der ganzen ukrainischen Bewegung beschlossen und hierbei bemerkt, daß sich die Polen ebenso wie die Ukrainer als Herren in den früheren polnischen Grenzprovinzen fühlen und gemeinsam mit ihnen an der freien Entwicklung des Landes arbeiten wollen. Diese beiden Beschlüsse kennzeichnen die gegenwärtig von den Polen in der Ukraina eingeschlagene Taktik.

Aus Nr. 362 des Czas (Krakau)

vom 7. August 1917.

Eindrücke aus Rußland.

Von einer Persönlichkeit, die sich längere Zeit in Rußland aufgehalten hat und jetzt über Stockholm nach Krakau zurückgekehrt ist, erhalten wir folgende Einzelheiten, die ein Licht auf die nach Ausbruch der Revolution herrschenden Verhältnisse werfen:

Die Verhältnisse im Heere kann man direkt als verzweifelt bezeichnen. Für das Heer ist nur der drastische Ausdruck „Bande“ zutreffend. Irgend eine Unterordnung gibt es nicht. Einfache Soldaten beschäftigen sich mit Politik und schrecken nicht vor Gewalttaten und Räubereien zurück. Durch eine verhältnismäßig gute Disziplin zeichnen sich nur die Kosakenabteilungen aus, die sich bereit erklärt haben, die Regierung unter der Bedingung zu unterstützen, daß von einer Teilung ihres Grund und Bodens keine Rede sein wird. Auf sie stützen die Hoffnung alle die, die da glauben, daß es bald zu einer antirevolutionären Reaktion kommen wird, wobei die Regierung in die Hand irgendeines energischen Diktators, wie man meint aus der Mitte der Oktoberisten und Kadetten, kommen wird. Man wird sich alsdann bemühen, die nationalistischen Losungen zu erneuern. Zunächst tritt der Nationalismus gegenüber den Bestrebungen, Rußland in ein föderatives Staatswesen zu zerschlagen, zurück. Von einem Gehorsam der Provinz gegenüber Petersburg ist zunächst keine Rede.

In den Städten herrscht Anarchie. Überall mangelt es an Polizei. Die Polizei ist ins Heer eingetreten, und ihre früheren Mitglieder gehören zu den eifrigsten Anhängern Lenins. Die Stimmung in der Mehrheit des Heeres ist von der Ermüdung und von dem Wunsche nach Frieden bestimmt. Daher die großen Erfolge der Anhänger Lenins, aber auch der Anhänger der Revolution, die nicht gelungen wäre, wenn sie nicht den Frieden versprochen hätte. Die Fortsetzung des Krieges wünscht der Generalstab und eine Gruppe von Berufspolitikern. Der Generalstab war jedoch gegen die Julioffensive, da er nicht an ihren Erfolg glaubte. Durchgesetzt wurde sie jedoch von Kerenski und Brussilow, wobei sie durch Kornilow unterstützt wurden. Sie glaubten, daß im Falle eines Erfolges, den die gleichzeitige Offensive im Westen verhieß, sich der Geist des Heeres heben wird und man an die Reorganisation des Heeres würde herantreten können. Um die Offensive zu ermöglichen, sonderte man aus dem Heere alle gut disziplinierten Elemente aus und bildete aus ihnen besondere Angriffsbataillone. Man schuf auf diese Weise ein verhältnismäßig zahlreiches Heer, das Dank der Hilfe der Alliierten gut ausgerüstet war, und machte mit ihm

den Versuch. Die russische Niederlage, die dieses ausgewählte Heer erlitten hat, muß einen katastrophalen Charakter haben. Man setzte die besten und letzten Kräfte auf Spiel und verlor die Partie. Rußland besitzt zunächst nichts, womit es weiter spielen könnte,

In den russischen Städten herrscht Hunger und eine Teuerung, von der man in Mitteleuropa keine Vorstellung hat. Ein Paar Stiefel kostet rund 100 Rubel, das bescheidenste Mittagessen im Gasthaus 5 Rubel, ein Anzug einige hundert Rubel. Der Rubel hat also die Kaufkraft von einer Krone.

Sehr ernst für Rußland sehen die Verhältnisse in Finnland aus. Im Falle einer Verschärfung des Konflikts kann es dort zum bewaffneten Widerstand kommen. Das revolutionäre Rußland hat, um dem vorzubeugen, große Streitkräfte nach Finnland geworfen, angeblich rund $\frac{1}{2}$ Millionen Mann. Diese Zahl ist bedeutend übertrieben. Auf jeden Fall sind bedeutende Truppenansammlungen festgestellt. Finnland verfolgt mit ungeheurem Interesse die weitere Entwicklung der Verhältnisse in Polen.

Die Engländer werden in Rußland gehaßt. Die Deutschen fürchtet der Russe, die Engländer haßt er. Alles Elend des Krieges, des Hungers, der Teuerung und der Anarchie schreibt das russische Volk dem Engländer zu. Es kann sehr leicht zu einem elementaren Ausbruch dieses Hasses kommen.

Die Polen in Rußland sind in zwei Parteien zerrissen: die nationaldemokratische, die unter dem Einfluß der beiden Grabzki und des Abgeordneten Harusiewicz steht, und die demokratische, die sich um Lednicki vereinigt. Die Stärke dieser beiden Parteien läßt sich schwer beurteilen. Es ist möglich, daß sie in der für August geplanten Vertreterversammlung in Moskau aneinander geraten werden, wenn sich die Demokraten überhaupt daran beteiligen werden. Lednicki strebt nach der Anerkennung des Staatsrats und sucht zu verhindern, daß in Rußland ein polnisches Heer gebildet werde. Die Idee des polnischen Heeres in Rußland wird außerordentlich durch die Nationaldemokraten propagiert. Tatsächlich hat man eine Anzahl von Polen aus dem Heere ausgesondert und aus ihnen eine Division gebildet, indem man an die Legion Gorczynski anknüpfte. Ein Teil dieser Division wurde gesprengt und in den Kämpfen bei Tarnopol und Stanislaw gefangen genommen. Die polnischen Demokraten sind gegen die Bildung eines polnischen Heeres in Rußland. Eine warme Unterstützung ließ der Nationaldemokrat General Brussilow angeben. Kerenski hingegen und die vorläufige Regierung stehen dem Gedanken nicht sympathisch gegenüber. Ob es also unter solchen Verhältnissen zur Bildung eines polnischen Heeres kommen wird, ist sehr zweifelhaft.

Eine Sympathie ist für die polnische Sache in Rußland überhaupt nicht vorhanden.

Das Schicksal der polnischen Kriegsgefangenen hat sich mit Ausbruch der revolutionären Anarchie sehr verschlimmert. Die Leitung der Kriegsgefangenenlager haben Soldatenausgänge übernommen, die sich gegen die Gefangenen brutal verhalten. Unter anderem hat man den Polen verboten, polnische Zeitungen zu lesen, und hat sie tausenderlei Bedrückungen und Schikanen unterworfen. Wer sich die russische Revolution angesehen hat, der kann nicht einen Augenblick an ihre angebliche „Verbrüderung“ mit uns glauben.

Aus Nr. 179 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 9. August 1917.

Eine Zusammenkunft in Rapperswyl.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Die Jahresversammlung des Aufsichtsrates des Museums in Rapperswyl wird in diesem Jahre am 12. d. M. stattfinden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates Professor Laszkowski hat den Mitgliedern, die in der Heimat wohnen, bereits Einladungen zugehen lassen, in denen er darauf hinweist, daß die ganze Last der Verwaltung er selbst und der greise Gajst, der außerdem noch leidend ist, zu tragen haben. „Die finanzielle Lage des Museums, — so schreibt der Vorsitzende weiter, — ist infolge des furchtbaren und langen Krieges, und infolge des unerhörten Sinkens der Valuta außerordentlich schwierig; unsere Einkünfte haben sich sehr vermindert, und wir mußten deswegen trotz unserer Sparsamkeit auf allen Gebieten der Verwaltung sehr große Schulden machen. Ich gebe mir die größte Mühe, die notdürftigste Verwaltung aufrecht zu erhalten. Der Verband in Amerika hat uns zwar auch seine Hilfe versprochen, aber diese Hilfe reduziert sich auf sehr geringe Mittel. Und wir müssen doch dieses teure Institut unverfehrt erhalten, um es im besten Zustande dem künftigen Polen zu überweisen, das mit Bestimmtheit schon in Kürze seine Unabhängigkeit erlangen wird.“

Diese Auslassung des greisen Beschützers dieses Instituts, das allen Polen teuer ist, darf nicht ohne Widerhall bleiben, denn obwohl unsere Opferwilligkeit von vielen anderen Zwecken, die uns nahe stehen, sehr in Anspruch genommen wird, so steht auch das Museum in Rapperswyl, wenngleich es weit von uns entfernt ist, dem Herzen eines jeden Polen sehr nahe. Es möge sich deshalb jeder, der da kann, mit seiner Hilfe beeilen!

Nr. 366 des Czas (Krakau)

dom 9. August 1917

bringt einen Bericht über das Verhalten der englischen Presse gegenüber der polnischen Frage. Man kehre in den letzten Wochen immer wieder zur polnischen Frage zurück und suche sie stets vom Standpunkte englischer Interessen zu lösen. Anfangs galt bekanntlich die Lösung: „Suprematie Rußlands über Polen“. An diesem Standpunkt halten auch heute noch die offiziellen englischen Kreise fest. In der englischen Presse werden aber immer häufiger Stimmen laut, welche mit einer anderen Möglichkeit rechnen. Man erkenne insbesondere die Notwendigkeit der Bildung eines unabhängigen Polens an, und zwar unter der Bedingung, daß es ein Bindeglied in der allgemeinen Methode der Einkreisung Deutschlands sein werde. Dies lasse sich sogar nach dem Zusammenbruch Rußlands erreichen, wofür es nur gelingen werde, auch Österreich hierfür zu gewinnen. Der Gedanke der Teilung Österreichs sei aufgegeben. Das allgemeine Kriegsziel sei die Zerstörung der deutsch-ungarischen Hegemonie, nicht jedoch Österreichs. Maßgebend seien überall die Interessen und Bedürfnisse Großbritanniens im Osten, als Fortsetzung des Programms Eduards VII. Nach der russischen Revolution soll England das Protektorat über das westliche Slawentum übernehmen. Dabei soll ihm Polen behilflich sein. Dasselbe soll vor allem gegenüber Österreich-Ungarn die Aufgabe der Slawifizierung übernehmen. Die Stimmen der russophilen Tschechen und ihrer englischen Freunde seien immer seltener. In der englischen öffentlichen Meinung überwiege die Überzeugung, daß die Lösung des polnischen

Problems im engen Zusammenhang mit dem Bestehen Österreichs stehe. Es werde auch nicht lange dauern, bis die französische Presse und die Agence Lausanne den diesbezüglichen Weisungen Londons folgen werde. Damit dürfte auch eine Änderung in der Haltung gewisser Parteien in Galizien und Kongreßpolen eintreten.

(Aus Nr. 168 des Warschauer Tagesberichts vom 13. August 1917).

Nr. 139 der Wiadomosci Polskie (Petrikau)
vom 5. August 1917

berichten über die polnische Armee in Amerika:
Der Vorschlag Paderewski in Amerika ein polnisches

Heer zu bilden, ist auf große Schwierigkeiten gestoßen. Die Koalitionsfreunde haben nur die Gründung einer Offizierschule in Cambridge Springs durchgesetzt, für die sich einige tausend Sokols gemeldet haben. Die Regierung der Vereinigten Staaten steht der Sache unfreundlich gegenüber. Auch in die reguläre amerikanische Armee sind nur 2000 polnische Freiwillige eingetreten. Eine tatkräftige Agitation gegen die polnische Armee führt das Komitee der Nationalen Vereinigung (Komitet Obrony Narodowej), dessen Mitglieder von den Koalitionsfreunden als deutsche Agenten denunziert werden.

(Aus Nr. 167 des Warschauer Tagesberichts vom 11. August 1917).